

INHALTSVERZEICHNIS

Große Freude	2
Impressum	3
SH Presseamt	4
Gerti Verdorfer: Deutschlehrer	5
Biologengruppe: Unstrittenes Praktikum	6
Ramona Gruberl: Steuerverweigerung	8
Thomas Benedikter: Südtiroler Kriegsdienstverweigerer	10
Paul Marsoner: Reagans Amerika	12
Martha Verdorfer: A. Hofer – wieder	14
Christoph Kaserer: Computer & Selbstbewußtsein	16
Gespräch mit Tilman Züeb	18
Insert: Paul Marsoner: Welche Energiepolitik für Südtirol?	I – XII
firma fridelin : Die Seite für den Bergsteiger	23
Herbert Seher: Die Slowenen in Kärnten	25
Der Südtiroler Jugendring in eigener Sache	30
Rezensionen:	
Georg Mair	
Waltraud Plagg	
Gabriel Grüner	
Ludwig Paulmichl	
Benedikt Sauer	31
Thomas Benedikter: Geschätzte Kollegen	35
Promotionen	36
Zusatzprüfungen	37

PHOTONACHWEIS

TITELBILD: «Die Mutter» von Rodschenko, umrahmt von 3 noch älteren Ansichtskarten.
 S.2 aus «alfabeta», Nr. 12/82. S.7,11 aus «Teufliche Jahre», 1966. S.8: Karikatur von Pizzola. S.16: Ill. f. Computerwerbung. S.12: Archivbild. S.14: Paul Flora. S.20, 21: G.F.b.V., Goettingen. S.23: Zeitschrift des deutschen und österreichischen Alpenvereins, 1913. S.24 bis 29: Photos von Norbert Seher. S.31: «Konkret-Literatur» 1984. S.33: Gerhard Kofler und Italo Calvino (stehend), aus: «Photographie als Kunst, 1879-1979. S. X., 34: eodem. Die Photos fuer das Insert stellte uns freundlicherweise das Archiv Albert Strobl zur Verfügung.

Vorstand der
Südtiroler Hochschülerschaft
Bozen
Pressamt

Giunta dell'
Associazione Universitari del Sudtirolo
Bolzano
Ufficio Stampa

EIN BESONDERER NERVENKITZEL

Zum Schönsten im Leben eines SH-Vertreters gehört es, von sich oder seiner Organisation im Landtag reden zu hören. Landtag, das ist das beschließende Organ von Südtirol, so ungefähr wie unser Ausschuß. Allen, die der faden Ausschußsitzungen müde sind, empfehle ich, einmal einer Landtagsitzung beizuwohnen und zu staunen, was für eine große Durchsetzungskraft man da hat. Am Dienstag und Mittwoch, den 15./17. Oktober, ging die erwähnte Sitzung über die Bühne. Die von den Landesräten Zelger, Ferretti und Valentini eingebrachte Novelle, die nur den Betrag und die Anzahl der Stipendien geändert hatte, kam durch. Unser Vorschlag für eine automatische Inflationsanpassung wurde abgelehnt. Daraus wurde ein Kompromiß, den es mehr zum Alten als zum Neuen zieht. Das ist natürlich nicht wenig, die Erhöhung von 2 auf 5 Mio. und die Aufstockung der Anzahl auf 745 Stück, sodaß es wahrscheinlich reichen wird, ist bestimmt das wichtigste. Aber das ist nur das Ergebnis, der Weg ist das eigentliche Ziel.

„Mit dem Begriff 'SH' verbindet sich hierzulande, für Abgeordnete dieses Hauses und für die Regierung dieses Landes, ein besonderer Nervenkitzel, eine Abwehrstimmung. Dies hat seine Gründe in ideologisch linksorientierten, zuweilen liberal-pazifistisch angeschauten politischen Erklärungen der Studentenvertretung. Eine ganze Reihe dieser Erklärungen vermag ich nicht zu teilen, aber unschwer zu widerlegen.“, so begann der Abgeordnete Franz Pahl seine „Philippika“ gegen die Landesregierung. Man dürfe sich aber „nicht von Antistimmungen leiten lassen“, sondern sachlich und unvoreingenommen auf Sachprobleme eingehen. Und jetzt kommts dicker: „Nachdem sich herausstellt, daß die SH bis heute die maßgebliche Studentenvertretung geblieben ist, kann der politisch Handelnde nicht umhin, sich mit ihren Vorstellungen auseinanderzusetzen.“ Angenehm zu hören. Sozusagen Landtagsmusik in unseren Ohren. Aber auch sonst denkt man über die Studenten viel nach. Sie sollten z.B. woanders studieren als nur in Österreich: „Vielleicht könnten sich manche Studierende dann die neurotischen Anwandlungen ersparen. Solche Anwandlungen pflügen darin zu bestehen, daß manche Studierende in den Napf spucken, aus dem sie gegessen haben, der Heimat spotten, die sie genährt hat. Studien an der Landesuniversität Innsbruck oder sonst in Österreich mögen aus politischen Gründen noch so empfehlenswert erscheinen. Studierende, die im nicht-deutschen Auslande genötigt wären, ihre Energien auf die Aufnahme fremden Gutes zu konzentrieren, fänden kaum die Muße, sich selbstmitleidig anzukränkeln. Nicht zufällig verhalten sich unsere Studenten in Italien meist viel erwachsener, ganz zu schweigen von jenen wenigen, die in anderen europäischen Ländern sich Kenntnis und Erfahrung holen.“

Es antwortet der Landesrat. Mit der SH brauche man ihm nicht zu kommen. Er habe ihr, als es in ihrem Topf leer war, schon oft über die Maßen unter die Arme gegriffen und ihr, deren „ideologische Voraussetzungen“ er nicht teilen könne, schon oft in Sachfragen sein Ohr geliehen. Gleiches für Gleiches: das ist Gerechtigkeit. Denn wir, die wir seine „ideologischen Voraussetzungen“ nicht teilen können, haben uns schon oft mit seinen Sachproblemen herumschlagen müssen.

KOMMUNISTEN UND ALTERNATIVE

Die Jes-Südtirol, die wir von Pressemitteilungen kennen, hat sich wieder gemeldet. Nachdem bei der Supplentenfrage, bei der Diskussion um die Lehrerausbildung und beim Kampf um die Stipendienhöhung, also lange Zeit Ruhe war, haben sie's kürzlich mit einer neuen Presseaussendung versucht, des Inhalts, daß die SH es mit ihrem jüngsten Beschluß, Italiener aufzunehmen, aufgegeben habe, alleinige Vertretung der deutsch-österreichischer Studenten in Südtirol zu sein. So gesehen bietet sich jetzt also die Jes an ... Echo hat es nicht viel darauf gegeben, selbst die Dolomiten gingen dieser Frage nicht weiter nach. Vielleicht schämt man sich jetzt, sowas kreiert zu haben. Auf den Inhalt einzugehen, ist müßig; nur zur Information dieser armen Leuchten: schon seit ein paar Monaten nach ihrer Gründung – im fernem 1955 – gibt es in der SH keine Beschränkung der Mitgliedschaft aus ethnischen Gründen. Damit nicht zufrieden, hat die Jes bei der Landesjugendversammlung der JG/SVP (am 11.11.84) zwei Resolutionen vorgelegt, in deren erster die Kündigung der Zusammenarbeit mit der SH – aus den oben angegebenen falschen Gründen – gefordert wird, in deren zweiter der Aufbau der Jes-Südtirol (von einem Ausbau kann man noch gar nicht reden) angekündigt wird. Abgesehen davon, daß über die beiden Resolutionen nicht abgestimmt worden ist, hat sich in der Diskussion gezeigt, daß die JG nicht bereit ist, den hoffnungslosen Touren einer Viererbande zu folgen.

„In bezug auf die Stellungnahme zur Südtiroler Hochschülerschaft von Seiten von Christian Waldner (JES), meinte Stocker, daß erstens die vorgelegten Resolutionen Fehlinformationen enthielten, daß zweitens, und das wurde unterstrichen, die Zusammenarbeit mit der SH sehr gut war und, daß es wohl nicht zuletzt diese Zusammenarbeit war, die Erfolg zeitigen konnte. Daß das Konzept der Partei in Hochschulfragen überdacht werden muß, müsse man zur Kenntnis nehmen.“

(Volkshote, 22.11.84)

Zum Abschluß Jes-Chef Waldner noch mürrisch bellend: „Die Landesjugendsekretarin hat die gute Zusammenarbeit mit der SH betont. Ich stelle fest, daß die SH in ihrer heutigen Ausrichtung eine Untergrundorganisation der Kommunisten und Alternativen ist.“ Und mit so etwas hat die JG zusammengearbeitet!

DER JUGENDRING HAT 15 ZIVILDIENTER EINGESTELLT, ABER

Die SH war bei der letzten Vollversammlung des SJR dabei, wo es um die Aufnahme von La strada / Der Weg, der Südtiroler Kriegsdienstverweigerer, sowie der PDU/Jugend ging. Bei 2 Organisationen gab es da keine Schwierigkeiten, nur bei den Kriegsdienstverweigerern haperte es. Der Chef dieser Organisation, Thomas Benediktov, hatte im letzten Skolast gegen den SJR gewettert, was man bei der Prüfung des Aufnahmegesuchs natürlich berücksichtigen mußte.

Natürlich wurde von allen der Unterschied zwischen dieser Untergrundorganisation und seiner an sich nützlichen Organisation gemacht, man wolle da nicht persönlich werden. Nach einer so eingefädelten Diskussion fehlte dann die Zweidrittelmehrheit. Sogar dem SJR-Vorstand war es p e i n l i c h.

Waltherhaus	Waltherhaus
39100 Bozen	39100 Bolzano
Sprechstunden: nie	Oratio per il pubblico: mai

Ein Germanist ist noch kein Deutschlehrer

schreibt RW recht polemisch in einem Artikel über „Ernste Anzeichen des Sprachverfalls“ in den „Dolomiten“ vom 6.11.1984. Recht hat er!

Und weiter: „Von Methodik und Didaktik wissen Universitätsabsolventen, die an unsere Schulen drängen, manchmal nicht viel mehr als darüber im Fremdwörter-Duden steht.“

Und wieder hat er (in sicher zu vielen Fällen) recht!

Auf der anderen Seite hat aber bei uns niemand das geringste Recht, Germanisten vorzuwerfen, daß sie keine Deutschlehrer seien, solange

- 1) Supplentensanierungen noch immer als geeignete Maßnahme angesehen werden, um den Bedarf an Lehrern zu decken. Von Ängsten um die Qualität der Schule hört man dabei eigentlich wenig.
- 2) Lehrveranstaltungen mit methodisch-didaktischen Inhalten im Rahmen der seit kurzem geforderten Zusatzprüfungen nicht angerechnet werden, weil „Fachprüfungen“ gefordert sind.
- 3) man von zuständiger Seite aus nichts, aber schon gar nichts tut, um Initiativen von Studenten zu unterstützen, die sich schon während des Studiums mit Fragen der Schule in Südtirol auseinandersetzen wollen. (Auch das soll's geben!)

An düsteren Prophezeiungen über die angebliche Verdummung der Schüler durch die Einheitsmittelschule und den drohenden Sprachverfall hat es in Südtirol nie gefehlt; woran es allerdings immer gefehlt hat, waren klare bildungspolitische Konzepte und konkrete Maßnahmen.

Wie wenig man auf die schönen Worte und frommen Wünsche der (des) Schulgewaltigen bauen kann, hat sich anlässlich eines Projektes gezeigt, das von Germanistustudenten und Südtiroler Lehrern durchgeführt wurde.

Fragen des Deutschunterrichts in Südtirol

Unter diesem Titel fand im Sommersemester 1984 am germanistischen Institut der Universität Innsbruck eine Lehrveranstaltung statt, die sich vor allem mit Fragen der Schule und des Unterrichtens in Südtirol befaßte.

Vertreter des ASM und der Südtiroler Hochschülerschaft haben gemeinsam ein Konzept ausgearbeitet; gestaltet wurde die Lehrveranstaltung dann von drei Südtiroler Lehrern: Franz Lanthaler, Annemarie Saxalber-Tetter und Rudi Meraner.

Die Frage der Finanzierung sollte mit Landesrat Zelger geklärt werden; – sein Interesse an der Sache war so überwältigend, daß er uns nicht einmal einen Gesprächstermin gewährte.

Es war der Wunsch der Studenten und auch des ASM, das Projekt in Bozen durchzuführen, um auch Studenten an anderen Universitäten die Möglichkeit zur Teilnahme zu geben. Dies war dann aus „verwaltungstechnischen“ (oder politischen?) Gründen nicht möglich, sodaß das Seminar dann in vier Block-

veranstaltungen an der „Landesuniversität“ stattfand.

Zu den Inhalten:

Im Rahmen der Lehrveranstaltung wurden schwerpunktmäßig die zentralsten Fragen des Deutschunterrichts in methodisch-didaktischer Hinsicht aufgegriffen: Unterrichtsplanung, das Entwerfen von Unterrichtseinheiten, die Frage nach der Leistungsbeurteilung, die verschiedenen Kommunikationsformen im Unterricht, der Umgang mit Lese- und Sprachbüchern und die Arbeit mit literarischen und nicht-literarischen Texten.

Besonderes Interesse wurde von den Teilnehmern jenen Texten entgegengebracht, die sich mit den Besonderheiten des Deutschunterrichts und des Schulwesens allgemein in Südtirol befaßten: die Stellung des Lehrers innerhalb der Schule (Dienstrecht, Mitsprachegremien), die verbale Leistungsbeurteilung in der Mittelschule, die integrierten, bzw. die kooperativen Klassen an der Mittelschule als Möglichkeit, behandelte Kinder in Regelklassen einzugliedern. Aspekte der bevorstehenden (?) Oberschulreform.

Ausführlich wurde auch auf die geltenden Lehrpläne an den Mittel- und Oberschulen eingegangen.

Die an der Oberschule verbindlichen Lehrpläne stammen in der Übersetzung aus dem Jahr 1969; im Grunde gehen sie aber auf Bestimmungen der Jahre 1920-1930 zurück. Das wird deutlich, wenn man sich den Literaturkanon ansieht, in dem die Literatur nach 1945 überhaupt nicht aufscheint. Auch das literaturwissenschaftliche Konzept, das hinter dem Lehrplan steht, kann sein gesetztes Alter nicht verbergen; methodische Hilfen und Anleitungen werden dem Lehrer nicht geboten.

Besser sieht es an den Mittelschulen aus, wo nach reformierten Lehrplänen gearbeitet wird, die insgesamt moderner, detaillierter und den Erfordernissen besser angepaßt sind.

Darüberhinaus haben Südtiroler Mittelschullehrer einen Lehrplänenentwurf für das Fach Deutsch ausgearbeitet, der auf die speziellen Bedingungen eingeht, unter denen der Deutschunterricht in Südtirol abgehalten wird.

Dazu gehören beispielsweise die besonderen Aspekte des Sprachunterrichts, die sich einmal aus der breiten Verwendung und aus dem hohen Sozialprestige des Dialektes in Südtirol ergeben.

Es darf im Sprachunterricht nicht nur darum gehen, dialektbedingte Fehler zu beseitigen, sondern der Dialekt an sich muß Thema des Unterrichts sein, um den Schülern bewußt zu machen, daß der Dialekt nicht grundsätzlich niedriger als die Hochsprache einzustufen ist, sondern daß die jeweilige Kommunikationssituation entscheidet, welches Sprachsystem angebracht ist.

Der Unterricht sollte den Schülern die Möglichkeit bieten, mit einem zwischensprachlichen Register zwischen Mundart und Bühnendeutsch vertraut zu werden, als einer Ebene, auf der Kommunikation im öffentlichen und halböffentlichen Bereich

stattfinden kann. Das Sprachverhalten des Lehrers im Unterricht spielt dabei natürlich eine bedeutende Rolle.

Der Themenkreis Deutschunterricht an italienischen Schulen wird für zukünftige Deutschlehrer in Südtirol in dem Maße von größerem Interesse, als die Lehrstühle an deutschen Schulen (vor allem in größeren Orten) langsam knapper werden.

Der Deutschunterricht an einer italienischen Schule hat vor allem für die Schüler einen völlig anderen Stellenwert als an einer deutschen Schule; – dementsprechend sind auch Methoden und Inhalte anders auszurichten. Die Motivation zur Erlernung der deutschen Sprache liegt in erster Linie am konkreten Erfordernis des Zweisprachigkeitsnachweises; die Lernziele und Lerninhalte werden daher vor allem auf die schriftliche und mündliche Verständigung im öffentlichen Bereich ausgerichtet sein.

Rückblick und Ausblick

Im großen und ganzen wurden in diesem Projekt eine Fülle von Themen aufgegriffen, wobei sowohl Leiter als auch Teilnehmer ein sehr hohes Maß an Motivation und Einsatzbereitschaft gezeigt haben.

Der gemeinsame Erfahrungshintergrund und der Eindruck, daß wirklich alle vom gleichen reden, schuf ein ausgezeichnetes Ar-

beitsklima, sodaß das Problem kaum darin bestand, eine Diskussion in Gang zu bringen, sondern eher darin, sie willkürlich abbrechen zu müssen, um den Zeitplan einigermaßen einzuhalten.

Es ist daher in einer einsemestrigen Lehrveranstaltung nichts anderes möglich, als eine Vielzahl von Problemen aufzureißen und eventuell Impulse zum Weiterdenken und Weiterarbeiten zu geben. Will man aber auf einzelne Punkte ausführlicher und tiefer eingehen, so ist es notwendig, sich thematisch etwas einzuschränken.

Deshalb soll im Sommersemester 1985, wo die Lehrveranstaltung wieder durchgeführt wird, der Schwerpunkt auf Aspekte des Sprachunterrichts in Südtirol gelegt werden, vor allem deshalb, weil dieser Problembereich am wenigsten vom bestehenden Angebot an der Universität abgedeckt werden kann.

Daß es sehr vielen Studenten mit ihrer Ausbildung zum Lehrberuf durchaus ernst ist, hat dieses Projekt – das durchaus Modellcharakter für andere Fachbereiche haben könnte und sollte – bewiesen.

Daß es den Verantwortlichen in Südtirol mit ihrer Sorge um gute Lehrer und eine gute Schule genauso ernst ist, fällt einem angesichts einiger „bildungspolitischer“ Maßnahmen der letzten Zeit fast schwer zu glauben.

Gertrud Verdofer

Biologen hungern ein Jahr länger

Von den meisten Südtiroler Biologiestudenten unbemerkt, verließ die Neuregelung zur Berufsausübung für Biologen durch das Präsidentialdekret DPR vom 28.10.1992 n. 980. Darin wird die Berufsausübung für Biologen neu geregelt.

Die bisherige Regelung sah vor, daß der Biologe nach zweijähriger Arbeitszeit bei voller Bezahlung, egal innerhalb welcher Institutionen (ob privat oder öffentlich), durch einfaches Ansuchen die Eintragung in das Berufsverzeichnis der Biologen erlangte und somit zur Berufsausübung befähigt und zeichnungs-berechtigt war.

Das oben zitierte Dekret sieht nun für Biologen folgendes vor:

- a) Die Berufsausübung wird wie bisher erst nach erfolgter Eintragung in das Berufsverzeichnis der Biologen (iscrizione all'albo dei biologi) möglich.
- b) Diese Eintragung in das Berufsverzeichnis erfolgt erst nach erfolgreicher Ablegung einer Befähigungsprüfung, der Staatsprüfung (esame di stato).
- c) Die Zulassung zu dieser Staatsprüfung ist für einen Biologen erst möglich, wenn er nach abgeschlossenem Hochschulstudium ein einjähriges Praktikum (tirocinio) an einer Universität oder einem Krankenhaus absolviert hat.

Nun einige Erklärungen zu diesen Bestimmungen. In Italien verläuft die Hochschulausbildung zwar an den Universitäten, der Hochschulabschluß befähigt aber nicht zur Berufsausübung. Diese wird durch eine eigene Befähigungsprüfung, der Staatsprüfung, verliehen. Das heißt, Verantwortungsposten, Freiberuf, Projektleitung, Gutachterfunktion und sonstige selbständige oder leitende Tätigkeiten sind ohne Staatsprüfung nicht möglich. Für den Biologen ohne Staatsprüfung bleiben nur Unterricht oder untergeordnete Tätigkeiten offen.

Obgenanntes Dekret führt dagegen nicht nur die Staatsprüfung für Biologen ein, sondern auch als Voraussetzung dafür ein einjähriges Praktikum. Dieses Praktikum weist folgende Merkmale auf:

- a) Dauer 1 Jahr; erfolgreicher Abschluß als Voraussetzung

für die Zulassung zur Staatsprüfung.

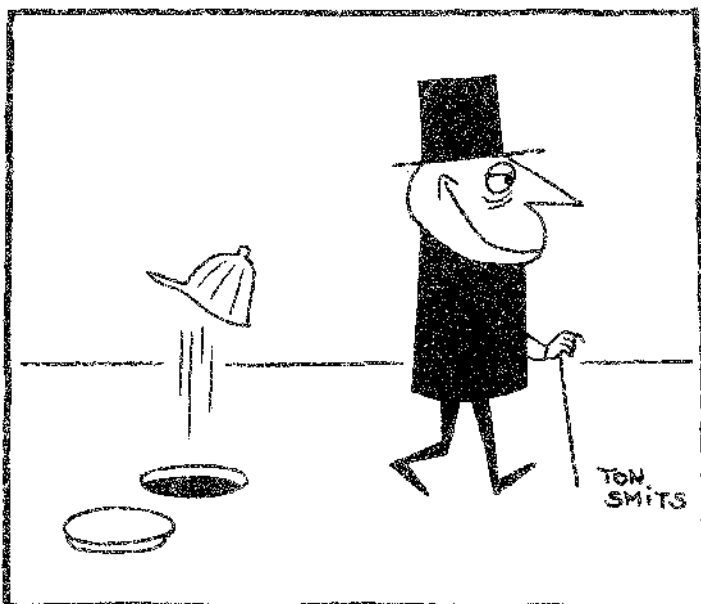
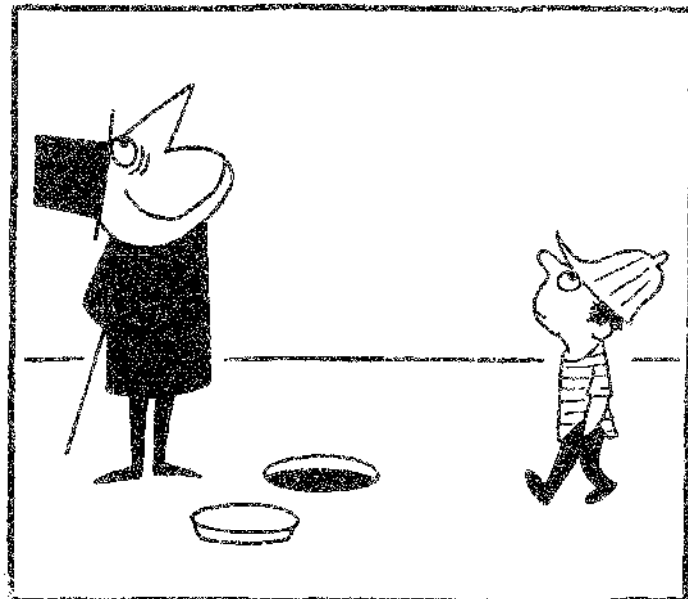
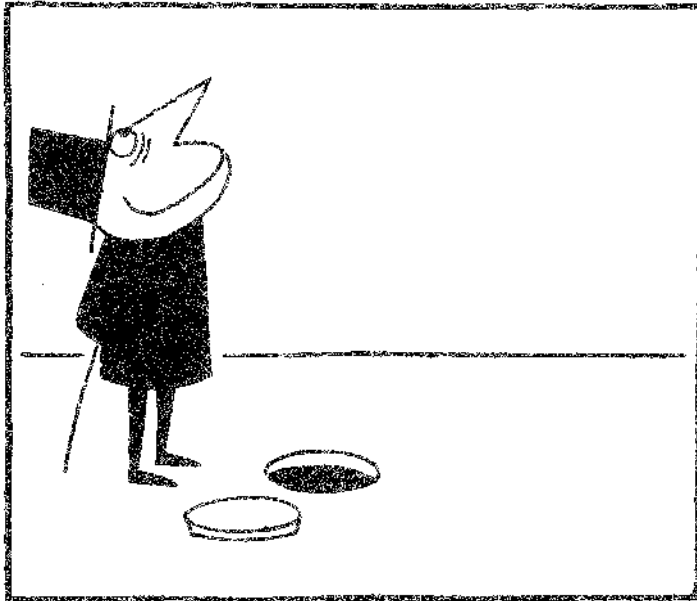
- b) Das Praktikum kann nur an italienischen Universitäten und Krankenhäusern absolviert werden.
- c) Die Termine für die Zulassung sind zweimal jährlich: Anfang März und Anfang September. Die Zulassung erfolgt nur nach freien Plätzen oder Aufnahmemöglichkeiten.
- d) Finanzielle Regelung: keine. In der Praxis erweist sich das Praktikum als geleistete Gratisarbeit.

Diese Zulassungsbestimmungen und die Einführung dieses Praktikums erweisen sich als äußerst schwerwiegend für Biologiestudenten, besonders für solche, die nicht an italienischen Hochschulen ihr Studium absolvieren:

- a) Ein Biologiestudium in Italien beansprucht eine gesetzliche Studiendauer von 4 Jahren zur Erreichung des Doktorates. Der Betroffene kann nach Erhalt desselben zum nächstmöglichen Termin um die Zulassung zum einjährigen Praktikum ansuchen; nach einem Jahr Praktikum kann er zur Staatsprüfung antreten. Fazit: Der Biologe hat frühestens nach 5 Jahren die Berufsausübung in der Hand.
- b) Ein Biologiestudium in Österreich beansprucht eine gesetzliche Studiendauer von 5 bzw. 7 Jahren (Dipl. bzw. Dr.). Der Betroffene kann erst nach erfolgter Nostrifizierung und Ausstellung des italienischen Originaldiploms (nach 10 - 15 Monaten) sein Ansuchen um Zulassung zum Praktikum stellen. Dann folgt ein Jahr Praktikum bis zur Zulassung zur Staatsprüfung. Fazit: Der Biologe hat frühestens nach 7 bzw. 9 Jahren die Berufsausübung in der Hand.

Die Einführung des einjährigen Praktikums als Voraussetzung zur Zulassung zur Staatsprüfung ist für den Biologen entschieden eine Verschlechterung der Berufssituation in Italien:

- 1) Praktisch läuft es darauf hinaus, daß der Biologe 1 Jahr



entgeltlos für Universität bzw. Krankenhaus arbeitet: Der Gesetzgeber schreibt das Praktikum vor, er gibt jedoch keine finanzielle Regelung. Nach dem Motto „friß oder stirb“ ist jeder Bewerber dem Diktat der entsprechenden Institution ausgeliefert. Universitäten bezahlen, gemäß der konstanten schlechten Finanzlage, sicherlich nichts, und die Aufnahme dürfte intern beschränkt werden. Krankenhäuser nehmen Praktikanten nur auf, wenn diese vorher eine Verzichtserklärung gegenüber Forderungen und Ansprüchen unterschreiben. Sollte sich ein Praktikant der Illusion hingeben, daß er vielleicht nach einem Jahr Praktikum in der entsprechenden Institution eine Anstellung findet, ist dies ein Trugschluß, denn nach diesem Jahr kommt ja wieder ein neuer Schub von „Gratisarbeitern“ die dieses Praktikum machen müssen, wenn sie zur Staatsprüfung antreten wollen.

- 2) Das Praktikum kann nur an italienischen Universitäten und Krankenhäusern oder Institutionen, die mit den Gesundheitseinheiten vertragliche Abkommen besitzen (z.B. Privatkliniken) ausgeführt werden. Es besteht nicht die Möglichkeit das Praktikum in Forschungslabors zu absolvieren, weder in öffentlichen (z.B. Forschungsfond) noch in privaten (z.B. Pharmaindustrie).
- 3) Für die Zulassung zu diesem einjährigen Praktikum ist der Vorweis des italienischen Diploms erforderlich. Dies erfordert die vorherige Nostrifizierung. Wertvolle Zeit geht somit verloren, in den meisten Fällen zwischen 10 und 15 Monaten, bis überhaupt die Voraussetzung besteht, um die Zulassung zum Praktikum anzusuchen.
- 4) Es besteht nur zweimal im Jahr die Möglichkeit um die Zulassung anzusuchen.
- 5) Die vorhergehende Berufslaufbahn oder Ausbildung werden überhaupt nicht berücksichtigt (z.B. Auslandsstudien, Forschungsstipendien, wissenschaftliche Werkverträge und jede andere wissenschaftliche Arbeit).

Hat der Gesetzgeber mit der Einführung dieses einjährigen Praktikums wirklich vorgehabt, das Niveau der Studienabgänger zu heben? Kann man dies mit Schikanen finanzieller Natur? Ist das Biologiestudium soviel wert, daß es nicht einmal am Papier für die Berufsausübung ausreicht? Und kann ein Biologe nach abgeschlossenem Studium wirklich nur Urin untersuchen (Praktikum in Krankenhäusern) oder Eprovetten waschen (Universitäten)? Was ist mit den anderen Institutionen?

Oder hat diese Regelung nur den Zweck durch Bürokratie und Engstirnigkeit die „Biologenschwemme“ in Italien in den Griff zu bekommen? Immerhin gab es 1975/76 an italienischen Universitäten 43.498 Inskribierte in Biologie, davon 11.503 Studienanfänger.

Es betrifft auch Dich !!!

Kontaktaufnahme und Informationsaustausch mit Biologen und Biologiestudenten aller Universitäten im In- und Ausland ist dringend notwendig.

Meldet Euch !!

Kontaktadressen:

Kurt KUBTASCHER
Anni MAIR
Helga STIMPFEL
Wolfgang THÖNI

Institut für Botanik
Sternwartestraße 15
A. 6020 INNSBRUCK
Tel. 05222/7240 Klappe 6739

Josef DALLA VIA

Institut für Zoophysiologie
Peter Mayrstraße 1/a
A. - 6020 INNSBRUCK
Tel. 05222/7240 Klappe 2511

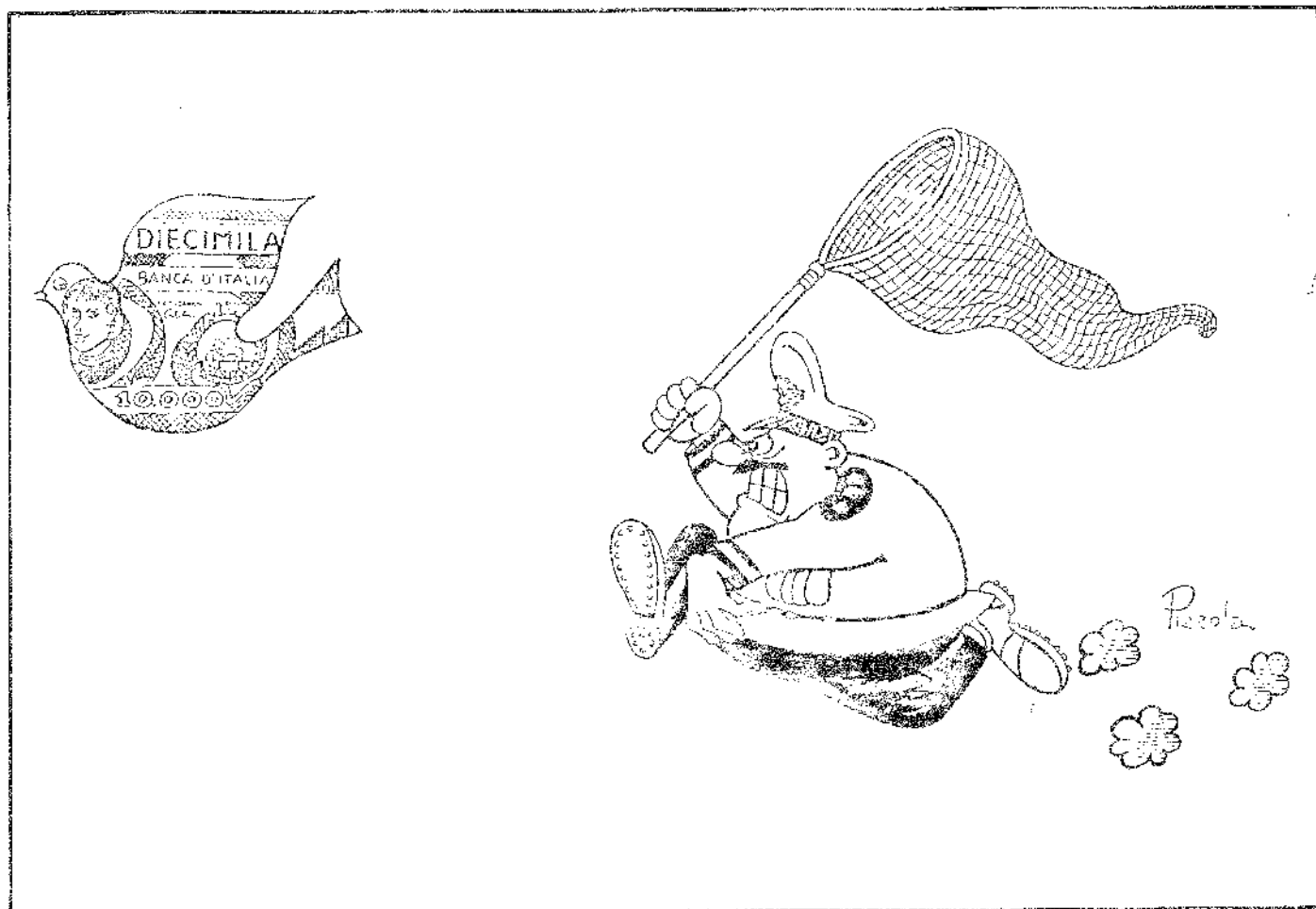
Steuerverweigerung

Im Jahre 1983 wurden auf der ganzen Welt 1,5 Millionen Milliarden (1.500.000.000.000.000) Lire für Rüstung ausgegeben. Die Rüstungsausgaben seien notwendig, sagen unsere „Friedensbewacher“, um den Frieden zu garantieren, gemäß dem Sprichwort „Wer den Frieden will, bereite den Krieg vor“.

Diese Ausgaben werden vorwiegend von jenen Geldern bestritten, die der Staat seinen Bürgern direkt in Form von Steuern abnimmt.

So wollten einige Kriegs- und Aufrüstungsgegner noch eindringlicher ihre Ablehnung der nuklear-atomaren Rüstung, oft aber auch der konventionellen Aufrüstung, wie es der Rogers-Plan für Europa vorsieht, kundtun.

5,5% der gesamten Ausgaben des italienischen Staates sind für Rüstung und Militär bestimmt. Wenn steuerpflichtige Bürger von ihrer Steuerschuld 5,5% einbehalten und friedlichen Zwecken zuführen, trifft das den Staat nur symbolisch, da bei Streichungen finanzieller Mittel aus Spargründen immer zuerst der soziale und kulturelle Bereich dran glauben muß. Doch handelt es sich dennoch um einen Protest, mit dem der Steuerverweigerer gerichtliche Verfolgung in Kauf nimmt. Diese Form der Verweigerung ist in Italien nicht neu. 1971/72, als man noch um die rechtlicher Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung kämpfte, behielt Manrico Mansueti (ein Beamter aus La Spezia) den für die Militärausgaben bestimmten Teil seiner Steuer-



schuld zurück, um sich mit den in Haft befindlichen Kriegsdienstverweigerern solidarisch zu erklären. Er versuchte eine Gruppe von Steuerverweigerern aufzubauen, scheiterte aber. 1981 gab es dann an die 20 Steuerverweigerer, die den für Militärausgaben bestimmten Teil ihrer Steuer der UNESCO, dem internationalen Versöhnungsbund (italienisch: movimento internazionale per la riconciliazione = M.I.R.), dem Movimento Nonviolento (MV) und anderen Friedensinitiativen zuführten. Im Frühjahr 1981 begannen dann die Vorbereitungen für eine Kampagne auf nationaler Ebene. Im ersten Jahr (1981-82) verweigerten 419 Personen einen Betrag von 17.619.093 Lire, den sie auf Amnesty International, auf „Bewegung Frauen Plaza de Mayo“, auf ein Projekt im Ober-Volta-Gebiet und auf den Ankauf von Grund in Comiso aufteilten. 1982-83 verweigerten 1.649 Personen in ganz Italien einen Betrag von 93.457.647 Lire, der wieder auf verschiedenste Friedensinitiativen und Projekte in der dritten Welt verteilt wurde. 1983-84 verweigerten 2.585 Personen einen Betrag von 155.000.000 Lire. Auch in Südtirol waren in diesem Jahr wieder Steuerverweigerungen, wie in den 2 vorhergehenden Jahren zu verzeichnen.

Wichtig war für die Kampagne, daß die isoliert Verweigernden kollektiv verweigern, um dieser Art des zivilen Ungehorsams mehr gesellschaftliche Bedeutung zukommen zu lassen. Der internationale Versöhnungsbund (M.I.R.), der MOVIMENTO NONVIOLENTO (MN) und die LEGA PER IL DISARMO UNILATERALE (LDU) waren die ersten, die sich dieser Idee annahmen. Indem sie die Kampagne starteten, 1982 kam die LEGA OBIETTORI DI COSCIENZA (LOC) und 1983 der MOVIMENTO CRISTIANO PER LA PACE (MCP) dazu. Ziel war es, eine Gruppe von bewußten und reifen Verweigerern aus Gewissensgründen zusammenzubringen, die der Überzeugung sind, daß man der bewaffneten Verteidigung jede Legitimation und Rechtmäßigkeit absprechen muß.

Die Verweigerung findet auf 2 Ebenen statt. Erstens die persönliche, wo der einzelne in einer direkten Aktion seine Vorstellungen von Frieden, der nicht auf militärischer Stärke, sondern Gewaltlosigkeit, Verständigung und Verständnis beruht, einbringt.

Bei der Steuerverweigerung bedient sich der Staat, um an das ihm geschuldete Geld heranzukommen, der Pfändung. Es werden weniger Gegenstände als ein Teil des Gehaltes des Steuerverweigerers gepfändet. Dies ist bereits in mehreren Fällen geschehen. Je nachdem, ob man Löhne aus abhängiger Arbeit, ob man als Selbständiger tätig ist, oder ob man überhaupt kein Einkommen bezieht, das versteuert wird, gibt es verschiedene Möglichkeiten der Steuerverweigerung. Wenn man kein Einkommen bezieht, das versteuert wird, dann genügt es, eine Unterstützungserklärung zu unterschreiben, wo ersichtlich wird, daß man zwar kein Einkommen bezieht; sollte man aber eines beziehen, so würde man gleich handeln wie die anderen Steuerverweigerer.

Die zweite Ebene ist, neben der persönlichen, die der Kampagne. Auf dieser Ebene geht es vor allem darum, sich von der Praktik der Steuerhinterziehung abzuheben und kollektiv darüber zu entscheiden, für welche Initiativen das Geld verwendet werden soll. Das erste erreichen die Verweigerer dadurch, daß sie ihre Verweigerung zu einem öffentlichen Akt machen und die zurückbehaltene Summe friedlichen Zwecken zuführen und nicht in die eigene Tasche verschwinden lassen. Das meiste Geld wird zuerst auf ein Kontokorrent überwiesen und dann zuerst in der „opzione Pertini“, der höchsten Autorität im Staat, dem Staatspräsidenten, angetragen. Bereits zweimal hat Pertini dieses Geld abgelehnt. In einer Versammlung der Steuerverweigerer wird dann jedes Jahr darüber entschieden, wie die verweigerten Gelder verwendet werden.

Wichtig ist bei der Verteilung der Gelder, neben der Förderung von Friedensinitiativen und Projekten in der dritten Welt, auch die Speisung eines Solidaritätsfonds, um eventuell gerichtlich belangte Steuerverweigerer finanziell zu unterstützen, ebenso wie die Finanzierung der Kampagne zur Steuerverweigerung.

Solche Aufklärungsarbeit und Information wurde bisher ebenfalls gerichtlich verfolgt doch die Herausgeber der Broschüre „Guida pratica all'obiezione fiscale“ wurden in einem Musterprozeß in Verona am 24. Oktober freigesprochen — ein wichtiger Präzedenzfall und für die Steuerverweigerung ein Schritt nach vorne. Denn erst wenn diese Form des Widerstandes richtig publik wird und breite Anwendung findet, wird die Steuerverweigerung einerseits unangreifbarer und andererseits nicht mehr nur auf symbolische Wirkung beschränkt sein.

Ramona Gruber

LA LETTERA CHE VERRA' CONSEGNATA AL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA

Egregio Signor Presidente,
 anche quest'anno, a conclusione della Campagna per l'obiezione di coscienza alle spese militari, Le consegnamo i fondi raccolti, in attuazione del Suo e nostro imperativo "svuotare gli arsenali, riempire i granai".
 Negli anni scorsi ci siamo visti recapitare al mittente l'assegno dei fondi a Lei offerti, con la motivazione che "il Presidente non può avallare comportamenti di protesta contrari al nostro ordinamento giuridico". Ci preme sottolineare che la nostra non è una iniziativa di sterile protesta, ma vuole essere un gesto di non-collaborazione propositiva con il militarismo crescente; inoltre le assoluzioni con formula piena, ottenute in alcuni procedimenti penali — in primo e secondo grado — celebrati a carico di gruppi di cittadini imputati di "propaganda dell'obiezione fiscale", stanno a dimostrare che ci troviamo di fronte ad una manifestazione della libertà di pensiero, così efficacemente garantita dalla nostra Costituzione. Non contestiamo allo Stato il diritto al prelievo fiscale, intendiamo soltanto metterne in discussione certi usi contro lo spirito che informa la Carta costituzionale della Repubblica Italiana.
 Non è quindi nostra l'illegalità, ma di chi vuole investire somme sempre più ingenti nella ricerca di un'efficacia crescente delle tecniche di distruzione.

"Mentre si spendono miliardi per costruire ordigni di morte, 40 mila bambini muoiono di fame ogni giorno. Questa morte di innocenti pesa sulla coscienza di tutti gli uomini di stato." Sono Sue parole, Signor Presidente, pronunciate dall'alto della Sua carica di primo cittadino della Repubblica. Una Repubblica che si è impegnata con l'ONU a versare annualmente lo 0,7 per cento del proprio Prodotto Nazionale Lordo ai paesi del Terzo Mondo, come gesto di redistribuzione delle ricchezze, e che non ha mai rispettato questo impegno! Le suggeriamo quindi di accettare i fondi dell'obiezione fiscale del 1984, che qui nuovamente Le offriamo, e di utilizzarli per la solidarietà internazionale come parte della quota per raggiungere il tetto dello 0,7 p.c., correggendo in tal modo la situazione di illegalità di cui lo Stato italiano, da Lei presieduto, si è fatto responsabile.
 Nel malaugurato caso che anche questa volta Lei intendesse restituire la cifra che Le offriamo, ci permettiamo di comunicare i progetti di finanziamento che intendiamo attuare, secondo le indicazioni degli stessi obiettori fiscali alle spese militari.
 Nella speranza di un Suo positivo cenno di riscontro, Le porgiamo cordiali saluti.

I movimenti promotori
 della Campagna per l'obiezione fiscale

Keiner muß zum Militär

Auch in Südtirol hat sich's inzwischen einigermaßen herumgesprochen: es gibt Alternativen zum Militär. Und zwar nicht etwa die Carabinieri oder die Feuerwehr oder gar die Befreiung wegen einer Arbeitsstelle im Ausland, sondern die Verweigerung aus Gewissensgründen und der zivile Ersatzdienst sowie das Volontariat in der Entwicklungshilfe. Immer mehr junge Südtiroler – im Jahr 1983 186, heuer rund 100 – begnügen sich nicht damit, den organisierten Stumpfsinn in den Kasernen, den systematischen Drill zur Unterordnung und Gewalt zu bejammern, sich aber dann doch zu fügen und das Jahr Kriegsertüchtigung möglichst komott über die Runden zu bringen. Zudem versucht die Armee jetzt auch verstärkt – weil die geburtenstarken Jahre auslaufen, die Verweigererzahlen steigen, der Arbeitsmarkt für Jugendliche äußerst träge bleibt und eine „Professionalisierung“ angestrebt wird – Köder auszulegen, um den Kriegsdienst schmackhafter zu machen: z.B. bessere Verpflegung und Sold, gute Bezahlung bei Carabinieri und Finanzern, einige Ausbildungschancen oder gar die Möglichkeit sich auf Zeit, also mindestens 2 Jahre, zu verpflichten. Wer sich weigert, in diesem Betrieb mitzumachen und solche Kriegsvorbereitungen mitzuverantworten, wird zunächst immer noch diskriminiert und schikaniert: in Italien wie auch anderswo.

Kein Soldat muß darlegen, warum er bereit ist – als zwar kleines, unwichtiges, aber doch im Rahmen einer komplexen Strategie für irgendeine Rolle verplantes Rädchen in der Maschinerie – direkt am nächsten Krieg mitzuwirken. Der Verweigerer hat dagegen seine Entscheidung ausführlich zu begründen und wird hierfür anschließend mit einer 8 Monate längeren Dienstzeit bestraft. Wer sich weigert, sein Leben dem Staat als Mittel seiner Politik zur Verfügung zu stellen, kann natürlich nicht damit rechnen, daß er vom selben gefördert wird; er kann auf Menschen- und Verfassungsrechten beharren, deren Einlösung sich erfahrungsgemäß oft genug an den gerade „dringlichen Verteidigungsinteressen“ des Landes nach innen und außen relativieren. Kriegsdienstverweigerung ist eine ganz praktische und eine der klarsten Absagen an die Politik der Staaten, ihre Interessen mit Rüstung, Militär und Raketen auszutragen, eine „Verteidigung“, die bereits heute millionenfachen Tod, Armut und Elend bedeutet, und im nuklearen wie konventionellen Ernstfall nur mehr Zerstörung und kalkulierten Massenmord stattfinden ließe. Es gibt jedoch immer noch genug „Helden“, die darauf bestehen, das seien halt die Kosten „unserer“ Freiheit: wie etwa Reagans Weltraumrüstungsprogramm mit voraussichtlichen Kosten von 1.500 Mrd. Dollar bis zum Jahr 2000 oder die Freiheit der NATO, an allen Ecken der Welt zu intervenieren, wo sie die „Stabilität“ in Gefahr sieht. Wer die Tiroler Freiheitskämpfer von anno 9 oder gar das Landlibell verherrlicht, aber nichts dabei findet, daß heute einige NATO-Generäle darüber entscheiden, ob Tirol nuklear oder konventionell zerstört wird, hat allerhand an Gedankenakrobatik zu bewältigen. Daß junge Tiroler allerdings immer noch ihre staatlich verbrieften Tauglichkeit feiern und sich ganz bereitwillig solches „Heldentum“ beim Militär verordnen lassen, fügt sich heute anscheinend problemlos sogar in eine Schützenmentalität ein.

Die konkrete Alternative dazu ist der Zivildienst und der Ersatzdienst in der Entwicklungshilfe, die sich auch in Italien inzwischen einen faktischen Eigen-Sinn haben sichern können. Die Zahl und Art der Organisationen, ob öffentliche oder

private Körperschaften, die mit dem Verteidigungsministerium entsprechende Konventionen abschließen, ist im Wachsen, auch in Südtirol. Die Arbeitsfelder werden – von sozialer Tätigkeit im engeren Sinne wie der Arbeit mit Alten, Behinderten, Blinden, Drogen- und Alkoholabhängigen, über gewerkschaftliche, pädagogische, ökologische bis zu kulturellen Aufgabengebieten – vielfältiger und immer interessanter. Doch ein echter Friedensdienst ist der Zivildienst so wie er heute in Italien geregelt ist, nicht; als Zivi bei eigentlichen Friedensinitiativen zu arbeiten, ist kaum möglich. Wer den Zivildienst ableistet, leistet keinen direkten Beitrag dazu, daß wir einer wirklichen Abrüstung und friedlichen Konfliktregelung näher kommen, daß von Nationalismus, Militarismus und Blockdenken abgerückt wird, daß mehr aus Geschichte und Gegenwart über die Ursachen und Folgen von Kriegen gelernt wird und schließlich die Wurzeln von Gewalt und Krieg als Mittel der Politik angegangen werden. Der Staat betrachtet den Zivildienst als Ersatz-Arbeitsdienst, der im gesamten seiner militärischen Strategie untergeordnet bleibt, der immer als eine lästige, radikale Alternative dastehen soll. Der Kriegsdienst bleibt generell die Norm, und an der Organisation und der Personalplanung der Heeresteile orientiert sich auch die Praxis der Zivildiensthandhabung durch das Ministerium. Im Kriegsfall – und dies wird auch von neuen Reformprojekten wiederum bestätigt – wären Zivildienstleistende wieder in die Infrastruktur des Heeres eingeordnet und würden im Zivildienst oder sonstigen Hilfsdiensten eingesetzt.

Langsam entwickelt sich nun auch in Südtirol der Zivildienst zu einem breitgefächerten sozialen Dienst, der Lücken im sozialen Bedarf schließt, mit kostenlosen Arbeitskräften das Fehlen von bezahltem Personal ausgleicht, dabei aber zusätzliche Räume kreativer, kommunikativer und freudestiftender Tätigkeit schafft; und es gibt noch viele kaum ausgeschöpfte Möglichkeiten, von der Arbeit mit Randgruppen, alten Menschen und Jugendlichen bis hin zum Zivil- und Katastrophenschutz, unter der Voraussetzung, daß dies kein Teil der zentralen, militärischen Kriegsfolgenplanung ist. Das wäre eine Bereicherung und Hilfe für viele, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und eine Linderung der Folgen alltäglicher Gewalt. Als solche sind die 20 Monate Zivildienst nicht nur eine Absage ans Militär, sondern in sich auch eine Kritik an der realen Gewalt in der Gesellschaft. Von seinem besonderen Bezug zu bewußtem Widerstand gegen den Kriegsdienst und die Aufrüstung, aber auch gegen alltägliche strukturelle Gewalt läßt sich der Zivildienst daher nicht trennen. Er stellt den „Wehrdienst“ als Norm und Notwendigkeit überhaupt in Frage, ist die praktizierte Kritik junger Menschen an der Kriegsertüchtigung im Rahmen eines zwar auferzwingenen, aber doch sinnvollen Sozialdienstes. Viele stehen deshalb dem Zivildienst offen und positiv gegenüber, obwohl sie sich ansonsten mit der Institution Militär völlig abfinden. Aber am Beginn steht halt die Verweigerung: eine fundierte Entscheidung, die in dieser Weise kein Soldat für seinen Dienst jemals zu treffen hat.

Die „Südtiroler Kriegsdienstverweigerer“, Selbstorganisation der Kriegsdienstgegner und Zivildienstleistenden Südtirols, bemühen sich, diesen Zusammenhang in ihrer Arbeit konsequent herzustellen. Sie leisten einerseits praktische Hilfestellung für die Verweigerer vor, während oder nach dem Zivil-

dienst und verteidigen ihre Rechte – ganz wie die SH im studentischen Bereich.

Andererseits geht es ihnen darum, gerade die Zivildienstzeit zu einer vertieften und kritischen Auseinandersetzung mit jenen Themen zu nutzen, die eigentlich den Ausgangspunkt für die Verweigerung bilden: der Widerstand gegen Krieg und Aufrüstung, Gewaltfreiheit und soziale Verteidigung, die Rechte unterdrückter Menschen und Völker, Rüstung und Militarisierung im Zusammenhang mit Ökosystemen und der Dritten Welt und Möglichkeiten einer Konfliktlösung zwischen Völkern ohne gegenseitige tödliche Bedrohung sind die Leit motive dieses Verbands. Gegründet wurde er 1983 als eigener, völlig autonomer und basisdemokratischer Verein, der auch auf nationaler und internationaler Ebene in der Bewegung gegen den Kriegsdienst mitarbeitet. Die „Südtiroler Kriegsdienstverweigerer“ sind natürlich politisch – wie auch die Lega Obietto-

di di coscienza in Italien – völlig unabhängig, überparteilich und überkonfessionell und stehen allen offen. Viele stoßen sich allerdings bereits am Begriff „Kriegsdienstverweigerung“, trauen sich gar oft nicht, dieses Wort in den Mund zu nehmen und möchten halt nichts als in Ruhe ihr Zivildienstsüppchen kochen. Ein kontinuierlicher, gemeinschaftlicher Einsatz von Verweigerern, sei es für den Aufbau und die Verbesserung von brauchbaren Alternativen, sei es zur Kritik an Militär und Gewaltsystemen, kann jedoch nur in einem solchen Verband verwirklicht werden. Informationen dazu gibt's in der SH und am Vereinsitz der SÜDTIROLER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER – LEGA OBIETTORI DI COSCIENZA DEL SUDTIROLO in der Amba Alagistraße 26 (CISL/SGS-Gebäude), Bürostunden von Mittwoch bis Freitag von 15 bis 18 Uhr.

Thomas Benedikter





sein Amerika

„Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen, das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.“ Mit diesen Sätzen kennzeichnet Karl Marx 1852 im „Achtzehnten Brumaire“ Kaiser Napoleon III. Und mit diesen Sätzen könnte man auch Reagans Regierung kennzeichnen: wir haben es nicht mehr mit Weltmachtspolitik zu tun, sondern mit einer Karikatur von Weltmachtpolitik – etwa wenn der Regierungssprecher seinen Chef entschuldigt, er habe manchmal Mühe, bei Kabinettsitzungen nicht einzuschlafen, also möge man ihm einzelne Ausrutscher verzeihen; oder wenn der Nationalstolz Rekordniveau erreicht, weil die Marines des mächtigsten Staates der Welt eine Insel mit wenigen tausend Einwohnern erobern haben.

Es wäre nicht schwer, diese Liste beliebig zu verlängern; aber es gibt viele gute Gründe dafür, daß man sich damit nicht zufrönt und zu verstehen sucht, was sich in diesem Land wirklich tut. Zu diesem Zweck möchte ich in diesem Beitrag einige neuere Arbeiten aus Soziologie, Politik und Wirtschaft vorstellen, die nicht auf deutsch bzw. italienisch erschienen sind, aber ein genaueres Bild des heutigen Amerika bieten können, wie es angesehene liberale bis linke Autoren sehen.

Ein Bestseller war das 1890 erschienene Buch „The Zero-Sum-Society“ des Harvard-Ökonomen Lester Thurow; und schon der Titel weist auf die Hauptthese des Buches hin und damit auf die vielleicht wichtigste Veränderung in der neueren amerikanischen Geschichte. Bis vor wenigen Jahren konnten gesellschaftliche Konflikte dadurch gelöst werden, daß beide Konfliktparteien sich auf eine Vergrößerung des Kuchens einigten, diese Strategie funktioniert nun immer weniger, weil mehr Gruppen konfliktfähig geworden sind und der Wachstumsprozeß schwieriger geworden ist. Es stellt sich also – schärfer als je zuvor in der amerikanischen Geschichte – das Problem der Verteilung.

Michael Harrington beschreibt in dem Buch „The new American Poverty“ (1984), wie dieser Umverteilungsprozeß konkret vor sich geht, wie sich in der amerikanischen Gesellschaft seit den siebziger Jahren die Ungleichheit verschärft: von den verfallenden Stahlrevieren des Mittelwestens über die „sweatshops“ New Yorks (illegale Fabriken, wo bis zu 17 Stunden gearbeitet wird, ohne Sozialversicherung und für 15\$ am Tag) bis zum Elend der Arbeitslosen in den Südstaaten (Slumhütten ohne Toilette und ohne Wasser in Reichweite).

Da wird deutlich, daß das Schlagwort von der „Lateinamerikanisierung“ der USA immer mehr der Wirklichkeit entspricht.

Es gibt den Reichtum der „Elite“, von Konzernen, aber auch von Einzelpersonen, zu dem es in Europa keine Parallele gibt und der einem etwa in Manhattan auf Schritt und Tritt begegnet. Es gibt die „middle class“ bis herunter zum qualifizierten Arbeiter, die noch immer mehr verdient als in den meisten europäischen Ländern. Und dann gibt es Arbeiter, die knapp das Lebensnotwendigste verdienen, die „working poor“ und schließlich die vielgeschmähten Wohlstandserpflüger, vor allem alleinstehende Mütter.

Daß zahlreiche Amerikaner sich der Gefahren dieser Entwicklung bewußt sind, beweist auch das Buch „The next American Frontier“ (1982) von Robert Reich und das Echo, das es in der amerikanischen Öffentlichkeit auslöste. Reich – Professor für Management – spricht auch von der wachsenden Ungleichheit und stellt dann Europa neben Japan als positives Beispiel hin: nur eine enge Zusammenarbeit von Wirtschaft und Staat und neue Formen der Verteilung könnten die Krise Amerikas überwinden helfen.

Thomas Edsall beleuchtet in einer sehr gründlichen Studie über Parteien und „soziale Kräfte“ die politische Seite dieser Entwicklung: „The new politics of inequality“ (1984). Zwei Tatsachen stechen darin besonders hervor. In den letzten Jahrzehnten ist ein immer deutlicher nach Einkommensgruppen differenziertes Wahlverhalten zu beobachten. 1982 wählten z.B. Wähler mit unter 10.000\$ Jahreseinkommen zu 70% demokratisch, Wähler mit über 50.000\$ Jahreseinkommen nur zu 36%.

Zugleich hat sich in der Republikanischen Partei eine neue Koalition gebildet, die in Reagans Politik ihren Ausdruck fand: die Sozialdarwinisten der „Angebotsökonomie“, die Verfechter der Aufrüstung, die religiös-moralische Rechte (vgl. Schulgebet, Schöpfungslehre) und nicht zuletzt der aggressivere Teil des Business, vor allem die Wachstumsindustrien des Südens und Westens (Öl, Rüstung).

Dieser Stärkung der Republikaner entspricht spiegelbildlich der Zerfall der demokratischen New-Deal-Koalition in die drei Grundströmungen, die bei den Vorwahlen zum Ausdruck kamen: der rechte Flügel der wirtschaftsnahen Kreise um Hart der am ehesten europäischer Liberalen entspricht, will von Umverteilung und aktiver Wirtschaftspolitik kaum mehr viel wissen, steht aber in außen-, rechts- und kulturpolitischen Fragen auf dem Boden der fortschrittlichen Koalition. Die Gewerkschaftsfraktion um Mondale bleibt die wichtigste Basis der Demokraten und versteht sich als Erbe des New Deal und der Great Society, hat aber vor allem durch den Niedergang

der Gewerkschaften an Integrationskraft und Attraktivität verloren. Jackson vertritt neben den Schwarzen eine Reihe von anderen politischen, sozialen und ethnischen Randgruppen, die an zahlenmäßiger Stärke und Selbstbewußtsein deutlich gewonnen haben. Innenpolitisch fordert er eine Fortführung des New Deal, außenpolitisch eine wesentlich andere, vor allem weniger imperialistische Haltung.

Die immer deutlicher werdende Differenzierung der Klassen spiegelt sich so auch in der Politik. Und dadurch wird die gesellschaftliche Basis einer Politik zerstört, die die Weltmacht USA erst möglich machte: der Sozialpolitik des New Deal und der sechziger Jahre, die die selbstzerstörerischen Kräfte des Kapitalismus ausglich und dadurch seine Entfaltung ermöglichten, aber auch den Anspruch der USA als Weltmacht glaubwürdig machten.

Da diese Entwicklung kurzfristig kaum umkehrbar ist, scheint der weitere Niedergang der USA zumindest mittelfristig unaufhaltsam. Die Zerstörung der Verteilungsstrukturen (sinkende Löhne, reduzierte Sozialleistungen) geht weiter, und die dadurch provozierte Krise kann durch Militärausgaben, Spitzentechnologie und Rohstoffproduktion (Landwirtschaft, Öl, Kohle) nur zu einem kleinen Teil kompensiert werden.

Heute wird diese Feststellung durch einen Boom, der in der Geschichte der USA einmalig ist, verdeckt und scheinbar widerlegt: Im Jahr zum 30. Juni 1984 ist das Bruttoinlandsprodukt um 7,5% angestiegen, und der Prozentsatz der Arbeitslosen ist von 10 auf 7% zurückgegangen. Der Boom scheint zunächst alle Wirtschaftswissenschaftler zu widerlegen, die Reagans Politik für sinnlos hielten; heute ist er alt genug, um erklärbar zu sein.

Im Prinzip ist es genau das, was Reagan in Worten immer verteidigte: keynesianische Nachfrageschöpfung durch ein Budgetdefizit, das mit ca. 200 Mrd. Dollar ein für die USA einmaliges Niveau erreicht hat. Der Unterschied zum traditionellen Keynesianismus liegt vor allem darin, wo die zusätzliche Nachfrage entsteht. Die Löhne sind (real) um 1% gesunken, das heißt, nur etwa 18% des Wachstums gingen in den Konsum von Lohn- und Gehaltsbeziehern (der Lohnanteil liegt in Industrieländern im allgemeinen zwischen 65 und 70%). Überproportional gestiegen sind die Investitionen (um knapp 30%), der Rest des Wachstums wurde für Militärausgaben und Konsum von Kapitalbesitzern, Unternehmern und Freiberuflern verwendet.

Die Inflation, erste Achillesferse keynesianischer Politik, wurde durch sinkende Löhne gezähmt (zum 30.6. 4,2%); das Außenhandelsdefizit, die zweite traditionelle Begrenzung, wird

wie es der Höhenflug des Dollars beweist — durch einen in der Geschichte einmaligen Kapitalimport überkompensiert.

Dennoch steht der Boom auf tönernen Füßen. Aber die Gefahren sind nicht unbedingt jene, von denen in den Zeitungen die Rede ist (Budgetdefizit und Schulden der Dritten Welt). Die Problemfelder sind vielmehr durchaus wirtschaftsimmanent:

- Die Nachfrage, die weitgehend auf Rüstungsausgaben, Konsum aus Gewinnen und Investitionen beruht, kann eine stabile Konjunktur nicht tragen.

- Ein Anziehen der Löhne würde die Inflationsrate steigen lassen, was im Rahmen der gegebenen Wirtschaftspolitik nicht toleriert würde.

- Das Außenhandelsdefizit (zum 30. Juni 100 Mrd. \$, Zahlungsbilanzdefizit 73 Mrd. \$) ist auf die Dauer nicht finanzierbar.

Im Grunde ist es ein Kartenhaus, das vor allem vom Willen des nationalen und internationalen Kapitals gestützt wird, nach den eigenen Regeln zu leben und ausgiebig Geld zu verdienen; und es leht auch vom Fehlen einer überzeugenden Alternative. Aber jede größere Vertrauenskrise kann das Gebäude zusammenstürzen lassen — vor allem dann, wenn der Boom seinen Zweck erreicht und Reagan wieder an die Macht gebracht hat.

Was danach kommt, muß nicht die große Krise sein. Der Dollar wird fallen, die Arbeitslosigkeit wird wieder steigen, das Wirtschaftswachstum nicht größer sein als heute in Europa. Für Europa wird der Handel mit den USA schwieriger werden, dafür werden sinkende Ölpreise und Zinsen den Spielraum für das Wachstum der eigenen Märkte vergrößern; und der amerikanische Katzenjammer wird in der Öffentlichkeit mehr Raum für eine eigene europäische Politik und Entwicklungsstrategie schaffen.

Führende Wirtschaftsmacht wird aber dann (voraussichtlich schon im Laufe des Jahres 1985) endgültig Japan werden. Und nur weil Japan allein aufgrund seiner Größe, Lage und Geschichte dem Anspruch der Hegemonialmacht nicht gewachsen ist, wird Europa sehr bald vor die Aufgabe gestellt werden, seinen Beitrag zu einer langfristigen Strategie für die weitere Entwicklung unserer Erde zu leisten.

Die USA werden zuerst noch die Erfahrung einer vom Klassenkampf geprägten Politik nachholen und einen neuen gesellschaftlichen Konsens finden müssen; erst dann werden sie wieder einen diesem großen und reichen Land angemessenen Beitrag zur weltweiten Entwicklung leisten können. Die Regierung Reagan ist der erste Akt dieses Klassenkampfes.

Paul Marsoner

Literatur aus Südtirol

Eine neue Anthologie

Unter anderem mit:

noch nicht veröffentlichten Texten von N. C. Kaser
neuen Texten von Franz Tumlner
und einer Reihe weiterer Namen aus der Südtiroler Literaturlandschaft

Textauswahl von Gerhard Mumelter

Eine ARUNDA-Publikation in Zusammenarbeit
mit der Südtiroler Hochschülerschaft

Literatur

in
Südtirol

ARUNDA 13

ARUNDA

13
LITERATUR
in
Südtirol

Die Unermüdlichen

Vom 16. – 18. November fand in Innsbruck in einem Gasthaus am Fuße des Bergisel (der symbolträchtige Ort wurde bewußt gewählt) ein Symposium zum Thema: „1809-1984 – Analyse eines Mythos“ statt. Veranstalter war der Innsbrucker Arbeitskreis für Tiefenpsychologie. Interessiert hat mich vor allem die interdisziplinäre Ausrichtung der Tagung. Die Themen waren sehr weit gestreut. Irgendwie ist das auch schon wieder suspekt, dieses plötzliche „wissenschaftliche“ Interesse am Mythos um A. Hofer, dem man soviel (zuviel) Bedeutung beimißt. Wieso glaubt man eigentlich so fest daran, daß diese Art von Identitätsstiftung von herrschender Seite aus so perfekt funktioniert? Teilweise scheint mir dieses ganze Jubiläum auch ein recht hilfloses Mittel gegen eine (Bewußtseins-) Krise zu sein. Bedauert wurde zu Beginn der Tagung, daß sich „kein Theologe und keine Frau“ mit entsprechenden Beiträgen gefunden hätten. Bevor ich kurz auf die Referate eingehe, möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, daß es sich hier keinesfalls um eine den Referaten gerecht werdende Wiederga-



be handeln kann, sondern es geht um subjektive Wahrnehmungen und Eindrücke.

Einleitend ging Benedikt Erhard (Aus- und Eingrenzung: das Jubiläum 1984) der Frage nach, welche Funktionen Jubiläer dieser Art haben. Erinnert wird, was nützt! Man will nicht vergangene Wirklichkeit darstellen, sondern überzeitliche Handlungsweisen ableiten. Der eindringliche Appell, ist Erbe und Auftrag zu erfüllen, erfährt keine Konkretisierung, sondern schafft klar abgegrenzte Freund-/Feindbilder. Genau das ist problematisch an diesen Hurra-Jubiläen. Es wird nämlich nicht mehr zwischen Geschichte und Jubiläum unterschieden (Magna: Gedenkjahre sind Meilensteine des Lebens). Der Zugriff zu Feindbildern in der Geschichte wird leicht gemacht, ihre Übertragung in die Gegenwart unmittelbar.

Werner Köfler (1809 in der Geschichte) machte es sich leicht. Chronologisch zählte er die verschiedenen Zeitpunkte auf, an denen A. Hofer aus der Mottenkiste geholt wurde, ohne sich darüber eigene Gedanken zu machen. Zu 1984 wußte er nichts zu sagen.

Es gibt keinen einheitlichen Hofer-Mythos, das bekräftigten Walter Methlag) und Christian Schwaighofer (A. Hofer und die literarischen Folgen). Je nach politischer Situation änderte sich das Hofer-Bild und wird sich auch weiterhin ändern. In der Literatur finden wir daher neben dem loyalen, kaisertreuen Hofer, den aufrechten (ein bißchen naiven, aber sehr frommen) Märtyrer und den Land-und-Schollen-Hofer, der später zum Blut-und-Boden-Hofer wurde. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen, die Benützbarekeit des „Helden“ scheint grenzenlos. Bemerkenswert scheint mir, daß der Hofer-Stoff mit Vorliebe zu Volksschauspielen verarbeitet wurde, ein Medium, das für alle Schichten leicht zugänglich ist.

Auf das Referat von Günther Pallaver (Herz-Jesu-Bund und tirolische Religionspolitik) möchte ich nicht eingehen, da es in ausführlicherer Form in den „Sturzflügen“ Nr.7 nachzulesen ist. Dasselbe gilt für Christoph von Hartungen (Die kleinen Leute um 1809).

Walter Klier wies in seinem Essay auf einige, wie mir scheint sehr wichtige Probleme hin. In seinen Thesen zum Gedenkjahr sprach er davon, daß der Angriff eines Mythos diesen gleichzeitig verfestigt, auch in den Köpfen der Angreifer.

Indem man gegen etwas argumentiert, erkennt man es an. Für Klier gibt es eine Symmetrie der Helden; Hofer plus Gaismaier ergibt Null. Das ist Traditionspflege. Heimatliebe eint die feindlichen Lager, in gewissen Augenblicken können sich auch Hans Haid und Eva Klotz treffen (Erinnerung an einen Club 2, als die Diskussion auf die Zerstörung der Heimat kam). Sich mit Tirol und seiner Tradition auseinanderzusetzen, sich zu wehren, und ist somit auch ein sehr defensiver Akt.

Zu den Tirolern: sie sind stolz darauf, wenn man sie für dumm verkauft. Für am dümmsten wurden sie 1809 verkauft, deshalb sind sie darauf am stolzesten. Für am zweitdümmsten wurden sie bei der Südtirolfrage verkauft, auf ihre Landeseinheit sind sie deshalb jetzt am zweitstolzesten.

Gunther F. Zeillinger (Das gesellschaftliche Bedürfnis nach Helden): Helden scheinen ein ubiquitäres Phänomen zu sein, fast jede Gruppe und jeder Ort haben ihre Helden. (Vielleicht hören jetzt einige Tiroler Linke auf, zu glauben, nur sie hätten unter diesem vermeintlichen Tiroler Spezifikum zu leiden). Zeillinger sprach über die Rolle von Leitbildern und Identifikationsfiguren in den verschiedenen Entwicklungsphasen des Menschen (nach Freud) und über die Notwendigkeit von Helden für eine Gruppe. Um der Kontinuität und der Herrschaftssicherung innerhalb der Gruppe willen kommt es hier zu einer Institutionalisierung von Helden. Einsichtig ist, daß deshalb Helden vor allem in Krisenzeiten geboren und gebraucht werden.

Norbert Valentin (A. Hofer in der Schule) wies auf die Probleme hin, die bei der Behandlung der Ereignisse um 1809 in der Volksschule auftreten. Der Lehrplan sieht die Behandlung der „Persönlichkeiten der näheren Heimat“ vor. Ausgehend davon, daß Kinder im Alter von acht bis zehn Jahren eine starke Identifikationsbereitschaft mit „Helden“ zeigen, ihre Kritik- und Differenzierungsfähigkeit aber noch nicht sehr ausgeprägt ist und sie zu schwarz-weiß-Malerei neigen, andererseits aber der Lehrstoff so spannend wie möglich gebracht werden muß, kam Valentin zum Schluß, daß die Volksschule entscheidenden Anteil an der Mythologisierung Hofers hat. Der Versuch einer „ausgewogenen“ Darstellung mißlingt meist total.

Ein Referat mit viel Musik war das von Gerhard Crepaz (Die falsche Sicherheit in der Marschmusik). Eine schöne Art des Vortragens. Gleich anfangs stellte er klar, daß es sich dabei um kein Tirolthema handelt (Er spielte das DDR-Jugendlied „Wir sind die junge Garde“ nach der Melodie der Tiroler Hymne vor). Marschmusik vermittelt von ihrem Rythmus und ihrer ursprünglichen Funktion (Anführen einer Truppe im Trommelrythmus) eine gerichtete Gemeinsamkeit (vorwärtsmarschieren). Nach 1848, mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, änderte sich die Funktionalität der Märsche – sie wurden jetzt auch für Konzerte gut. Marschmusik als einfachste und sicherste Form der Gemütlichkeit und Gemeinsamkeit. Marschmusik kann heute nur mehr ironisch oder demagogisch verstanden werden, denn es kann niemand mehr ernsthaft an die Sicherheit beim gemeinsamen Marschieren glauben.

Manfred Steinlechners Referat (Tirol in der Moderne) habe ich nur in unzusammenhängenden Bruchstücken mitgekriegt. Es war sehr akademisch und außerdem das letzte an diesem Tag. Ich war zu müde. Ich erwähne das nicht, um dieses Referat abzuqualifizieren, aber vielleicht sollte man bei solchen Tagungen auch die begrenzte menschliche Aufnahmefähigkeit mitberücksichtigen.

Hans Hald (Vom Militarismus in der Tiroler Volkskultur) wartete mit Zahlen (die Ausgaben offizieller Stellen für Schützen- und Trachtenvereine, Gedenkfeiern etc. sind wirklich beachtlich) und Politikerzitate auf und verlas abschließend 12 neue Thesen zur Tiroler Kultur.

Andreas Maislinger (Verdrängte Helden – Tirol in der NS-Zeit) umriß kurz die Probleme der Aufarbeitung der NS-Zeit nach 1945. Demnach müssen die Österreicher mit zwei Wahrheiten leben. Einmal mit der des Kameradschaftsbundes, der Helden-gedenkfeiern und der Denkmäler (die Gefallenen im 2. Weltkrieg starben doch alle für die Heimat). Die zweite Wahrheit ist die der offiziellen österreichischen Zeitgeschichte, wonach der 2. Weltkrieg eindeutig auf der falschen Seite geführt worden ist.

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus dient als Legitimation nach außen.

Im Anschluß daran sprach Eduard Grünwald (Erinnerung an den Widerstand) von seiner persönlichen Geschichte des Widerstandes.

Alexander Langer (Identitätsstiftung in Südtirol): Identität ist in Südtirol seit 1918 besonders ungesichert oder wird zumindest so empfunden; deshalb ist sie auch so gefragt.

Vor 1918 war eine besondere Südtiroler Identität nicht erforderlich. Man war Tiroler, Habsburger, Österreicher und als solcher katholisch und konservativ. Ab 1918 verlor man diese Sicherheit. Schuld waren die anderen. Gegen die Entnationalisierungsversuche des Faschismus entwickelten die Südtiroler eine „Katakombenidentität“. Der Widerstand bestand im Rückzug und im Beharren, ohne eigenes Konzept. Das Auftauchen der Nazis stellte zum erstenmal wieder ein mobilisierendes Ziel dar. Das bestätigen die vielen Südtiroler Kriegsfreiwilligen.

Ab 1945 begann die positive Südtiroler Identitätsstiftung, die dem Wandel der verschiedenen politischen Phasen unterworfen war. Bis in die 60er Jahre wurde Identität aus dem „Kampf gegen Rom“ und der Los von Trient-Bewegung abgeleitet. Ab den 70er Jahren spricht Langer von der „Autonomieidentität“, aus der sich Ende der 70er Jahre die „Proporzidentität“ herauschälte (im Sinne einer Wiedergutmachungs- und Vergeltungspolitik). In diesem Geist wird auch das Gedenkjahr gefeiert.

Das Schlußwort hatte Ignaz Zangerle (Tirol im Jahre 2009), indem er ein düsteres Bild der Zukunft entwarf. Eine einheitliche Umgangssprache, angereichert mit Amerikanismen, Italianismen und Teutonismen, eine Nivellierung durch Frauen- und Jugendbewegungen, der Zerfall der Familie waren einige seiner Schreckensvisionen. Naja, darüber ließe sich streiten.

Abschließend noch einige Worte zu den anlässlich des Gedenkjahres stattgefundenen Anti-Aktionen (soweit man sie als solche bezeichnen kann – irgendwie passen sie nämlich ganz gut ins offizielle Programm. Es wird ja viel (unverdiente) Aufmerksamkeit zuteil). Daß es sowas wie eine „Geschichtsneurose“ zu beiden Seiten des Brenners und quer durch die Lager gibt, weiß man ja. Im Gedenkjahr haben die Historiker Hochsaison. In diesem Sinne bildete das erwähnte Symposium eh eine löbliche Ausnahme. Doch auch diese Tagung war letztlich eine Fachsimpelei im Insiderkreis. Symposien in verrauchten, düsteren Sälen haben keine Zukunft. Verschleißerscheinungen bei Referenten und Publikum sind nicht mehr zu übersehen. Eine fortschrittliche Tiroler Realität muß verstärkt anders erlebbar werden, vielleicht verliert dann der Zwang zur theoretischen Abgrenzung seine Wichtigkeit.

Martha Verdorfer

diesem thema wurde auf diesen seiten schon mehrmals raum gegeben. die redaktion betrachtet daher das thema bis zum jahre 2009 als abgeschlossen.

die schv.

Computer und Selbstbewußtsein

Dieser Beitrag ist als Antwort auf den von Rudi Benedikter verfaßten Essay „Brauchen uns die Computer?“, erschienen im letzten Skolast (Nr. 3, 1094), sowie als weiterführende Stellungnahme zum Problem der Verdichtung und Computerisierung von Arbeit und Freizeit gedacht.

I
Ja, lieber Rudi, es ist wirklich höchste Zeit, die neuen Technologien „als kulturelles Phänomen in Frage zu stellen“, und sie „als politisches Problem zu bewältigen“. Nur schade, daß sich in dieser allgemeinen Feststellung unser Konsens zu diesem gesamten Problembereich offensichtlich erschöpft. Das nämlich, was Du in Deinem Essay mit dem provokanten Titel „Brauchen uns die Computer?“ schreibst, scheint mir leider eher eine Gegen- als eine Entmythologisierung – so wie Du es postulierst – zu sein, womit mich wohl nichts mehr davor retten wird, daß Du auch mich zu den „traditionellen Skeptikern – gerade in der Linken –“ zählen wirst, die „nicht immun gegen die Faszination des Computers“ sind.

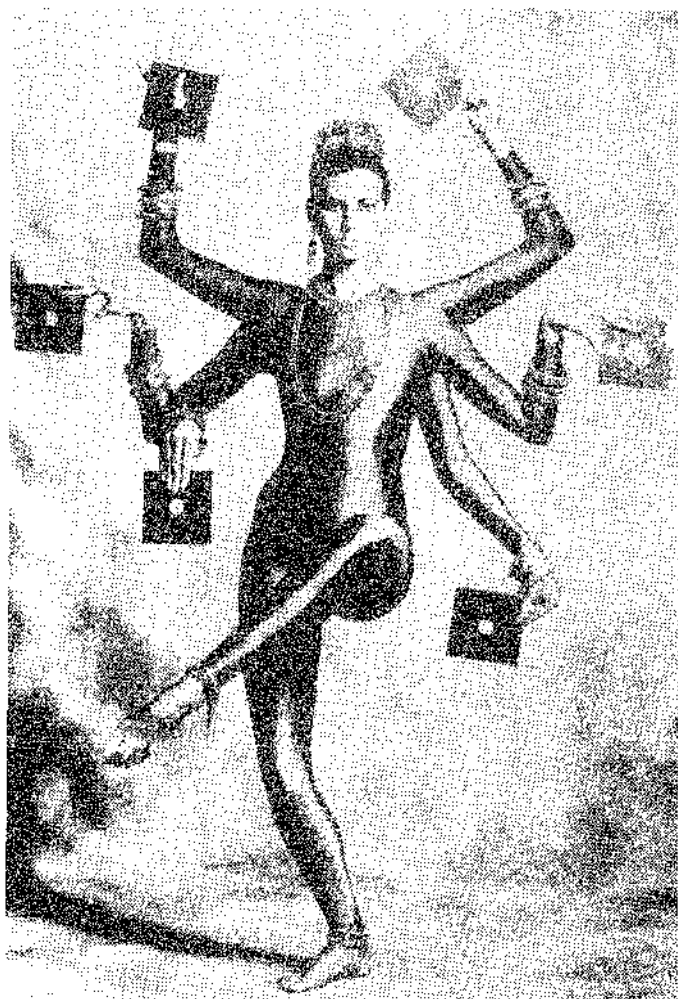
Nun, wie dem auch sei, werde ich mich trotzdem bemühen, Dir meine – in gewisser Weise sehr viel positivere – Einstellung zur Technologisierung glaubhaft zu machen, hoffend, daß Du – so wie jeder andere Leser – einsehen wirst, daß diese meine Überzeugung eher als Produkt einer nüchternen Überlegung entstanden ist, denn als blinde Faszination für flimmernde Mattscheiben.

II
Natürlich stimmt es, daß die programmierte Maschine die Arbeitsweise und den Arbeitsrhythmus des Menschen bestimmt, wie es folgerichtig ebenso stimmt, daß dieser zum Anhängsel automatischer Systeme wird; allein ist zu bedenken, daß dies kein qualitatives und spezifisches Kennzeichen einer bestimmten technologischen Entwicklung ist, schon gar nicht jener des letzten Jahrzehnts, sondern daß diese Fremdbestimmung des produzierenden Menschen, dessen notwendiges Komplement die Unterordnung des Arbeiters unter die Maschine ist, nur augenscheinliche Inkarnation des altbekannten Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital ist, und also diese Feststellung ebensoalt ist wie der Kapitalismus selbst, womit ihre Richtigkeit natürlich unbeschadet bleibt.

So bleibt wohl als eigentlich Spezifisches dieses neuesten Technologiestoßes – zumindest auf der Produktionsseite – die immense Produktivitätssteigerung – hier wiederum ist es neu, daß diese in solch massiver Weise auch den Dienstleistungssektor betrifft – und gewissermaßen als Nebenprodukt im Produktionsprozeß eine erleichternde Überwachung der Arbeitskraft mit einer weiteren damit verbundenen Erhöhung der Produktivität derselben.

III
Überwachung ist menschenunwürdig. Darin sind wir uns einig, lieber Rudi, und ich bin hier ohne Umschweife für eine rigide gesetzliche Regelung derselben (selbst wenn ich meine Zweifel habe, ob es beim gegenwärtigen Technologiestand überhaupt noch möglich sein wird, gewissermaßen zu kontrollieren, daß nicht kontrolliert wird). Ein grundsätzlicher Punkt darf an dieser Stelle aber nicht vergessen werden. Wir leben in einer Welt, in der es gegensätzliche Interessensgruppierungen gibt. Jede dieser Gruppen kämpft mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln um ihre Ziele – die Gültigkeit dieser Behauptung

reicht wohl weit über den Kapitalismus hinaus. Also ist eine Einschränkung von Kampfmitteln eine Lösung, die nur die Folge sieht und nicht die Ursache, welche in ebendiesem grundsätzlichen Interessenspolaritäten zu suchen ist (hierin liegt wohl der Schlüssel, um bestimmte Parafisierungserscheinungen bürgerlicher Demokratien verstehen zu können). Kurzum: das Verbot von Überwachung ändert nicht das Mindeste an der Ausbeutung des Arbeiters, sie macht sie höchstens erträglicher, auch wenn damit – dies möchte ich hier unterstreichen – auf keinen Fall einer Barbansierung gesellschaftlicher Verhältnisse das Wort geredet werden soll. Worum es geht, ist klarzumachen, daß man mit moralischen Entrüstungen gesellschaftlichen Problemen nicht auf den Grund kommt. Diese Maxime würde wohl mehr Nüchternheit gerade in die gegenwärtige Technologiediskussion bringen.



IV

Nun ist, zumindest wenn wir noch im Produktionsbereich verharren, die Überwachung nicht die schlimmste Auswirkung einer in Windeseile fortschreitenden Technologisierung. Diese hat dem Unternehmer der 80er Jahre eine altbewährte Krisenbewältigungsstrategie -- nämlich Rationalisierung -- als äußerst wirksam erscheinen lassen (sofern natürlich er die Krise überhaupt überleben konnte). Die Folge davon war eine exorbitante Arbeitslosenstatistik, die nun, und damit gelangen wir zum eigentlichen Punkt, trotz erneut wachsender Volkswirtschaften (z.B. USA, BRD) nicht so richtig schrumpfen will. Damit haben wir eine Phänomen vor unsern Augen, das folgendermaßen umschrieben werden kann: die derzeitigen Produktionsinnovationen ermöglichen derartige Produktivitätszuwächse, daß sie kaum von Wachstumszuwächsen einer Volkswirtschaft eingeholt werden können. Erfolgen keine einschneidenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen (z.B. Arbeitszeitverkürzung), werden hohe strukturelle Arbeitslosigkeitsraten die Folge davon sein.

Leider gibt es nun aber Menschen, die hier vollkommen das Problem verkennen. Nicht die Technologie ist daran schuld, daß es Arbeitslose gibt -- sie erleichtert uns höchstens die Last der alltäglichen Arbeit --, sondern die Tatsache, daß die Steuerung solcher Entwicklungen in der Anarchie des marktwirtschaftlichen Systems begraben liegt. Und siehe da, wir sind wieder dort angelangt, wo wir vor 150 Jahren begonnen haben: die Anarchie privater Entscheidungen muß durch die Planung des Kollektivs ersetzt werden. Und selbst wenn sich die Sicherheit dieser Abstraktion in der Dunkelheit konkreter Vorstellungen aufzulösen scheint, darf man zumindest nicht die Sicherheit darüber verlieren, daß wir Produktivitätssteigerungen trotzdem begrüßen müssen, denn nur so gibt es einen gegenwärtigen Kampf um Verbesserung unserer Lebensbedingungen (Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen) und einen auf die Zukunft gerichteten Kampf um die Beherrschung dieses Systems zugunsten aller. Das biblische Paradies wird zum materialistischen Schlaraffenland ... Die Computer sind ein notwendiger Schritt dorthin. Warum Du, Rudi, das als einen Mythos bezeichnest, verstehe ich nicht. Mystisch ist doch eher der Nicht-Glaube an die menschlichen Erkenntnisfähigkeiten -- also genau diejenige Haltung, die den Computer zum Dämonen machen will.

V

Mit alledem sind wir aber noch meilenweit von einer erkenntnistheoretischen Greifbarkeit der Mikroelektronik samt ihren gesellschaftlichen Auswirkungen entfernt. Genau in diesem entscheidenden Punkt versagt aber sowohl die Sozialwissenschaft, die in einer Gesellschaft, deren Produktion und Reproduktion sich mit Hilfe technisch vermittelter Kommunikation und Informations-synthese vollzieht, entweder diese Technik nur unter einem reduktionistisch-ökonomischen Aspekt sieht (siehe IV), oder von einem eher soziologisch-kommunikationswissenschaftlichen Standpunkt aus nur mehr Entgesellung und gesellschaftliche Auflösung prophezeit, aber auch das Politmanagement, das zum einen seine Wachstumshoffnungen auf die Mikroelektronik setzt und zum anderen eine gerade durch diese notwendig gemachte, umfassende Infrastrukturpolitik konsequent vernachlässigt, um das öffentliche oder private Konsumfenschen aufgewirbelten Staubes übersieht. Damit erweist sich, daß sowohl die öffentliche Diskussion, die die nicht entscheidenden Teilaspekte zu ihrem Inhalt hat, als auch die Visionen der Politiker, die sich nicht einmal in der finsternen Neumondnacht aus ihren Schlupfwinkeln hervorwagen, als auch die Inhalte der wissenschaftlichen Theorien, die eine analytische Synthese eines Gesellschaftsprozesses im Zeichen der neuen Universaltechnologie noch nicht geschafft haben, daß also alle diese Erscheinungen letztendlich nur Ausdruck einer technischen Entwicklung zu sein scheinen, die sich im Bewußtsein der Menschen nicht ohne bildverändernde Verzerrungen spiegeln.

Verzerrungen entstehen aufgrund verbreiteter Theorielosigkeit. Sie müssen wir als erste beseitigen, wollen wir vermeiden, daß uns die rasanten technischen Entwicklungen der Gegenwart aus den Händen gleiten. Gewollte -- und zwar von allen -- Steuerung tut not. Dafür ist umfassende Kenntnis gesellschaftlicher Prozesse notwendig. Nur wer diese Kenntnisse hat, kann den Fortschritt zugunsten aller planen. Wer als Mensch den menschlichen Entwicklungen nicht unterliegen will, muß diese Herausforderung an seinen Geist annehmen.

Die Mystik kann man sich fürs Jenseits sparen.

Christoph Kasereit

In Kürze gibt es das

Hans Haid

LESE BUCH

Herausgegeben von der
Südtiroler Autorenvereinigung (Sturzflüge)
und von
Frischfleisch & Löwenmaul, Wien

ca. 160 Seiten, Preis: L. 11.000 oder ÖS. 120

zusammengestellt und mit einem Nachwort
versehen von
LUDWIG PAULMICH
und
HANSJÜRGEN WALDNER

LYRIK: Arne Leute Kind -- Berg und Dorf
PROSA: Die Dorfmaschine
THEATER: Szenen aus dem Stück „Kyrie eleis“
einem Stück um Michael Guismair
AUFsätze über Dorf und Heimat
Regionalismus
politischen Konservatismus
Kulturtyrol
AGITATION & POLEMIK & REZEPTION

Bis nach Grönland

Im Osten wie im Westen und in den Ländern der Dritten Welt werden rassische, ethnische und religiöse Minderheiten diskriminiert, unterdrückt oder verfolgt. Von der Vernichtung des armenischen Volkes in der Türkei über die Gaskammern des Dritten Reiches, die Deportationen und die Diskriminierung einiger sowjetischer Kaukasusvölker sowie der Krimtataren bis hin zu den Massenmorden an Amazonasindianern, Biafranern, Bengalen, Kurden, Eritreern und Osttimoresen durchziehen Verfolgung und Vernichtung von Minderheiten unser Jahrhundert. Angesichts dieser vielfältigen Verbrechen und Diskriminierungen, denen Minderheiten- und Stammesvölker in vielen Teilen der Welt ausgesetzt sind, gehört ihre Situation zu den wichtigsten Menschenrechtsproblemen unserer Zeit. Deshalb wurde 1968 in der Bundesrepublik die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ als Menschenrechtsorganisation für verfolgte Minderheiten ins Leben gerufen. Die GfbV will sich für die Rechte von Minderheiten einsetzen, über ihre Probleme informieren, praktische Hilfe und Solidarität mobilisieren und die vielen, vereinzelt Initiativen für Minderheiten – soweit wie möglich und von den Betroffenen gewünscht – zu einer wirksamen Menschenrechtsbewegung zusammenfassen.

Zu den Hauptaufgaben der GfbV gehört die Bekämpfung des kulturellen (Ethnozid) und physischen Völkermords (Genozid). Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Tätigkeit – besonders der Regionalgruppen – ist der Einsatz für jene, „von denen keiner spricht“. In den vergangenen Jahren hat sich die GfbV durch ihre beharrliche und stetige Arbeit nach Amnesty International zur zweitgrößten deutschen Menschenrechtsorganisation entwickelt. Tilman Zülch, Göttingen, hat die GfbV mitbegründet, aufgebaut und leitet sie bis heute. Er ist Autor bzw. Herausgeber mehrerer Bücher zum Schicksal verfolgter Minderheiten und neuerdings Berater des Europäischen Parlaments beim Büro für die weniger verbreiteten Sprachen. Ab Ende Oktober hielt sich Tilman für 3 Wochen in Südtirol auf und so konnten wir mit ihm – für uns der Minderheitenexperte und nebenbei auch profunder Südtirol-Kenner – folgendes Gespräch führen:

SKOLAST: Wie ist die GfbV entstanden, welches Interesse hat damals dazu geführt?

Zülch: Die GfbV ist im Jahre 1970 gegründet worden als Nachfolgerin eines Komitees „Biafrahilfe“. Als während des Biafrakrieges von 1967 – 70 ein Volk in Nigeria, die Ibos, sich von der nigerianischen Regierung trennen wollte, hatte diese mit britischer und sowjetischer Hilfe und Waffen aus vielen anderen Teilen der Welt diese separatistische Republik Biafra liquidiert, wobei 2 Millionen Menschen ermordet wurden. Das war eigentlich der Anlaß, ein Komitee gegen Völkermord zu gründen. Gegründet wurde es von 2 Studenten, die sich vorher schon in der Studentenbewegung betätigt hatten. Einer davon war ich. Betroffen waren wir, weil zwar von Vietnam gesprochen wurde, aber nicht von Biafra, weil das wohl zu kompliziert war. Denn in Biafra ging's um ein ethnisches, innerstaatliches Problem, worin eine Fülle anderer Probleme hineinspielten, Kolonialismus, Neokolonialismus usw. 2 Regierungen, die britische Labourregierung und die sowjetische waren verantwortlich für die Niederwerfung Biafras. Die Biafrahilfe erhielt sehr viel Unterstützung aus der Bevölkerung, was auch verständlich war, da es nicht um Fragen des Kommunismus ging, wo halt Deutsche allergisch waren. Und daraus ist die GfbV entstanden, weil wir uns gesagt haben: es wird in der Dritten Welt nicht nur Konflikte zur Entkolonialisierung geben, die zu Ende gehen, sondern es wird eine neue Qualität von Konflikten entstehen, nämlich Nationalitätenkonflikte, wie z.B. die Kurden im Irak, und dies ist dann immer wieder ein Anlaß für die Großmächte zu intervenieren und diese Volksgruppen zu beherrschen. Sehr häufig wird ja die Zentralregierung in solchen Fällen politisch und wirtschaftlich unterstützt.

SKOLAST: Die GfbV beschäftigt sich mit Minderheiten in aller Welt: das reicht dann von den Aborigines bis nach Grön-

land, von den Indianern bis nach Kamtschatka. Es ist für uns oft unvorstellbar, wenn wir POGROM lesen, wie man es bewältigen kann, so viele Volksgruppen, Stammesvölker und Minderheiten zu „betreuen“, darüber zu informieren und sie konkret zu unterstützen.

Zülch: Leider ist es so, daß der Vielfalt der Völker in der Welt – und nur ein kleiner Teil der Staaten ist von einer Volksgruppe bewohnt – auch die Vielfalt der Unterdrückungsmechanismen entspricht. Seit 1970 hat sich die GfbV in der Bundesrepublik zur größten Menschenrechtsorganisation nach Amnesty International entwickelt, hat rund 30 Arbeitsgruppen und inzwischen 2.100 Mitglieder. Es ist völlig unmöglich, daß die GfbV alle unterdrückten Volksgruppen und Völker betreut. Dieser Eindruck könnte entstehen über die Zeitschrift, die über eine sehr große Bandbreite von Volksgruppen informiert. Aber das alleine ist ja noch keine große politische, humanitäre oder menschenrechtliche Hilfsaktion, sondern nur die Voraussetzung für solche, und hat in erster Linie den Wert von Information. Dabei gibt es aber bestimmte Sonderausgaben von POGROM, die wesentliche politische Folgen hatten, z.B. die Sonderausgabe über die Assyrer, die dazu geführt hat, daß die christlichen Assyrer aus der Türkei nicht mehr abgeschoben wurden. Wir haben bei der politischen Arbeit also bestimmte Akzente setzen müssen, doch hängt das auch von unseren Kapazitäten ab. Je größer wir wurden, desto mehr Probleme haben wir behandelt. In der Bundesrepublik die Sinti und Roma, in Amerika die indianischen Völker, in Afrika im wesentlichen im Südsudan und die Völker Äthiopiens und von Eritrea, im Nahen Osten sehr stark Kurden, Assyrer und Armenier, auch eine Reihe von europäischen Minderheiten, in Australien die Aborigines und im Pazifik bzw. Melanesien West-Papua und Osttimoresen. Bei jeder Volksgruppe kann man sagen, nicht daß direkt politisch Einfluß genommen worden wäre, aber doch wesentliche Unter-

stützung für die Völker geleistet wurde und wird. Nehmen wir den Völkermord in Osttimor: kein Journalist kommt rein, die Ereignisse werden von der indonesischen und amerikanischen Regierung bewußt verschwiegen, ein Drittel der Bevölkerung ist ermordet. Die GfbV ist die einzige Organisation, die immer wieder mit Pressemitteilungen, Artikeln auch in großen Zeitungen darauf aufmerksam macht. Nehmen wir die Aborigines in Australien: da haben wir jetzt zusammen mit anderen Organisationen das Selbstverwaltungsmodell in den Schulen erreicht, das auch vom Staat endlich unterstützt wird; bei den Landrechten geht es ähnlich. Beispiel Kurden, Assyrer und Armenier im Nahen Osten, als große Volksgruppen in der Bundesrepublik: wir unterstützen sie unten in Form von Gefangenen- und humanitärer Hilfe, und auch hier in der Bundesrepublik, damit sie ihre Schulfrechte kriegen und nicht abgeschoben werden.

SKOLAST: Treten ihr in eurer Arbeit auch in direkte Verhandlungsebene mit verantwortlichen Regierungsstellen? Gelingt es euch, ähnlichen Einfluß zu nehmen wie Amnesty und nicht nur informations- und bewußtseinsbildend durch eure Zeitschrift und Publikationen, sondern auch direkt als Mitglied oder Partner bestimmter Gremien, als Fürsprecher für bedrohte Minderheiten?

Zülich: Bei der Arbeit in der Bundesrepublik, was die Gruppen hier betrifft, so haben wir z.B. in direkter Verhandlung erreicht, daß diese nicht an die Verfolgerstaaten ausgeliefert werden wie bei den christlichen, aramäischsprachigen Assyrern und bei den Armeniern oder jetzt noch in Schwebelage bei den kurdischen Yezidi. Das läuft aber vor allem durch Pressekonferenzen, Protestaktionen, Kundgebungen wie für die Yezidi in Bergen-Belsen, dem ehemaligen KZ. Dann werden Kirchen und Gewerkschaften mobilisiert mit häufig auch erfreulichen Ereignissen. Und oft ist der Einsatz für ganze Gruppen sinnvoller als daß die AI einzelne dieser Gruppen herausgreift.

SKOLAST: Zur Bundesrepublik selber, denn eure Gesprächspartner sind ja auch Regierungsstellen. Was kann die Bundesrepublik auf internationaler Ebene in eurem Sinne machen? Sie hat ja in internationalen Gremien oder auch durch ihre Wirtschaftsbeziehungen einen großen Einfluß, beliefert aber andererseits allerhand Regimes in der Dritten Welt mit Waffen, unterstützt Diktaturen zuungunsten von vielen Minderheiten.

Zülich: Wir versuchen wie auch andere Menschenrechts- und 3. Welt-Gruppen die Regierung zu einer anderen Politik zu bewegen. Aber das ist in den allermeisten Fällen ergebnislos, weil die Bonner Politik, wie in allen west- und osteuropäischen Staaten, nach den ökonomischen und strategischen Interessen der Bundesrepublik gemacht wird. Das auswärtige Amt pflegt bei Menschenrechtsverletzungen in der Dritten Welt zu sagen: das ist nicht so schlimm, oder jetzt öfter: das ist nicht mehr so schlimm, die Lage hat sich normalisiert. Und wenn die Presse, auch die konservative, völlig anders darüber informiert und Menschenrechtsverletzungen bestätigt, so versucht das Auswärtige Amt dieses Problem zu leugnen. Dieses Problem haben nicht nur wir, sondern auch verwandte Organisationen in westeuropäischen Ländern, die oft gar nicht zugelassen sind. Nur ist es grundsätzlich unser Verständnis als Menschenrechtsorganisation, daß wir die Pflicht haben, für eine andere Politik einzutreten und Interventionen für bedrohte Minderheiten zu machen. Die Opposition ist bei uns bisweilen auch sehr interessiert, im Augenblick die Sozialdemokraten. Aber als sie regierten, war's auch nicht besser.

SKOLAST: Es steht ja auch in eurem Programm, daß die Mitverantwortung der Bundesrepublik untersucht werden muß, wie auch jene der übrigen verantwortlichen Staaten. In der Süddeutschen Zeitung wurde wieder einmal – zum UNO-Tag – die paradoxe Tatsache angeprangert, daß fast alle Staaten der Erde Mitglied der UNO seien, die Menschenrechtscharta



unterschieden haben, sie aber dann kaum respektiert wird. Private Organisationen kämpfen nun darum, daß auf viele Menschenrechtsverletzungen erst aufmerksam gemacht wird, während die UNO voll versagt.

Zülich: Die UNO ist so stark wie ihre Regierungen. Ein großer Teil der UNO-Mitglieder besteht aus Diktaturen und der andere Teil aus Staaten, die ihre Interessen in diesen Diktaturen verfolgen und so gibt es in den Vereinten Nationen halt keine Lobby für Minderheiten. Außer, was ja auch vorkommt, eine Minderheit wird zum politischen Interesse für bestimmte Staaten. So haben z.B. die arabischen Staaten ein besonderes Interesse für die Palästinenser. Oder die afrikanischen Staaten, die sich für die schwarzen Südafrikaner einsetzen, weil sie den Druck ihrer Bevölkerung spüren. Dann kann es auch zu Aktionen für rassisch, ethnisch, religiös verfolgte Gruppen kommen. Und das ist natürlich zu begrüßen, aber man muß auch sehen, daß es bestimmte Interessenkonstellationen sind, die dazu führen. Für die Kurden andererseits, die auf 4 Staaten aufgeteilt sind, wird es nie zu einer Intervention kommen, weil die europäischen Staaten daran interessiert sind, mit diesen Diktaturen zusammenzuarbeiten. Oder wer wird in Europa für die Basken eintreten?

SKOLAST: Europäische Minderheiten stehen in POGROM eher im Hintergrund. Ist es so, daß diese Minderheiten als nicht mehr so dringende „Fälle“ betrachtet werden?

Zülich: Nein, hier möchte ich widersprechen. Die GfbV ist ja ständig im Wachsen. Wir machen eine sehr aktive Mitgliederwerbung, auch um mehr hauptamtliches Personal anstellen zu können. So haben wir Anfang des Jahres eine Kraft nur für West- und insbesondere Osteuropa eingestellt, die dann z.B. die Albaner in Jugoslawien, wo mehrere Tausend als politische Häftlinge einsitzen, die Nationalitätenbewegung der Esten, Letten, Litauer, Ukrainer und Krimtataren, der sowjetischen



Juden und Deutschen betrouf. Das sind ganz starke Schwerpunkte. Auch Volksgruppen wie die Sinti und Roma werden in östlichen Staaten extrem verfolgt, z.B. hat Ungarn den Zigeunern 10.000 Kinder weggenommen, die CSSR hat laut Charta 77 Zwangssterilisationen an Zigeunerinnen vorgenommen. Daneben leisten wir auch wesentliche Informationsarbeit über Westeuropa, was wir noch ausbauen wollen; auch mit Aktionen z.B. gab's als in einer zweisprachigen Schule in Kärnten keine slowenischen Aufschriften mehr angebracht werden sollten, eine briefliche Protestaktion mit über 1500 Unterschriften. Aber es ist eben unser Dilemma, daß unsere Kräfte begrenzt sind und wir auf alle Fälle von Genozid, Völkermord und Vertreibung von ethnischen Minderheiten konzentrieren müssen, Prioritäten setzen müssen. Das betrifft allerdings nicht die Information: im POGROM haben wir auch Platz für Minderheiten in Westeuropa.

SKOLAST: In der Bundesrepublik gibt es derzeit allerhand an Verfolgung, angefangen beim Versuch, ausländische Arbeiter wieder loszuwerden, die Asylanträge abzuschleifen, die Sinti- und Roma-Geschichte und jetzt die Kurden und Yezidi. Man hat den Eindruck, daß die Bundesrepublik jetzt endgültig zum fremdenfeindlichen Land geworden ist. Worauf konzentriert sich die GfbV im Inland?

Züch: Erstens muß man sagen, daß die Gastarbeiterfrage ein eigenes Problem ist, dem sich Gewerkschaften, Parteien, Kirchen widmen müssen, und daß die GfbV nicht die Fähigkeit hat, sich um sämtliche Immigranten zu kümmern. Wir fühlen uns primär für jene zuständig, die zuhause bereits als ethnische Minderheit unterdrückt werden und daher einer zweifachen Unterdrückung ausgeliefert sind: nämlich hat man einmal als ausländischer Arbeiter seine Probleme, zum anderen sorgen die türkischen Behörden dafür, daß z.B. kurdische Kinder hier keinen Schulunterricht in ihrer Sprache bekommen. Wird ein türkischer Gastarbeiter in die Türkei abgeschoben, ist das schlimm genug. Wird z.B. ein Assyrier oder Armenier abgeschoben, wird er dort noch zusätzlich unterdrückt. Wir haben die Aufgabe, die Gastarbeiter, Menschen, die die Bundesrepublik gerufen hat und die oft schon Jahrzehnte hier leben, zu integrieren, wenn sie es wollen. Wir als GfbV wollen sie nicht ausklammern

aus der allgemeinen Arbeit, doch müssen wir Schwerpunkte bei besonderen Gruppen setzen.

SKOLAST: Du arbeitest jetzt gerade an einem Buch mit dem Titel „Vertreibung und Vertreibungsverbrechen – 40 Jahre linkes Tabu“. Im nächsten Jahr jährt sich nämlich zum 40. Male, daß Millionen von Deutschen aus den Ostgebieten ihre Heimat verlassen mußten und als Flüchtlinge in den Westen kamen. Über 2 Millionen fielen der Vertreibung zum Opfer. Auf Seiten der Linken werden Vertreibungsverbrechen und Vertreibung manchmal tabuisiert, seltener entschuldigt oder gar legitimiert. Will dieses Buch die Geschichte neu schreiben, anders als dies rechtsstehende Historiker getan haben?

Züch: Dieses Buch wird nicht im Rahmen der Arbeit der GfbV herausgegeben, sondern von mir, der ich täglich mit Verbrechen des Völkermords zu tun habe und immer wieder mit unverarbeiteten historischen Völkermordverbrechen konfrontiert bin, wie etwa bei den Indianern in Nordamerika, wie bei den Sinti und Roma, deren Schicksal bis 1978 in der deutschen Öffentlichkeit unbekannt war. Diesen Teil der deutschen Geschichte mit der Vernichtung von 500.000 dieser Volksgruppen haben wir aufgearbeitet und an die Öffentlichkeit gebracht. Ich selber stamme aus dem Osten, bin in Sudeten-Deutschland geboren, mein Vater stammt aus Ostpreußen, bei dem Länder, die nicht mehr existieren. Die Deutschen wurden vertrieben, 100.000 Sudetendeutsche sind dem zum Opfer gefallen. Bei unserer Arbeit bin ich nun immer wieder konfrontiert mit der Heuchelei der Linken, was einmal ein Franzose so ausgedrückt hat: die Völker, die für linke Ideale sterben, sind gute Völker, und die Völker, die nicht für solche Ziele sterben,

„Pogrom“

pogrom – die deutschsprachige Zeitschrift zur Situation bedrohter Minderheiten und Stammesvölker. Herausgegeben von der „Gesellschaft für bedrohte Völker“.

Die Magazinausgaben von „pogrom“ erscheinen mindestens zweimonatlich (sechsmal im Jahr). Dazu kommen Sonderausgaben zur Situation einzelner Volksgruppen. Im Abonnement eingeschlossen (DM 35,- für 10 Ausgaben) sind auch Bücher der „Reihe pogrom“. An „pogrom“ arbeiten Fachleute und Betroffene aus vielen Teilen der Welt mit.

Pogrom

- informiert über die Situation unterprivilegierter, diskriminierter oder verfolgter rassischer, ethnischer und religiöser Minderheiten (Mehrheiten), um öffentliche Aufmerksamkeit und Aktivität zu mobilisieren;
- wendet sich gegen jede Art von Apartheid, Rassismus, Chauvinismus, Kolonialismus, Imperialismus;
- greift Verantwortliche in Ost und West und in der Dritten Welt gleichermaßen an;
- berichtet über die Beteiligung deutscher und europäischer Politik und Wirtschaft;
- gibt den Emanzipationsbewegungen und anderen Repräsentanten der Unterdrückten die Möglichkeit, ihre Position darzustellen;
- macht auf politische, edukative und humanitäre Hilfsmöglichkeiten aufmerksam;
- berichtet über Aktionen dieser Art und trägt zur Koordinierung von Aktionen und Informationen deutscher und internationaler Gruppen und Organisationen bei;
- will ein Interesse für gemeinschaftliche und ökologische Alternativen bedrohter Minderheitenvölker wecken.

sind sozusagen nicht gestorben oder zu Recht gestorben. So müssen gerade fortschrittliche Bewegungen im Kopf behalten, daß bei sozialen Veränderungen, Befreiungsbewegungen und -kriegen, es immer wieder dazu kommt, daß die Sieger dann die Menschenrechtsverletzungen der Besiegten aufnehmen. In Nicaragua ist die aktuelle Situation so, daß es den Indianern sehr schlecht geht. Wir erinnern uns an Kambodscha, wo Teile der Jugend mit dem System sympathisierten, wo aber ein hoher Teil der Bevölkerung umgekommen ist. Auch gleich nach dem Widerstand gegen das Hitlerregime und dem Einsatz für Juden und Zigeuner hätte man für die Deutschen einreten müssen: hunderttausende wurden ermordet, hunderttausende Frauen vergewaltigt, hunderttausende in die Sowjetunion deportiert: auch massenweise Antifaschisten, Sozialdemokraten und Kommunisten, ja in der Tschechoslowakei wurden sogar überlebende deutsche Juden und Zigeuner als Deutsche kollektiv mitverfolgt. Ich denke, die mitteleuropäische Geschichte ist durch die Extreme des Hitlerregimes in vielfacher Weise verunstaltet worden. Die Rechte und die Mitte hat sich geweigert – in Deutschland und Österreich – den Nationalsozialismus zu verarbeiten. Gleichzeitig haben viele Rechte auf die Verbrechen gegen die Deutschen hingewiesen um die nationalsozialistischen Verbrechen zu leugnen, zu legitimieren oder zu tabuisieren. Die Linke hat dann begonnen, die Nazizeit aufzuarbeiten und hat als Reaktion auf die Haltung der Rechten gesagt: dann sind die Vertreibungsverbrechen wohl rechtens gewesen, oder sind halt übertrieben oder revanchistisch. Ich bin zunächst dafür, daß man die Vergangenheit real akzeptieren muß, um in der Zukunft zu einer menschlichen Politik zu gelangen. Wenn man sein Bewußtsein so verstellt und sagt, fortschrittliche Bewegungen können keine Fehler machen und auch wenn es Menschenrechtsverletzungen gibt, dann wappnet man sich dagegen, rechtzeitig reagieren zu müssen. Ich glaube, daß die westdeutsche und österreichische Linke manchmal zu spät reagiert hat, und schließlich auch die Ermordeten und Vertriebenen das Recht haben, daß ihr Schicksal betrauert wird.

SKOLAST: Es liegen Zeugnisse vor, daß die Vertreibungen nur aufgrund einer Kollektivschuld der Deutschen nicht nur als Verbrechen, sondern auch als unermesslicher moralischer, politischer und wirtschaftlicher Schaden für die dortigen Länder empfunden wird, wie es angeblich die Nachkriegsgenerationen in der Tschechoslowakei immer stärker ausdrücken. Wozu könnte denn eine Richtigmachung der Geschichtsbetrachtung auch dort konkret führen? Bei uns wird „Wiedergutmachung“ oft als Argument verwendet. Gibt es eine Wiedergutmachung für Vertriebene heute, die weitergeht als die Unterstützung für Landsmannschaften?

Zülich: Zunächst haben ja alle Vertriebenen entsprechend ihrer ökonomischen Situation drüben – was dem Tagelöhner wenig brachte – eine finanzielle Wiedergutmachung hier bekommen. Die eigentliche Wiedergutmachung wäre natürlich die Rückkehr gewesen, aber die Ost-West-Beziehungen haben das ja verhindert und immer größere Teile der Vertriebenen sterben und der größte Teil der Jugend ist so integriert, daß diese Wiedergutmachung gar nicht mehr möglich ist. Auch ist durch die Verschärfung der Ost-West-Beziehungen nicht im entferntesten daran zu denken. Aber im konkreten Zusammenleben – unterhalb der Regierungsebene gibt es ja auch eine Völkerverständigung – ist bei den Tschechen und Slowaken dies inzwischen weitgehend gelaufen. Prager Frühling, Exilopposition, Charta 77 haben sich mit den Vertreibungsverbrechen an den Süddeutschen beschäftigt, haben es überwiegend verarbeitet und in der CSSR ist die Bevölkerung und Intelligenz hier am weitesten fortgeschritten.

SKOLAST: In der Tageszeitung TAZ erschien anlässlich der Äußerungen Adenauers zu Deutschland und Pangermanismus ein Artikel über Südtirol. Welches Bild von Südtirol macht sich heute der „grün-alternative“ TAZ-Leser in der Bundesrepublik?



Zülich: Wenn dieser Artikel in einer konservativen Zeitung, vielleicht der FAZ erschienen wäre, wo es sozusagen eine bedingungslose Solidarität mit Südtirol gibt, wäre es zwar eine Provokation gewesen, hätte aber das Bild vervollständigen können. Bei der TAZ neigt man dagegen dazu – wie vorher beim Stichwort Vertreibung – deutsche Minderheiten im Ausland als reaktionär aufzufassen. Ich denke, daß das auch weitgehend realistisch ist, wie z.B. die koloniale Minderheit in Südwestafrika, die die Hereros auf dem Gewissen hat, dann bei der Nord-schleswigern, bei den Ostbelgiern oder auch bei vielen Südtirolern. Von Alexander Langers Artikel hätte ich mir gewünscht, daß man aber erstmal dieses Unrecht und die Unterdrückung in Südtirol, die ja bereits 1919 begann, für die TAZ-Leser dargestellt hätte, und dann erst die heißen Punkte, die es auch zu berichten gilt, gebracht hätte.

SKOLAST: Du hast bei deinem jetzigen Aufenthalt in Südtirol eine Reihe von Politikern getroffen, vom Heimathund bis zur Alternativen Liste, von der SVP bis zur KPI. Welche neuen Probleme fürs Zusammenleben in Südtirol siehst du auf uns zukommen?

Zülich: Eine Gefahr für die Südtiroler ist es, daß die SVP inzwischen etwas sehr untolerant geworden ist und daß man sich immer noch gegen eine moderne städtische Kultur als ein Teil der Gesamtkultur, wie sie sich im gesamten deutschen Sprachraum sonst entwickelt hat, die auch eine besondere Vielfalt von Basisinitiativen zu Kultur, Politik, Umwelt, Dritte Welt und ähnliches hervorbringt, einfach sperrt, daß z.B. der ganze studentische, universitäre Bereich sich in Opposition befindet, daß die Regungen sagen wir mal links von der Mitte besser berücksichtigt werden und nicht letzten Endes ein Teil der modernen Kultur rausgehalten wird, Leute das Land verlassen und geistig allerhand austrocknen.

SKOLAST: Wie stellt sich für dich heute die Situation in Südtirol, auch im internationalen Vergleich, dar? Können die Südtiroler als ethnische Minderheit mit dem Erreichten zufrieden sein, so wie die Autonomie heute eingerichtet und verwaltet wird?

Zülich: Ich bin 1956 zum ersten Mal als Schüler in Südtirol gewesen und erinnere mich an die 1000 Klagen über die Unterdrückung. Wenn ich mir das nun 1984 anschaue, denke ich,

daß die Südtiroler vielleicht die Volksgruppe ist, die in Westeuropa am meisten erreicht hat. Es mag vielleicht 2-3 Ausnahmen geben, aber insgesamt kann man das wohl sagen. Daß man hier und da die Autonomie noch vervollkommen will und muß ist eine andere Frage, aber ich denke, daß die Südtiroler erstens auf das Erreichte stolz sein können und zweitens, daß man dies durchaus auch als Modell verstehen kann und propagieren sollte. Dabei sollten die Südtiroler auch eine besondere Sensibilität und Verpflichtung haben, den Kampf anderer Minderheiten in Europa zu unterstützen, z.B. der Sarden, Friulaner und anderer Minderheiten in Italien.

SKOLAST: Was könnte man also in diesem Sinne in Südtirol unternehmen, auch unabhängig von den Regierungen? In welcher Form könnten Südtiroler in der GfBV mitarbeiten?

Zülich: Junge Südtiroler, die politisch aktiv sind, sollten dafür sorgen, daß Südtiroler Institutionen einfach mehr Kontakte aufnehmen zu anderen Minderheiten in verschiedenen, auch europäischen Gremien. Ich bin z.B. selbst beim neugeschaffenen Berater für die Bundesrepublik und auch im Rahmen dieses Büros, das auch in Italien arbeitet* gibt es bereits Möglichkeiten. Was die GfBV angeht, so haben wir hier in Südtirol auch für Programm Abonnenten und Leser, haben Sympathisanten die Protestaktionen für die 4. Welt mitmachen, die also Briefe an die Regierungen der 3. Welt schreiben bei Menschenrechtsverletzungen und insgesamt überlegen wir schon, ob wir nach der jetzigen Gründung der GfBV in Österreich - wo sich 12 Gruppen zusammengeschlossen haben, auch in Südtirol und sonstigen Italien so etwas machen sollten. Aber dies ist natürlich eine finanzielle Frage.

*Am 30.8.1984 konstituierte sich in Rom der Verband der sprachlichen Minderheiten Italiens mit Vertretern von 12 Sprachgruppen: Albanern, Katalanen, Friulanern, Kroaten, Slowenen, Provenzalen, Griechen, Ladinern, Okzitanern, Sarden, Roma und Südtirolern.

Für alle diese Sprachgruppen mit Ausnahme der provenzalischen, slowenischen und deutschen wird in nächster Zeit im Parlament ein Rahmengesetz zu ihrem Schutz verabschiedet werden, das bereits in der Kommission für Verfassungsangelegenheiten der Kammer behandelt wird. Als beratendes Organ und Verbindungsglied zum genannten Büro für die weniger verbreiteten Sprachen beim Europaparlament fungiert dabei das gleichzeitig ins Leben gerufene "Comitato nazionale federativo delle minoranze linguistiche d'Italia (CONFEMILI)" unter der Leitung von Prof. Piero Ardigzone, dem Berater für Italien beim EP-Büro. Dieses stellt sich die Aufgabe, Informationen und Studien über die sprachlichen Minderheiten zu erarbeiten und zu verbreiten, im Gespräch mit lokalen und nationalen Behörden die Rechte und Interessen der Minderheiten einem besseren Schutz zuzuführen, die Arbeit der Vertreter der einzelnen Minderheiten besser zu koordinieren und als nicht nebensächliche Aufgabe den Kontakt mit dem Amt für sprachliche Minderheiten beim Europaparlament zu pflegen und auszubauen. Für die SII stellt es eine besondere Anerkennung ihrer kulturellen und gesellschaftlichen Rolle in Südtirol dar, einen Vertreter in diese Vereinigung entsenden zu dürfen.

Sich mit Stil prostituieren



Stuppner
Halbicher
Sowjetdissidenten
Texte (f.)

praktisch, formschön, fast unbegrenzt haltbar

Messner (Reinhold) eine Abgrenzung

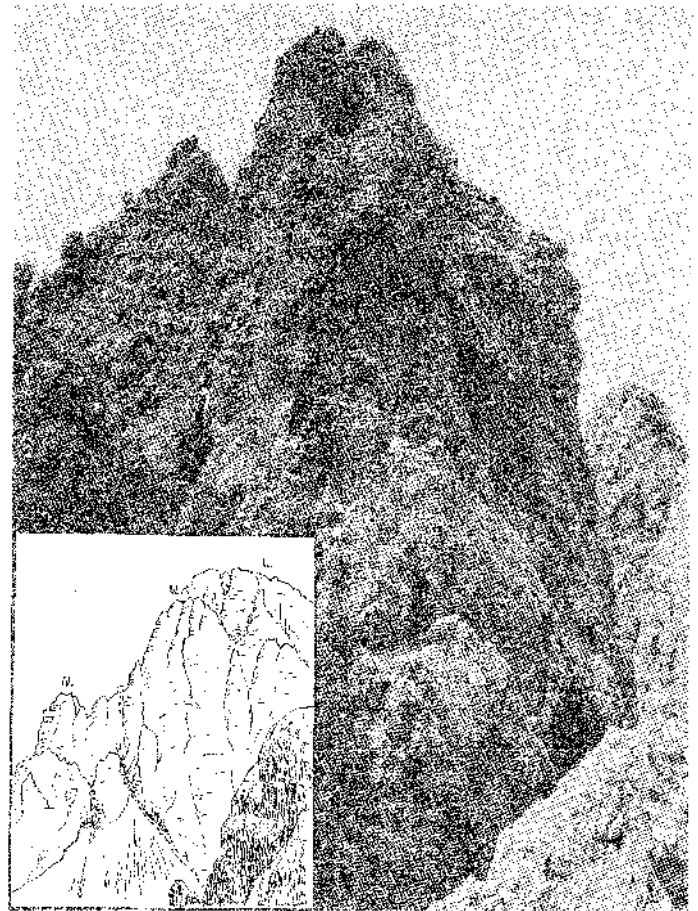
I. BESTANDSAUFNAHME

Es sei hier die Rede von den letzten Gedanken, Worten und Werken des Bergfreundes Messner, dessen Leistungen die politisch Desinteressierten stets bewundert haben. Über seine jüngsten Berichte zur Lage in Südtirol eber erbrach sich der Volksmund in Gift und Galle. Man wünscht ihm Hals- und Beinbrüche, ein paar Gletscherspalten, rostige Karabiner, Seilrisse und daß ihn der Yeti hole. Demgegenüber möchten wir – nicht in der Lage, die Volkseele belehren zu können – ihn in Schmutz nehmen, indem wir ihn selbst zu Wort kommen lassen, nicht ohne seine Gedanken ein bißchen zu ordnen. Der unsterbliche Beobachter soll sich dann selbst ein völlig unbefangenes Bild machen.

Die Rosette, die seinem Gedankengewölbe erst das richtige Licht gibt, ist die Faschismustheorie des Bergsteigers und Extremdenkers, die da sagt: der Faschismus ist daselbst. „Die wenigen demokratischen Grundrechte, die wir heute noch haben“ drohen durch die Bemühungen der SVP, „hier langsam einen landeseigenen Faschismus aufzubauen“, beschritten zu werden. Einige Politiker in der SVP, die „bei der Option eine gelinde gesagt unabwehrbare Rolle gespielt haben“, haben jetzt das Land in der Hand. Gelinde gesagt: Huren, Windfahnen und Nazi – der Hosp ein Lügner, der Pahl ein Bazi. Der Aufbau des Systems ist nach dem bewährten Toto-Prinzip logisch und er besteht aus einer Summe (Canzes) aus mehreren Teilwahrheiten (Brüche): „Die Dolomiten ist mindestens so schlimm wie die Volkspartei“, „schlimmer als die Pravda“, aber 1/2 so schlimm wie die IT. Außerdem sind „kletternde Frauen nicht ästhetisch“ (siehe Falter, Wien, Dez. '83). Mit solchen Aussprüchen belehrt er die Medien, die ihn zu einer Karikatur reduziert hätten, eines Besseren. Und mit diesen präzisen Visionen wird auch kalten Gemütern wie Hosp und dessen Stiefelknechten warm um das Wams, und das will er ja. In der ORF-Sendung „Cafe Central“, in der ihn Hosp einen „Steigbügelhalter der Alternativen“ meinte, konterte Messner mit seiner diamantenen Schlagfertigkeit: „Ich bin ein Reiter bin ich“, worauf ersterem das Lachen im Halse nicht mehr stecken blieb.

„Was sicherlich nicht positiv für mich war“, O-Ton Messner (Wocheupresse, in einem anderen Zusammenhang). Den Vorwurf „Steigbügelhalter“ möchten wir aufs schärfste relativieren, da es doch Messner selbst war, der damals die Alternativen und Teile der versprengten linken Herde auf seine Alm zu einer Sammelparty zusammentrieb, wo die Geschmäcker und Trends der nächsten Jahre ausgemacht und die Fotogenität Messners bekundet wurden, wofür letztere der grassierend gleichmacherischen Kollektivierung – vor allem der Jugend – entgegenwirken könnte.

In reger Zusammenarbeit mit den Alternativen konnte er sein System so ausfeilen und mit weiteren Themenkreisen vertiefen, sodaß es zwischen ihm und den Alternativen nur mehr drauf ankommt, wer's zuerst sagt (aufgrund seiner Publikumswirksamkeit erübrigt sich mehr denn je diese Streitfrage). Das System ist jetzt fertig und trägt: 2 Abgeordnete. Aufgrund von jahrelang kreativer Selbständigkeit und sorgsam gehüteter Einsicht fordert er nun eine eher tiefere denn breitere Aufarbeitung der düstersten und jähsten Kapitel Südtiroler Geschichte.



Er beispielsweise sucht schon lange nach einem Konzentrationslager mit den Gebeinen der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärungsverweigerer, die dem Faschismus zum Opfer fielen.

Mit der Erkenntnis im Kopf und mit der Wut im Bauch macht sich Messner an die Auffrischung der Parteienlandschaft. Bodenständig und aithergebracht, das sind die Alternativen (Hofhistoriker Nennung setzt den Anfang der Tiroler Alternativen mit A. Hofer gleich), nicht hier gewachsen, sondern importiert sind die KP und die SPS (als der 'skolast' in Druck ging, erfahren wir erst vom plötzlichen Wählerschwund der SPS). Und so geht die logische Kette weiter von Parteien- zur Berglandschaft (beide unberührt im Geiste), von 'grana trentino' zu 'Stroh-Rum' (zusammen gurgeln), und mit der 'Rolex' überprüft er seine hartgesottenen Eier. Im Prinzip ist uns das alles ja gleich, aber er ist auch ein überzeugter Demokrat, für ihn sind alle gleich, er etwas gleicher, und außerdem sind ihm alle anderen gleich.

II. VERUNGLEMPFUNG UND FURBASCHNEIDUNG

An und für sich halten wir ihn für integer und echt; im Grunde handelt es sich um Nebenwidersprüche. Aber nach Überwindung des gestrengen Viktorianischen Zeitalters sollte man keine Vorlagen produzieren. Wie das Fan-Plakat vor der Landtagswahl, auf dem er die Rumflasche gerade fallengelassen hatte – welches die Zöglinge ins Schwärmen bringen sollte.

An den jüngsten Erscheinungen des Messner-Syndroms ist nichts anzusetzen, resultieren sie doch aus der Konstanz seines Denkens. Schon seit Jahren, ja seit er denken kann, übte er sich in präzisen Pauschalurteilen (siehe I.), die er gekonnt auf die Spitze trieb: bis die Alternativen es dann doch markten.

Informierte Kreise wissen zu berichten, daß es den Alternativen jetzt sehr, sehr peinlich ist; Grundtenor: wir haben das nicht wissen können.

Um es einmal ganz provokativ zu sagen: er wird es zwar nie lassen können, aber er hätte es auch schon früher sein lassen können.

III. LOB

Die Slowenen in Kärnten

... ein Vorspann und ein Nachwort in einem



Die Lage der Kärntner Slowenen ist in Südtirol nur wenigen Personen bekannt. Der Beitrag Norbert Sebers berichtet über diese Minderheit in Südkärnten. Das Verhältnis der deutschsprachigen Mehrheit in Kärnten zu den Slowenen ist zum Teil das der offenen Assimilierungs- und Entnationalisierungswut, zum Teil das der – mehr oder weniger eingestandenen – Gleichgültigkeit. Das Engagement für die Rechte der Kärntner Slowenen ist in ganz Österreich gering.

Dabei ist aber die Minderheitenpolitik gegenüber den Slowenen ein Maßstab der österreichischen Demokratie. Nach diesem Maßstab ergibt sich ein negatives Urteil. Die Mehrheit entscheidet über die Minderheit. Besondere Maßnahmen für die Minderheit zu ihrem Schutz – bei uns immer wieder als Prinzip der Minderheitenpolitik bestätigt – gibt es für die Kärntner Slowenen nicht. Die großen Parteien bauen ihren Wählerkonsens in Kärnten an nationalistische Inhalte auf.

Andererseits ist die Lage der Minderheit selbst höchst problematisch: Die deutschnationale Hetze und der Assimilierungsdruck in allen Bereichen des Lebens führen dazu, daß sich nur mehr eine Minderheit der Slowenen zu ihrer Sprache und Kultur bekennt; der Wille, sich als Minderheit zu behaupten, nimmt rapide ab. Ein großer Teil der „bewußten“ Slowenen verschauert sich hinter einer traditionalistischen Kulturarbeit und betreibt eine völlig defensive Politik. Die Entwicklung einer zeitgemäßen Kultur, die nicht der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung weit nachhängt, ist in der slowenischen Volksgruppe mit ihrer bis vor wenigen Jahren dominanten bäuerlichen Lebensweise schwierig.

Die jüngere Generation und die slowenischen Intellektuellen arbeiten jetzt verstärkt am Aufbau einer „modernen“ Kultur, einer politischen Kultur, die imstande ist, die aktuellen Probleme der Minderheit aufzugreifen. Ohne eine solche Kultur und eine Absicherung, einen Ausbau der Minderheitenrechte gibt es mit den Slowenen Kärntens abwärts.

Für das Erreichen beider Ziele brauchen die Slowenen die Unterstützung der Demokraten Österreichs und anderer Länder. Die Demokraten Südtirols können einen Beitrag leisten, ohne Besserwisserei. Denn der Kampf gegen den deutschen Nationalismus in Kärnten kann ähnlich geführt werden wie der Einsatz gegen den Nationalismus beider Seiten in Südtirol.

Zur Zeit ist das aktuelle Ziel der Kärntner Slowenen: die Verteidigung der zweisprachigen Schulen in Südkärnten gegen den Versuch der ethnischen Trennungspolitik der Deutschnationalen. Neben dem Versuch der Zerschlagung der zweisprachig-slowenischen Schule wollen der Kärntner Heimatdienst und die FPÖ Kärntens die Minderheit mit der Einführung einer Art ethnischen Proporz zurückdrängen. Man sieht, die Methoden einer nationalistischen und konfliktorientierten Minderheitenpolitik in Südkärnten und bei uns ähneln sich in manchen Punkten.

Kärnten ist die Heimat zweier Volksgruppen: Slowenen und Deutsche. Die slawischen Stämme „Alpenslawen“ drängen aus dem Gebiet Dnjepr/Weichsel nach Innerösterreich vor, das im 6. Jh. von den Langobarden verlassen und nur mehr von einer romanisch-illyrischen Restbevölkerung besiedelt war. Das Besiedlungsgebiet reichte vom Pustertal über das Ennstal hinaus. Kronsteiner, ein namhafter Namensforscher spricht aber auch noch von einer zweiten slowenischen Migration im 9. Jh., die bis in den österreichischen Donaauraum reichte. Unter Samo erreichte das slawisch-karantanische Staatsgebilde im 7. Jh. seine größte Ausdehnung mit dem Zentrum auf dem Zillfeld (Karnburg, Maria Saal) zwischen Klagenfurt und St. Veit/Glan. Verschiedene Umstände führten in der Folge in ein Abhängigkeitsverhältnis der Slawen zum bayerischen Stammesherzogtum (Odilo), was dann Ende des 9. Jhs. zum vollständigen Verlust der Unabhängigkeit und dem Beginn einer bayerischen Kolonisation Kärntens führte. Etwa zu dieser Zeit war die Christianisierung der Slawen in Kärnten durch die Brüder Kyrill und Method („Slawenapostel“) aus Saloniki abgeschlossen. Bereits im frühen Mittelalter deckte sich das kompakte Siedlungsgebiet der nunmehr zu Slowenen gewordenen Alpenlawen in Kärnten geographisch mit dem heutigen Siedlungsgebiet (s. Karte).

Türkeneinfälle, Bauernaufstände und die Reformation verdichteten vor allem die geistigen Grundlagen für die spätere Ausformung der slowenischen Nation (1550 erschien das erste, in slowenischer Sprache herausgegebene Buch). Im Zuge der Französischen Revolution entstand auch bei den Slowenen um die Mitte des 19. Jhs. ein eigener Nationalgedanke, der als Endziel die Vereinigung der Slowenen in einem Staat anpeilte. Ein vereintes Volk hätte aber die Überwindung der historisch gewachsenen Karawankengrenze (jetzige Staatsgrenze) bedeutet. Nach den Wirren des 1. Weltkrieges führte der Versuch des neugegründeten SHS-Staates (Königreich der Slowenen, Kroaten und Serben), das zweisprachige Gebiet militärisch anzugliedern, zum sog. Kärntner Abwehrkampf (1918 – 1920), der – was aber nicht allzugern gehört wird – militärisch keinen eindeutigen Erfolg für die Kärntner brachte. Nach der Intervention einer interalliierten Kommission wurde im Sinne der Wilsonschen Selbstbestimmungsdeklaration eine Volksabstimmung (10.10.1920) in dem umstrittenen Gebiet durchgeführt, die mit 60 : 40 für den Verbleib bei Österreich endete.² Nachdem die Slowenen in der Zwischenkriegszeit durch emsige Anstrengung den psychologischen Schock ob des verlorenen Plebiscits zu kompensieren versuchten, gerieten sie während der NS-Zeit wiederum in die tödliche Tretmühle geistiger und

Durch diese „Lösung“ wird die slowenische Volksgruppe an die (Karawanken-)Wand gedrückt

DAS ZWEISPRACHIGE GEBIET KÄRNTENS MIT DEN GEMEINDEN, FÜR DIE DER URSPRÜNGLICH ENTSCHIEDEN SEIN AUCH SLOWENISCH ALS AMTSSPRACHE UND ZWISCHENRAUM BEI TOPOGRAFISCHEN AUFSCHRIFTEN VORZIEHT.



physischer Entnationalisierung. Die Slowenen wußten nur allzu gut, welchen Nazikollaborateuren sie Aussiedlung, KZ und Schafott zu verdanken hatten. In den letzten Kriegstagen kam es auch prompt zu Übergriffen seitens der Widerstandskämpfer. Etliche Südkärntner wurden verschleppt, einige sind nicht mehr wiedergekommen. Dann kam die Zeit der Staatsvertragsverhandlungen. Auch hier spielten die Minderheiten eine wichtige Rolle. Am 15.5.1955 erfolgte die Unterzeichnung des Staatsvertrages, einige Monate später wurde Österreich endgültig frei.

Der große Vorteil des Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrages ist zweifelsohne die Tatsache, daß Österreich zum besonderen Schutz der Minderheiten verpflichtet wurde. Das Problem liegt aber auch darin, daß seither der Begriff „Minderheitenschutz“ sowohl politisch als auch rechtlich eine faktische und praktische „Aufwertung“ erfahren hatte. Der Art. 7 bezieht sich zwar auf einige konkrete Bereiche, die Praxis aber hat bereits die Schwierigkeiten bei der Anwendung aufgezeigt. Als Folge davon wurden die Schutzbestimmungen in einigen wesentlichen Punkten nicht durchgeführt (die Kroaten im Burgenland sind da noch schlechter dran und die Ungarn werden gar nicht erwähnt).³

Die 70er Jahre brachten im Zuge einer entschlossenen Haltung der Administration Kreisky der Art. 7 sollte restlos erfüllt werden — so manche, kaum bewaltigte Probleme mit sich. Gräben wurden wieder aufgerissen — sowohl zwischen den beiden Volksgruppen als auch zwischen Slowenen und Mehrheit — viel politisches Porzellan zerschlagen. Nach wie vor gibt es keine Gesprächs- und Verhandlungsbasis zwischen Volksgruppenvertretung und Bundes- bzw. Landesregierung. Der von den Slowenen präsentierte Forderungskatalog,⁴ eine Art Südtiroler „Paket“, wurde bisher glattweg ignoriert, ebenso alle Einwände gegen die aufgezwungene Sprachenzählung 1976⁵ als Grundlage für die Zuerkennung („Schmälerung“) der Schutzbestimmungen. Da mußte selbst der Südtiroler Landesfürst Magnago kürzlich im ORF feststellen: „Ohne jemanden in Österreich nähertreten zu wollen. Aber für die Rechte der Kärntner Slowenen könnte noch einiges getan werden!“

Das Jahrzehnt der Minderheiten

Wie bereits dargestellt, gab es 1970 eine sehr wichtige Zäsur im

Selbstverständnis bzw. Behandlung der Kärntner Slowenen. Als die wichtigsten Ursachen für diese Wende gelten:

1. Die wachsende Ungeduld der Slowenen bezüglich Nichterfüllung des Art. 7.
2. Ein neues, emanzipatorisches Selbstverständnis, gefördert durch eine heranwachsende, kritische und junge Intelligenz.
3. Der allgemeine politische und gesellschaftliche Umbruch im Sog der 68er Jahre.
4. Innerpolitische Verschiebung der Machtverhältnisse mit dem Ende der ÖVP-Aleinregierung.
5. Das Entstehen eines neuen Chauvinismus im Zuge der Feiern „50 Jahre Volksabstimmung“ und schließlich
6. das allgemeine Erwachen vor allem europäischer Minderheiten: Nachwirkungen der Südtiroler Ereignisse, Irland, Basken, Kurden usw.

Für die Kärntner Slowenen hatte dies weitreichende Bedeutung: Ab 1970 wechselten sich Aktion und Reaktion zwischen den Antagonisten Slowenen — Regierung — Deutschnationale ständig ab: 1972 — SP-Aleinbeschluß im Nationalrat des sog. Ortstafelgesetzes. Die auf Betreiben des damaligen Kärntner Landeshauptmannes Sima veruchte Aufstellung der zweisprachigen Ortstafeln führte am Nerv der heimatbewußten Deutschkärntner. Der vorwiegend von-Nationalen und Konservativen angeführte Ortstafelsturm legte alle hinweg: Die wenigen Ortstafeln genauso, wie deren Paten, LH Sima.

In den Jahren 1972 — 1975 wurde schließlich einsig beraten. Die Experten in der „Studienkommission“ wälzten zwar mit Erfolg Probleme — eine Lösung wurde aber nicht gefunden. Das eben erst eingerichtete „Kontaktkomitee“ wird nach dem „Dreiparteienpakt“ zur Durchführung einer Minderheitenfeststellung von den Slowenen nicht mehr besucht. 1976 wird also die antitliche Minderheitenfeststellung (als Grundlage für die Realisierung ausstehender Schutzbestimmungen) gegen den Willen der Betroffenen durchgeführt. Slowenenboykott und Unterstützung durch zahlreiche Sympathisanten aus dem deutschsprachigen Lager brachte das kuriose Ergebnis, daß in Kärnten kaum 4.000, dafür aber in Wien fast 5.000 Slowenen gezählt wurden. Die Verwirrung war perfekt: das entschlossene Nachstoßen der Slowenen — gespickt durch gelegentlich in die Luft gejagte Leitungsmasten bzw. Partisanendenkmäler — setzte die Regierung erneut unter Zugzwang. Als ob nichts geschehen wäre, hielten die drei Parteien zum nächsten Schlag aus:



KHD-Plakat zur Volkszählung 1976

Das als „europareif“ gepriesene Volksgruppengesetz formulierte zwar einige positive Ansätze, machte diese aber durch die Abhängigmachung der Minderheitenrechte von deren Stärke (im Art. 7 steht nichts davon) wieder zunichte. Die Schutzwürdigkeit der Minderheit beginnt demnach erst bei einem 25%igen Anteil.

Die Folge: Verordnungen zu diesem Gesetz werden ignoriert, zweisprachige Ortstafeln wurden lediglich zu einem verschwindend geringen Teil aufgestellt,⁵ der Geltungsbereich bezüglich Gerichts- und Amtssprache stark eingeschränkt, slowenisch zur „Hilfssprache“ reduziert. Kein Wunder, daß es kaum noch Gespräche zwischen Regierung und Volksgruppe gibt, daß der „Volksgruppenbeirat“ nicht beschickt wird, und daß die jährliche finanzielle Förderung den 6-stelligen Betrag kaum übersteigt, sodaß sich die Situation der Volksgruppe ständig verschlechtert.⁶

Wird sich die Volksgruppe behaupten können?

Ein Lokalaugenschein bringt es zutage: Die Slowenen leben – und anscheinend noch ganz gut! Die Volksgruppe wird durch zwei Zentralorganisationen nach außen vertreten (einer christlich-orientierten und einer dem linken Lager verbundenen). Wahlwerbend treten die Slowenen neuerdings ebenfalls stark in Erscheinung. Nach dem Bruch mit den Mehrheitsparteien sammeln sich die Slowenen in der eigenen „KEL“ (Kärntner Einheitsliste“), die auch bei der jüngsten Landtagswahl gemeinsam mit den Alternativen, allerdings ohne Mandats Hoffnung, kandidierte. In über 20 Gemeindestuben sitzen autonome Slowenenmandatäre, in etlichen anderen Gemeinden integriert in SPÖ, ÖVP und KPÖ. 3 Wochenzeitungen (Auflage je zwischen 3 – 5.000), eigene Druckereien und Verlage, mehrere Zeitschriften und eine stark vorwärts drängende Literatur,⁷ 50 Minuten täglich slowenische Radiosendungen, zeugen von Entschlossenheit und Lebensmut. Eine Unmenge von Kulturvereinen und -schaffenden sorgt für geistige und emotionelle Erbauung. Kultur ist der stärkste Integrationsfaktor, neuerdings wird sie auch Brücke zum Nachbarn. Eine neue Intelligenzgeneration ist da: Lehrer, Akademiker, Ärzte, Techniker, Ökonomen, Beamte. Auch die Wirtschaft hat Tradition: ein weitverzweigtes Genossenschaftswesen (Waren- und Geldsektor) kann sich mit Stolz gegenüber Raiffeisen- und anderen Bankkrisen behaupten. Kurzum: Es geht!

Aber: Die Slowenen können nur auf ihre eigene Kraft vertrauen. Als einzige Verbündete bleiben noch (die ständig wachsende Anzahl) aufgeschlossene Demokraten – etliche auch in etablierten Parteien – und das Mutterland Jugoslawien als Signatarmacht. Und die Kirche: Jener Bereich, in dem slowenisch offiziell und wohlwollend anerkannt wird. Wahrscheinlich wäre das „Marienvolk“ der Slowenen ohne kirchlichen Schutz

und Segen zumindest in Kärnten schon längst in Grund und Boden verteufelt worden.⁸

Das Verständnis für die Minderheit wächst allgemein. Die Slowenen hätten darauf mit psychologischem Feingefühl und politischer Reife zu reagieren, den eigenen Standpunkt bewußt und offensiver zu artikulieren, agieren statt reagieren, um so zu einer tragfähigeren Gesprächsbasis gegenüber politischen Gremien und dem Mehrheitsvolk zu kommen. „Beim Redn kumt die Leit z'samm“ – zum Nutzen der slowenischen Volksgruppe und zum Vorteil Österreichs.

ANMERKUNGEN:

1. So wurde in Innichen (Südtirol), das den Namen „Smihov“ trug, 769 ein Kloster gegründet, das die ungläubigen Slawen bekehren sollte.
2. Genau: 13.279 (40,96%) bzw. 22.025 (59,04%); eine im Jahre 1910 durchgeführte Sprachenzählung ergab im späteren Abstimmungsgebiet ein Verhältnis von 69% slowenisch zu 31% deutsch. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Slowenischsprachigen hätte demnach für den Verbleib bei Österreich votiert.
3. Ein Verdienst des „Volksgruppengesetzes“ ist zweifelsohne die Aufnahme der Ungarn im Burgenland und Tschechen in Wien als „Minderheiten“. Andererseits drückt sich darin eine gewisse Unvollständigkeit des Art. 7 bzw. die Notwendigkeit einer Neuinterpretation aus (im Sinne der „Raketengewehrung“ des österreichischen Bundesheeres).
4. Siehe „Operationskatalog“.
5. So stellt sich in der bereits erwähnten Gemeinde Ludmannsdorf/Bilčovs der Bürgermeister samt Anhang gegen die Realisierung des Gesetzes in der eigenen Gemeinde.
6. Das jüngste Volkszählungsergebnis 1981 wies eine Abnahme der Slowenen um ca. 20% (im Vergleich zu 1971) aus.
7. Der slowenische Schriftsteller Gustav Januš erhielt den „Petararca-Preis 1984“.
8. So hat sich der deutsch-slowenische Koordinationsausschuss der Diözese Gurk (Kärnten) eindcutig und beispielgebend gegen das Volksbegehren ausgesprochen.

Wende in der österreichischen Minderheitenpolitik: „Mehrheit entscheidet!“

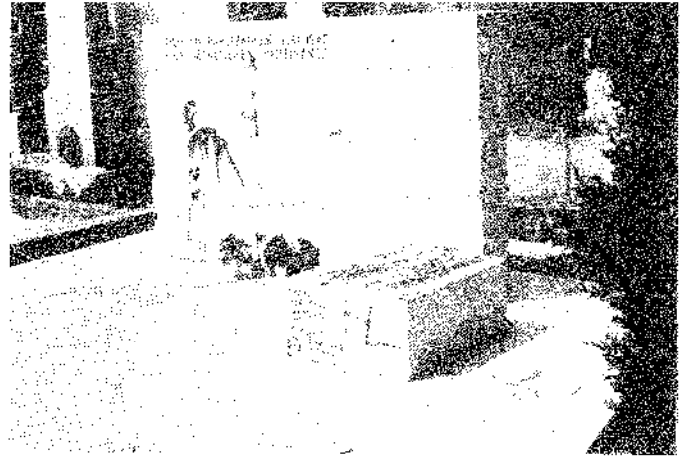
Seit beinahe 15 Jahren ist Minderheitenpolitik in Österreich wieder hoffähig: Als im Jahre 1970 die Deutsch-Kärntner in Reib und Glied mit politischen Größen (Kreisky, Jonas) in Klagenfurt der 50. Wiederkehr der sieg- (und mythen-)reichen Kärntner Volksabstimmung gedachten, rührten sich plötzlich jene, auf die man im Festtagstrubel vergessen hatte. Der ansonsten – und bis dahin besonders – biederen slowenischen Volksgruppe blieb die nach ostblockähnlicher Vergatterung (statt rot dominierte braun) und offiziell abgesegneter Parade (stilgerecht natürlich an jenem „Neuen Platz“, wo 32 Jahre zuvor der Heimkehrer Adolf Begeistungsstürme erntete) eine solche deftige Wiederauflage historischer „Meilensteine“ buchstäblich im Halse stecken. Die Slowenen verschafften sich Zutritt zu diesem nur für „echte“ Kärntner zugänglichen Flic-Flac mit bis dahin nur in Südtirol bekannten Mitteln: Vorwiegend junge Aktivisten antworteten auf das „Wo man mit Blut die Grenze schrieb“-Motto (Verszeile aus der offiziellen Kärntner Landeshymne) mit Sprühlackparolen auf Straßen und Wänden, pinselten „amtssprachigen“ Ortstafeln auch noch die slowenische Ortsbezeichnung hinzu und probten schließlich noch handfeste „Burnser“-qualitäten auf kärntnerisch. Die mit einem Paukenschlag wieder aufgeschreckten urgemütlichen Kärntner konnten ihre Welt nicht mehr verstehen: Es war dies der Anbeginn eines neuen – emanzipierten – Selbstverständnisses der Kärntner Slowenen, einer folgeträchtigen Verankerung der Minderheitenproblematik in der politischen Szenerie, der späteren Internationalisierung und natürlich auch der Startschuß für ein Jahrzehnt voll widersprüchlicher gesellschaftlicher

und politischer Prozesse in diesem südlichsten Bundesland Österreichs. Damit wurde aber auch eine Lawine vielschichtiger Probleme, um deren Lösung sich auch heute noch beide Volksgruppen ebenso (vergeblich) bemühen, die vom ständigen Mißerfolg geplagten Ansätze der politischen Parteien, von Landes- und Bundesregierung, eingeschlossen. Es mag doch allzu bezeichnend dafür sein, wenn selbst Sonnenkönig Kreisky seinem Nachfolger außer dem Kuckucksei „Androsch“ auch den schier unlösbaren Dauerbrenner „Minderheiten“ vererben mußte. Und schon brechen neue Fronten auf: Der Streit um die zweisprachige Schule macht Österreich wieder einmal international bekannt!

Zusammenleben schon in der Schule

Dabei ist die Schule von jeher ein fester Bestandteil kärntner Interessensgegensätze und nationaler „Kämpfe“. War sie doch immer Angelpunkt sowohl eines neuen Selbstverständnisses der Kärntner Slowenen als auch (oft unbewußter) offizieller Germanisierungsabsichten – die dann privat von „verdienten“ Pädagogen auch noch fleißig geschürt wurden.¹

Eigene Schulen konnten die Slowenen von jeher nie beanspruchen; also wurde die gemeinsame Grundschule auch anerkannt. Daß aber das Kärntner Schulsystem aus begrifflichen Gründen in zwei wichtigen Bildungsaufgaben kläglich versagte, verdient doch festgehalten zu werden: weder konnte die Schule „Bildungsinhalte sowie Einsichten in soziale Zusammenhänge“ in bezug auf die Zugehörigkeit zur slowenischen Volksgruppe stärken, noch war es ihr möglich, die „problemlose Verständigung zwischen beiden Volksgruppen zu ermöglichen“.² Begonnen hatte eigentlich alles in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, als man daranging, auch in Kärnten das öffentliche Schulwesen einzuführen und einen besonderen Schultyp erfand: die uraquistische Schule, also eine zweisprachige Schule, die aber slowenisch nur auf den ersten beiden Schulstufen, und zwar als Hilfssprache, verwendete. Ab der dritten Schulstufe war Slowenisch nur noch Lehrgegenstand mit drei Wochenstunden, allerdings nicht verpflichtend. Bei ca. 80 Schulen im zweisprachigen Gebiet wiesen damals lediglich 11 Schulen einen überwiegenden Anteil an Schülern mit deutscher Muttersprache auf. Und dennoch war nur in insgesamt drei (!) Schulen der Besuch des Lehrgegenstandes „Slowenisch“ allgemein verbindlich. Selbstverständlich war die Schule auch damals schon ein Spiegelbild (verzerrter) gesellschaftlicher Verhältnisse. Da die Zusammensetzung der beschließenden Schulgremien (so auch heute noch) nach politischen Kräfteverhältnissen erfolgte, kamen die Slowenen kaum zum Zug. Denn politisch mächtig konnte aufgrund des Privilegienwahlrechtes nur der werden, der auch wirtschaftlich potent war. Die Slowenen waren es nicht und konnten es infolge der – auch heute noch existierenden Rand- und Notlage – nicht werden. Dies trotz der



Faschistischer Ausfall. Besudetes Partisanendenkmal in Eben-tal bei Klagenfurt

– im Vergleich zur heutigen Stärke beachtlichen – Anzahl von 85.800 Volksgruppenzugehörigen.³

Die uraquistische Schule bestand formal bis 1941; spätestens nach dem Überfall auf Jugoslawien gingen auch in Kärnten die Lichter aus: das Schulsystem wurde gänzlich verdeutscht.

Einen neuen – für Kärnten hoffnungsvollen Ansatz – gab es 1945, als die provisorische Kärntner Landesregierung ein wesentlich volksgruppenfreundlicheres Volksschulwesen einrichtete. Nach Schweizer Vorbild wurden sämtliche Schulkinder in Südkärnten – unbeschadet ihrer Muttersprache – in der ersten drei Schulstufen der Volksschule in beiden Landessprachen unterrichtet. Dieses konsequent zweisprachige Schulwesen sollte das Bildungsniveau der Südkärntner (Kinder) heben und zur Verständigung zwischen den beiden Volksgruppen beitragen. Die Gründe für diesen epochalen Entschluß waren vielfach: Man wollte das tradierte System der gemeinsamen Schule fortführen und verbessern, was sicher auch den Versuch einer Entschädigung der Slowenen für erlittenes Unrecht im 2. Weltkrieg (absolutes Verbot der slowenischen Sprache, Liquidierung aller Volksgruppeninstitutionen, Aussiedlung und KZ) darstellen sollte. Sicher spielte da der Beitrag der Kärntner Slowenen zur Widerstandsbewegung (Partisanen) eine ebenso große Rolle wie die Tatsache einer noch nicht endgültig fixierten Kärntner Südgrenze.⁴ Allerdings war aber aus den Worten damaliger Politiker sicher der aufrichtige Wunsch herauszuhören, Toleranz und gemeinsames Zusammenleben bereits in der Schule zu lernen.

Aber kaum war der Österreichische Staatsvertrag mit Artikel 7 (siehe Anlage) 1955 unterzeichnet worden – die Regelung des zweisprachigen Unterrichtes hatte sicher das damals bestehende Modell als Orientierungshilfe – regte sich deutsch-nationa-

STAATSVERTRAG, BETREFFEND DIE WIEDERHERSTELLUNG EINES UNABHÄNGIGEN UND DEMOKRATISCHEN ÖSTERREICH

Artikel 7

Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten

1. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark genießen dieselben Rechte auf Grund gleicher Bedingungen, wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen einschliesslich des Rechtes auf ihre eigenen Organisationen, Versammlungen und Presse in ihrer eigenen Sprache.

2. Sie haben Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismässige Anzahl eigener Mittelschulen; in diesem Zusammenhang werden die Schulpläne überprüft und eine Abteilung der Schulauf-

sichtsbehörde wird für slowenische und kroatische Schulen errichtet werden.

3. In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfasst.

4. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark nehmen an den kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen in diesen Gebieten auf Grund gleicher Bedingungen wie andere österreichische Staatsangehörige teil.

5. Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten.

ler Widerstand. Unter Patronanz dieser unantastbar nach Abzug der Alliierten gegründeten Gruppen⁵ wurden Eltern dazu aufgestachelt, ihre Kinder nicht in den (zweisprachigen) Unterricht zu schicken (Schulstreik 1958). Dieser vom KHD (=Kärntner Heimatdienst) politisch und psychologisch entfachte Krieg gegen die gemeinsame Schule und die Forderung, nur jene Kinder dürften dem zweisprachigen Unterricht beifoluen, die von den Eltern dazu extra angemeldet worden, galt als erster deutsch-nationaler Erfolg in Kärnten. Obwohl diese Aktion nicht allzu nachhaltig durchgeführt wurde, ging der damalige Landeshaupmann Ferdinand Wodanis in die Knie.⁶ Die – auf dem Erlaßwege – Aufhebung eines Gesetzes (!) führte dazu, daß nur mehr ein geringer Anteil der Schüler zum zweisprachigen Unterricht angemeldet wurde. Seither gibt es jeweils zu Schuljahresbeginn eindeutig motivierte Versuche, die Eltern von der Anmeldung ihrer Kinder zum zweisprachigen Unterricht abzuhalten.⁷ Wenigstens aber blieb das Prinzip der gemeinsamen Schule grundsätzlich noch unangertastet: in Klassen mit zweisprachigem Unterricht wird den angemeldeten Schülern der Lehrstoff grundsätzlich auch in slowenisch vermittelt. Auch konnten sich die Slowenen – deren Protest nicht allzu entschieden ausfiel – mit der Einrichtung eines „Bundesgymnasiums für Slowenen“ im Jahre 1959 einigermaßen trösten. Aber diese Neuregelung des zweisprachigen Unterrichts blieb dennoch ein Provisorium, zumal die Durchführung einer sog. „amtlichen Minderheitenfeststellung“, die auf vehementes Drängen antislowenischer Kreise in den Gesetzestext aufgenommen wurde, nicht erfolgt war.

Schon damals war aber der Ruf nach „Schulapartheid“ nicht zu überhören, schrieb doch die „Kärntner Landsmannschaft“ (KLM), ein von besonderer Militanz geprägtes und offizielle Unterstützung genießendes Organ des gleichnamigen Vereins mit Sitz im Kärntner Landesmuseum:⁸ „Wir treten für die Trennung in deutsche Schulen und in Minderheiten-Schulen oder -klassen ein“. (KLM 2/1958) Derselbe Zeitung nimmt aber für sich in Anspruch, Sprachrohr des Deutschen Schulvereins, des Abwehrkämpferbundes und des Kärntner Heimatdienstes (KHD), die ihre „Abwehrangabe verstärken“, zu sein (KLM 10/1980). Gleichzeitig zählt sie zu den Großleistungen der KLM die „Vorbereitung und Durchführung der Landesfeier 1960 und 70“. Diese seltsame Ehe zwischen Land Kärnten und der Kärntner Landsmannschaft mißt sich auch daran, daß deren Obmann, Ing. Sepp Brugger, vom LH Wagner persönlich die Vorbereitung der offiziellen 60-Jahr-Feier zur Kärntner Volksabstimmung (1980) übertragen wurde; die KLM kann übrigens auch auf einen lukrativen Vertragsabschluß mit dem Land Kärnten verweisen. Daß daher den Kärntner Slowenen auch 1980 keine Chance zum Mitfeiern gegeben wurde, ist naheliegend; suspekt aber wird die Sache erst, wenn dieser „geistige Abwehrkampf“ in der KLM (KLM über KLM – 10/1980) sogar großzügige Inserate von Gemeinden erhält, in denen bekennende Slowenen als Gemeindeoberhäupter fungieren.⁹

Die Forderung nach Segregation der Schüler wurde immer stärker: Neben der bereits erwähnten KLM, etablierte sich zunächst der „Ruf nach Heimat“ des KHD¹⁰ und schließlich die „Kärntner Nachrichten“, das Sprachrohr der rechtsnationalen FPÖ – alles garniert mit eindeutiger Einflußnahme von Seiten der Kärntner Parteienpresse.¹¹ Schützenhilfe erhielten die Aktionisten auch von der unabhängigen „Kleinen Zeitung“ des (katholischen) Styria-Verlages sowie mittels – je nach Konjunktur – verdeckter bis offener „Verwendungszusagen“ führender Politiker.

Nachdem das Slowenische Gymnasium (KHD-Demonstrationstransparent: „Slow. Gymnasium – das große Gift“) bereits etliche 100 Schulabgänger produziert hatte, ohne daß ein Ende dieser Bildungsinstitution abzusehen gewesen wäre, die Anmeldungen zum zweisprachigen Unterricht wieder leicht zugenommen hatten, und das nationale Lager in Zugzwang geriet, wurde zur neuerlichen Hatz auf die Minderheit geblasen. Jetzt bediente man sich der just von der Kärntner SPÖ forcierten Mit-

tel der direkten Demokratie, des Volksbegehrens. Nach einem großangelegten Werbefeldzug von KHD und FPÖ (die gleichzeitig einen ähnlichen Gesetzestext im Kärntner Landtag platzierte), wurde das Referendum (der Mehrheit über die Minderheit) von ca. 34.000 Kärntnern, d.h. ca. 10% der Wahlberechtigten, unterstützt. Genug, um dem Landtag vorgelegt werden zu können.¹²

Die Realisierung dieser Forderung würde unabsehbare Folgen nach sich ziehen:

1. Die Klassen würden reihenweise auseinandergerissen.
2. In vielen Fällen wäre die nun verbliebene Klassenstärke so gering, daß nur mehr in Abteilungen (auch für nur zum deutschsprachigen Unterricht Angemeldete) unterrichtet werden könnte.
3. Die Organisationsstruktur der Volksschulen würde sich verändern: 1-3-klassige Schulen würden Schüler und Klassen abgeben müssen, Schulstandorte würden aufgelöst werden.
4. Der Unterricht in Abteilungen wäre pädagogisch ein Rückschritt.
5. Statt Gemeinsamkeit wird die sprachliche Verschiedenheit betont. Der psychologische Druck auf die Minderheit würde sich verstärken.

Slowenen zwischen den Mühlen der Parteien

Sicher blieb die bislang praktizierte Form des zweisprachigen Unterrichtes nicht immer un widersprochen. Der gemeinsame Unterricht bringt etliche Probleme mit sich, so z.B. die verschiedenen sprachlichen Vorkenntnisse der Angemeldeten – vor allem aus sog. Mischehen –, auch die organisatorische und pädagogische Bewältigung eines „zweisprachigen“ Unterrichts. Trotzdem: Lehrer, Schulbehörde, aber auch ein Großteil der betroffenen Eltern, bemühten sich ständig um eine kind- und praxisgerechte Lösung. Und jüngste Studien haben bewiesen, daß deutsche Kindern von zweisprachigen Schulen – aber auch die zum zweisprachigen Unterricht angemeldeten Schüler selbst – jedem landesweiten Vergleich bestehen konnten.¹³ Auch die Kärntner Slowenen bemühten sich um Vorschläge zur Verbesserung des Schulwesens. Doch darum ging es ja nicht. KHD und FPÖ wollten das völkstumspolitische Klima in Kärnten anheizen, um den psychischen Druck auf die Volksgruppe zu verstärken und so bei der Landtagswahlen am 30. September 1984 bzw. Gemeinderatswahlen im März 1985 das deutsch-nationale Wählervolk zu kädern. Der einzige Regierungssitz des FPÖ-Obmanns Haider hängt am seidenen Faden. Da konnten andere Parteien – SPÖ und ÖVP – natürlich nicht abseits stehen. Die SPÖ muß ihren Stand halten können, auch wenn der Bundestrend gegen sie spricht. Die ÖVP braucht dringend einen Sieg. Dem ÖVP-Landeschef Knafl wurden via Wien Stimmen bzw. Mandatsgewinne als einzige Über-



Slowenen und Deutsche gemeinsam gegen Neo-Nazismus, Wien 1980

Lebenschance signalisiert. Slowenen, Alternative, Grüne und Kommunisten kandidieren auch. Der Stimmenfang wird immer schwieriger. Also muß das deutsch-nationale Wählerpotential bei der Stange gehalten werden – und zwar von allen drei Parteien. Das verführt zu Spekulationen und Kehrtwendungen. Während die Jugendorganisationen der Großparteien z.T. sehr engagiert gegen das Volksbegehren Stellung bezogen, gab SPÖ-Chef Wagner zu verstehen: „Es wird zu einer Änderung der Schulgesetze kommen. Wann und wie, werden die Verhandlungen und das Volksbegehren (D d.V. zeigen). Hatte Wagner noch 1972 als Parteisekretär mittels Rundschreiben an die Parteimitglieder für die Aufstellung der ca. 200 zweisprachigen Ortstafeln geworben („Lassen wir uns nicht das Recht nehmen, unseren Standpunkt zu vertreten, demzufolge Toleranz nicht nur in Worten, sondern auch in Taten ihren Niederschlag finden muß“)¹⁴, so reichte es 1984 in der Leibpostille des „größten Slowenenvertreters“ (Wagner über Wagner), der KTZ, lediglich zum farblosen Slogan: „Neutral zum Volksbegehren“. Daß die sozialistische KTZ selbstverständlich – wie alle anderen Tageszeitungen auch – bezahlte KHD-Pro-Volksbegehrens-Inserate wohlwollend veröffentlicht hatte, macht die Beanwortung des Kärntner Rätsels: „Was ist außen rosa und innen braun – und kein Panchkrapfen?“ nur allzu leicht.

Beide – Wagner und Knäfl – müssen sich gegen eine innerparteiliche Opposition, die sich weitgehend für einen aufgeschlosseneren Minderheitenkurs breitmacht, behaupten. Während es also Knäfl vor dem Volksbegehren „unseren Mitgliedern und Funktionären“ freistellte, ob sie sich daran beteiligen, so setzt er sich in den Österreichischen Monatsheften (5/1984) ziemlich klar für eine Änderung bzw. Anpassung „an die Bedürfnisse des Lebens“ ein. Eine Rücksichtnahme auf die Interessen der slowenischen Volksgruppe scheint nicht erfolversprechend; nicht daß diese als Wähler nicht in Frage käme – aber das nationale Lager ist das attraktivere. Dort ist die Mehrheit. Auch wenn das eine Mehrheit ist, die mittels Volksbegehren über Wohl und Weh einer ethnischen Minderheit entscheiden möchte. Das ist genauso kurios, wie die Aussage des FPÖ-Abgeordneten Ortner aus Oberkärnten, er halte eine Trennung der Schüler nach sprachlichen Gesichtspunkten für nicht notwendig. Der Slowenenapplaus brachte ihm natürlich eine tüchtige Abreibung seines Parteichefs ein.

Aber noch ist unklar, was aus den Aktionen der Schulgegner wird. Die Wahlen am 30. September werden kaum etwas klären können. Deon verliert die FPÖ, dann wird sie sich erst recht ins nationale Fahrwasser (zumindest auf Tauchstation) begeben müssen. Gewinnt sie, dann gibt ihr der Sieg recht.¹⁵ Andererseits wächst die Anzahl der Gegner der Schul-Apartheid ständig: neben Kirche, ÖGB und Sozialistische Lehrer, gibt es klare Ablehnung des Volksbegehrens durch führende Politiker (Busek, Junge ÖVP), Wissenschaftler und Künstler.



Demonstration gegen die Minderheitenfeststellung, 1975, Pfliberk/Bleiburg

Auch juristisch dürfte die Sache gar nicht so einwandfrei laufen: Liegt die diesbezügliche Kompetenz beim Land oder Bund? Haben möchte sie wahrscheinlich am liebsten keiner...

Norbert Seber

ANMERKUNGEN:

1. So ist beispielsweise der Obmann des Renegatenvereins „Bund der Kärntner Windischen“, und des „Kärntner Abwehrkämpferbundes“, Dr. Valentin Einspeller, altgedienter Leiter einer Klagenfurter AHS.
2. Haas, „Eindeutschung als oberstes Prinzip“, 1984.
3. Volkszählung 1880.
4. Jugoslawien hat die Staatsgrenze aus dem Jahre 1937 erst 1948 anerkannt.
5. Der Kärntner Heimatdienst wurde 1957 wiedergegründet.
6. Die SPÖ verfügt in Kärnten seit 1945 über eine absolute Mehrheit.
7. So wurden 1961 von 3.562 Schülern mit slowenischer Muttersprache nur 1.958 zum zweisprachigen Unterricht angemeldet.
8. Kärntner Landsmannschaften sind Mitglieder des Kärntner Heimatdienstes. Vgl. „Rechtsextremismus in Österreich“, ÖBV, Dokumentationsarchiv d. öst. Widerstandsbewegung.
9. Gemeinde Ludmannsdorf/Bilčovs mit. Egm, Ogris, SPÖ.
10. Schlagzeilenauslese: „Totale Abhängigkeit der Slowenenführung von Jugoslawien“, „Keine deutschen Schulen in der Tschechoslowakei“, „Slowenisierung der Lehrerschaft gefährdet Deutschkärntner Kulturarbeit“, „Deutschkärntner Kinder kraß benachteiligt“, „Zweisprachiger Unterricht an Klagenfurts Volksschulen ist gesetzwidrig“.
11. Die KHD-Reklame wurde selbst in der offiziellen „Kärntner Landeszeitung“ veröffentlicht.
12. Der vorgeschlagene Gesetzestext sieht vor, daß die „für die slowenische Minderheit im besonderen in Betracht kommenden Volksschulen“ bzw. für nichtangemeldete Pflichtschüler „Klassen oder Abteilungen mit ausschließlich deutscher Unterrichtssprache“ zu schaffen seien. Sollten „die Mindestvoraussetzungen hinsichtlich der Klassenschülerzahlen“ (Mindestklassenstärke dzt. 10 Schüler) nicht erfüllt werden, so ist lt. §4/1 „die slowenische Sprache als Pflichtgegenstand zu erlernen“ (Extrastunde außerhalb des regulären Unterrichts) oder die Anmeldung des Schülers „in eine außerhalb seines Pflichtsprengels gelegene Schule“. (!)
13. Institut für angewandte Soziologie in Wien: „Soziokulturelle und bildungsökonomische Effekte der gemischtsprachigen Schule in Kärnten“, Juli 1984.
14. Im Zuge der parteipolitischen Eskalation der Minderheitenfrage nach dem Ortstafelsturm mußte der damalige Landeshauptmann Sima seinen Hut nehmen; Wagner übernahm seine Geschäfte.
15. Inzwischen wurde in Kärnten gewählt: Nach Stimmen- bzw. Mandatsverlusten von SPÖ bzw. ÖVP und einem überzeugenden Sieg der FPÖ (+ 1 Mandat), erhält die „nationale“ Front in Kärnten wieder Rückenwind.

DER SÜDTIROLER JUGENDRING IN EIGENER SACHE

Der Südtiroler Jugendring (SJR) war in letzter Zeit des öfteren Gegenstand einer öffentlichen Diskussion in verschiedenen Presseorganen und im besonderen in der Sondernummer des Skolast, Nr. 3, 29. Jg., Seite 15 ff. und im Mitteilungsblatt der SH-Instanz. Um den Lesern ein klares Bild über die Organisationsstruktur, die Zielsetzungen und die Arbeit des SJR zu vermitteln, erscheint es dem Vorstand wichtig, eine umfassende Darstellung zu geben und einige Unklarheiten der obgenannten Presseveröffentlichungen zu präzisieren.

SJR — DIE AKTIONSGEMEINSCHAFT VON JUGENDORGANISATIONEN

Man kann den SJR von seiner Entstehungsgeschichte her nicht als eine „ausgeschlossene Angelegenheit der JG/SVP, der Bauernjugend und der AVS-Jugend“ hinstellen, wobei die anderen Jugendorganisationen sich dann lediglich „dazugescharrt“ hätten. Dazu war der Beitrag beim Aufbau des SJR von Seiten anderer Organisationen viel zu groß und wichtig. Das Mitgliederpektrum des SJR ist vielfältig und umfaßt außer den drei oben erwähnten auch die verschiedensten katholischen Jugendorganisationen und Studentenorganisationen bis hin zur SH und der SPS-Jugend.

Alle Mitgliedsorganisationen — unabhängig von ihrer Mitgliederzahl oder ihrer Stärke — waren immer als vorläufige und gleichberechtigte Mitglieder in der Vollversammlung vertreten. Gerade deshalb und wegen der Gesprächsbereitschaft aller Mitgliedsorganisationen gegenüber, war es möglich, Entscheidungen auf breiter Ebene zu finden. Diese Verdrängung der geschichtlichen Tatsachen im Skolast-Artikel ist aber nur das Vorspiel jenes Versuchs, den SJR in seiner heutigen Zusammensetzung als eine einseitige Angelegenheit einiger Weniger unter dem Deckmantel „Vieler“ hinzustellen. Eine „repräsentativere Basis und eine unabhängige Leitung“ für den SJR wird als Forderung gefordert. Die Antwort auf die Frage, wovon nun letztlich diese Leitung unabhängig sein müßte, wird wohl in dem Passus zu sehen sein, wo der Verfasser des Skolastartikels meint, „die Jugendorganisation von Big Brother Partei sitzt also nicht nur drin, sondern stellt auch zum zweiten Male den Vorsitzenden.“

DER SJR: EIN ZUSAMMENSCHLUSS VON GLEICHBERECHTIGTEN PARTNERN

Dazu sei zunächst einmal festgehalten, daß alle Mitgliedsorganisationen statutarisch die selben Rechte genießen und demzufolge alle einen Anspruch auf den Vorsitzenden geltend machen können. Freilich wird dieser Anspruch bei der Notwendigkeit einer Zwei-Drittel-Mehrheit für die Vorstandswahl kläglos zurückgehen, wenn nicht Leute namhaft gemacht werden, die auch von den meisten anderen Organisationen unterstützt werden. Eine solche Unterstützung können aber nur jene erwarten, welche eine Garantie dafür geben, die Interessen und Zielsetzungen des SJR denjenigen ihrer Organisation voranzustellen.

Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit und insbesondere die Tatsache, daß eine große Jugendorganisation genauso viele Stimmrechte wie jede kleine Mitgliedsorganisation besitzt und somit bei einer inszenierten Bevormundung des SJR die zehn anderen Jugendorganisationen vor sich hätte, staft die Unterstellung einer Abhängigkeit des SJR von einer einzelnen Mitgliedsorganisation wohl schon rein arithmetisch Lügen.

Die Vorstandswahl im SJR ist daher aus den genannten Gründen wohl ausschließlich eine Personalentscheidung und jede andere Interpretation und Unterstellung ist falsch und einseitig. Daß dies auch bei der letzten Wahl der Fall war, wird dadurch bestätigt, daß auch zur JG/SVP in Anlehnung stehende Vereine wie die SH sich nicht gegen die Wahl Pirhofers ausgesprochen haben.

Die bisherigen Vorsitzenden haben alle ohne Ausnahme an der Arbeit und der politischen Durchsetzung der SJR-Ziele maßgeblich mitgewirkt und die eigenen politischen Schwerpunkte des SJR mitgetragen, welche sich vor allem in einem verstärkten Engagement für die Schwachen unserer Gesellschaft gezeigt haben wie aus dem Neujahrsbrief im Jahre 1983 ersichtlich ist, wo sich der SJR gerade der Außenarbeit annimmt, oder in den Presseausendungen zum Drogenproblem. Gerade in Bezug auf die letztere Thematik hat der SJR im Unterschied zur JG/SVP immer eine eindeutige Stellung bezogen, indem er seinerzeit unmissverständlich die weitere Hinzuzögerung einer Errichtung eines Drogen-therapiezentrum von Seiten der Landesregierung scharfstens verurteilte.

DER SJR: EIN GESUCHTES GESPRÄCHSFORUM. WENN ES SICH UM JUGEND, JUGENDARBEIT UND JUGENDPOLITIK HANDELT

Ferner wird die Schaffung einer „breiteren und repräsentativeren Basis“ vorgeschlagen, da der SJR „kein wirklich offener Verband oder an einer Öffnung interessiert sei“.

Dazu sei gesagt, daß die Mitgliedschaft im SJR durch Satzungen genauestens geregelt ist, wonach der SJR eine Arbeits- und Aktionsgemeinschaft der deutsch- und ladinitischsprachigen Jugendorganisationen ist. Natürlich ist man sich bewußt, daß durch diese vom Statut vorgegebene Grenze sprachlicher und altersmäßiger Natur leider nicht die gesamte Jugend und die in der Jugendarbeit tätigen Organisationen durch eine Vollmitgliedschaft erfaßt werden können. Um trotzdem solchen Organisationen, die auf Grund ihrer Struktur formell nicht aufgenommen werden können, aber deshalb nicht minderwertige Jugendarbeit leisten (VKE/Filmclub) in die Arbeit miteinzubeziehen, ist mit Hilfe eines Beobachterstatus — der alle Rechte der Vollmitgliedschaft beinhaltet, außer daß die Beobachter keine Stimmrechte haben und formell keine Vollmitglieder sind — auch strukturell jene Öffnung nach außen vollzogen worden, welche schon seit langem die inhaltliche Arbeit des SJR geprägt hat. Und daß der SJR durch seine Offenheit nicht nur ein ernstgenommener Gesprächspartner der verschiedensten gesellschaftlichen Instanzen geworden ist, sondern nach wie vor als das offene Gesprächsforum für Jugendarbeit und Jugendpolitik verstanden wird und als solcher gesucht wird, beweisst der Umstand, daß nicht nur anfangs dieses Jahres zwei weitere Organisationen in den SJR aufgenommen wurden, sondern daß für die nächsten Vollversammlung des SJR drei weitere An-

suchen auf Mitgliedschaft (La Strada — der Weg, PDU — Jugend und Kiezplanerzweigerer) zur Behandlung entstehen.

DIE EINFLUSSNAHME DES SJR AUF JUGENDPOLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN

Es stimmt sicherlich, daß der SJR keine institutionell verankerte Mitsprachebefugnisse und Mitbestimmungsrechte besitzt. Diese Rechte sind durch das Jugendförderungssetz einem neuerstellten Gremium, dem Jugendbeirat als beratendem Gremium der Landesregierung, übertragen worden. Somit fällt dem SJR keines politische Gewicht und jener Einfluß zu, den er sich, genauso wie jeder andere Interessenverband, durch harte Arbeit, politische Tatkraft und Öffentlichkeitsarbeit erkämpft. Andererseits gibt es durch die völlige Unabhängigkeit von der Landesregierung keine Einflußnahme von Seiten dieser auf die SJR-Gremien. Durch seine freie Stellung hat der SJR eine große Aktionsfreiheit in der Artikulierung seiner Vorstellungen und seiner Stellungnahmen zu allen möglichen Sachbereichen und insbesondere die Jugendpolitik der Landesregierung betreffende Fragen.

JUNGARBEITER UND JUGENDARBEITSLÖSIGKEIT IMMÉR WICHTIGERE THEMEN

Eine inhaltliche Einseitigkeit des SJR wird vom Verfasser des Skolastartikels darin gesehen, daß dieser „sich im wesentlichen auf die Jugendfreizeitpolitik als genuiner Bereich der Jugendarbeit konzentrierte“ und ihn nur an „Rande Probleme der Ausbildung, des Arbeitslebens und der Bildungspolitik interessieren“.

Genauso wie es richtig ist, daß der SJR sich vor allem in der „Jugendfreizeitpolitik“ — wo der SJR seinen bisher größten Erfolg in der Durchsetzung des Jugendförderungssetzes errungen hat — engagiert hat, so falsch und einseitig ist die Behauptung, daß der SJR sich nicht für die Probleme der Jungarbeiter interessiert. In der Tat hat der SJR gerade im heurigen Jahr einige Akzente in diesem Bereich gesetzt: von einer Stellungnahme zu den Sektorverträgen über das Lehrlingswesen (vgl. Dolomiten, 26. Juni '84) über Aussprachen mit der Südtiroler Sozialparnerkommission zum Konzeptpapier zur Arbeitsbeschaffung, wobei mehrere Vorschläge vom SJR vorgebracht und in den definitiven Text eingebaut wurden, bis zu Kontakten mit dem ASGS und einer Aussprache mit dem SGB/CISL.

Gerade um eine stärkere und vor allem kontinuierliche Behandlung von Fragen, welche das Arbeitsleben der Jungarbeiter und Lehrlinge anbelangt, zu ermöglichen und um in dieser Richtung aktiv zu bleiben, hat der SJR eine Arbeitsgruppe „Jugend und Arbeit“ eingerichtet. Natürlich wird dieser Arbeitskreis niemals eine Jungarbeiter — Gewerkschaftsbewegung ersetzen können und es sei auch klargestellt, daß es nicht Aufgabe des SJR ist, eine solche „Jungarbeitergewerkschaft“ zu gründen — wenn der SJR auch niemals einen Zweifel an seiner Bereitschaft zur Mitarbeit an diesen Fragen gesehen hat.

FINANZIELLE AUFSTOCKUNG DER FÖRDERUNGSMITTEL FÜR DIE JUGENDARBEIT

Letztlich kann dem Artikelschreiber in zwei Punkten beigepröchtigt werden, und zwar in Bezug auf die finanzielle Dotierung des Jugendförderungssetzes und in Bezug auf die „defensive und widerborstige Haltung vieler Gremien in der Jugendförderung und Jugendzentrumsfrage“. Obwohl das Jugendförderungssetz die Aufgabe und Pflicht des Landes zur Förderung von Jugendarbeit festschreibt, hat sich die finanzielle Situation mancher Organisationen nach Inkrafttreten des Gesetzes verschlechtert. Um diesem Mißstand noch zu begegnen, hat der neugewählte Vorstand des SJR noch in der Sommerpause eine unverzügliche Aufstockung der Geldmittel für die Jugendförderung in der Höhe von einer Milliarde Lire im Zuge des Nachtragshaushaltes gefordert. Dieser Forderung ist von Seiten der Landesregierung lobenswerter Weise dann auch entsprochen worden.

MORALISCHE VERPFLICHTUNG DER GEMEINDEN BEI DER ERRICHTUNG VON INFRASTRUKTUREN FÜR DIE JUGEND

Was letztlich die Stellung der Gemeinden bei der Errichtung von Infrastrukturen für Jugendliche anbelangt, so hat der SJR immer bedauert, daß auf Drängen des Gemeindeverbandes in letzter Minute vor Verabschiedung des Jugendförderungssetzes, die Gemeinden als zuständige territoriale Körperschaften ausgeklammert wurden. Die Absurdität dieser Regelung wird dadurch unterstrichen, daß sich heute in der Phase der Durchführung des Jugendförderungssetzes, alle einschließlich des Landesrates für Jugendfragen, Dr. Siegfried Messner, darüber einig sind, daß den Gemeinden bei der Verwirklichung und Trägerschaft von Infrastrukturen für die Jugend eine zentrale Rolle und moralische Verpflichtung zukommt. Die Miteinbeziehung der Gemeinden in die Jugendarbeit wird daher in Zukunft auch von Seiten des SJR verstärkt gefordert werden müssen.

DER SJR — EIN SPRACHROHR DER GESAMTEN JUGEND SÜDTIROLS

Zum Schluß soll nochmals betont werden, daß der SJR auch weiterhin sein vorrangiges Ziel darin sieht, nicht nur Sprachrohr seiner Mitgliedsorganisationen, sondern darüber hinaus der gesamten Jugend Südtirols zu sein.

Diesem Anspruch gerecht zu werden ist freilich kein leichtes Unterfangen und nur zum Teil vollziehbar. Jedenfalls aber steht im Mittelpunkt der Arbeit des SJR die Jugend und ihre Probleme und Nöte, Erwartungen und Forderungen.

Die Anliegen der Jugendlichen mit Nachdruck zu vertreten, im Falle auch gegen die Mehrheitsmeinung, ist eine wichtige Aufgabe für den SJR. Dieser Aufgabe wird man jedoch mit bloßer destruktiver Kritik alles Bestehenden und ohne ein Aufzeigen von realisierbaren Alternativen nicht gerecht.

Für den SJR besteht der Weg in die Zukunft darin, mit kritischem, aber auch konstruktivem Geist, am bereits Erarbeiteten weiterzubauen, mit voller Offenheit aber auch neues Wege zu versuchen, die der gesamten Jugend Südtirols zum Wohl sein sollten. Eine große, aber auch nicht leichte Aufgabe!

Für den Vorstand des SJR

Dr. Klaus Pirhofer

Rezensionen

KONKRET LITERATUR 1984/85
106 S., 10 Mark.

„Ich bin mittlerweile sehr von der Machtlosigkeit des Schriftstellers überzeugt, von der Vergeblichkeit seines Unternehmens. Das Schlimme geschieht, ob der Schriftsteller schreibt oder schweigt.“ (Wolfgang Koeppen bei der Verleihung des Büchnerpreises 1962)

Literatur konkret ist wieder da, polemisch und aggressiv wie gewohnt, wie jedes Jahr mit der nötigen Raffinesse (Gremli) und dem großen Hammer (Wolfgang Pohrt) den aussichtslosen Rundumschlag versuchend, ganz gewiß nicht unter dem obigen Motto.

Natürlich bekommt die Friedensbewegung und die mit ihr sympathisierenden Schriftsteller ihr Fett und reich ranicki den verdienten Trübschienen (ist ja klar, oder?).

Über den Rest läßt sich reden und streiten, Marxseidank: über diejenigen DDR-Autoren, die im Westen wenig bekannt, kritisch, aber trotzdem keine Dissidenten sind, die mit ihren Schwierigkeiten in der DDR leben und schreiben, wie Holga Schubert, Frank Weymann, Christoph Hein (bei uns bekannt durch sein Buch Drachenblut) oder über Steffen Mensching und Hans-Eckardt Wenzel, die zusammen ein Liedertheater betreiben. (S. 28–30)

geredet werden sollte über die Literatur und das Theater der Unterdrückten in Chile, wo Künstler und Gesellschaft unter dem Druck der Militärdiktatur zur politischen Randgruppe werden, also Kunst und Literatur eine Angelegenheit von allen ist, also politischen Widerstand ermöglicht: „Der Schriftsteller Ariel Dorfmann, der nach vielen Jahren des Exils endlich wieder einmal nach Chile kam, war in Nerudas Haus und fand dort die Mauern voller Inschriften. Einige sind trivial, einige sind genial. Diese beiden hat er sich aufgeschrieben: 'Pablo, ich bin hier' und in kleinen Buchstaben darunter: 'Pablo, morgen werden wir alle hier sein.'“ (S. 40–42)

geredet wird nicht nur über die afrikanische Musik, sondern auch über die afrikanische Literatur, die uns offensichtlich nicht erreicht, die bei uns nicht ernstgenommen wird, obwohl sie inzwischen schon vielfältige Formen angenommen hat: „Es bleibt dabei: die Schwarzen sollen Musik machen, von ihrem Intellekt will man nichts wissen. Das alte Vorurteil nimmt seinen Fortgang, daß schwarze Kultur aus dem Bauch und nicht aus dem Kopf kommt, zum heißen Verzehr und nicht zum Reflektieren. Die afro-amerikanische Intelligenz, die in den sechziger Jahren rund um Angela Davis Furore machte, erreicht uns längst nicht mehr.“

(S. 50–53)

konkret literatur redet über literatur ohne rosabrilien und schauklappen, z.B. in den artikeln über den schwierigen thomas bransch und sein neuestes theaterstück morcedes, über den heftigen „realismusstreit“ in der kleinen schweiz, über die art und weise, wie die deutschen ihre goethes und luthers, aber nicht ihre mühsams feiern und last but not least im beitrug über den taschenbuch-agenten mallo, der noch vor präsident reagan grenada erobert (literatur als vorlage für weltpolitik oder so ähnlich).

die interessantesten seiten des hefts sind für mich die mit dem portrait von oskar maria graf, dem urbayern und „provinz-schriftsteller“, in dessen beschreibungen von der provinz sich die große weit widerspiegelt. er war nicht nur der schriftsteller in lederhosen, sondern auch ein moralist und sozialist, dessen werk heute langsam aber sicher rezipiert wird. (S. 75f)

... mit dem portrait des anarchistischen schriftstellers und politiklers erich mühsam, einem kämpfer gegen ungerechtigkeit und unterdrückung, einem warnen vor dem nationalsozialismus, der dafür 1934 im kZ oranienburg mit seinem leben bezahlte, einem schriftsteller also,



an den sich die germanisten bis heute nicht herangetraut haben. (S. 77f)

... mit dem portrait von wolfgang koeppen, einem genauen chronisten der deutschen nachkriegszeit, in den 50er jahren von den kritikern wenig geliebt, gefeiert, seitdem er nichts mehr veröffentlicht hat und alle auf seinen neuen roman warten. (S. 79f)

... mit dem portrait des kommunisten jürgen kuczynski, bekannter sozial- und wirtschaftsgeschichtler aus der ddr, dessen werk inzwischen 3000 publikationen umfaßt, dazu gehören auch die „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“ und die „Geschichte des Alltags des deutschen Volkes“.

neben alledem gibt es noch rezensionen zu büchern von günter herburger, f.c. delius, umberto eco, günter de bruyn, per olav enquist, franz fühmann, empfehlungen zur literatur in der ddr, in afrika, zur literatur von ausländern in der brd und einen essay von christoph hein über sprache, poesie und herrschaft.

alles in allem: lesenswert, das heft.

Georg Mair

GAISMAIR-KALENDER 1985

In der Fülle von Publikationen, die uns das zu Ende gehende Gedenkjahr beschert hat, ist der eben erschienene Gaismair-Kalender 1985 eine Publikation der Michael Gaismair Gesellschaft – eine wohltuende Abwechslung für alle jene, die mit fanatischer Heldenbeschwörung, romantischem Vergangenheitsmythos und hohlem Patriotismus nicht viel anfangen können.

Der Vorsitzende der Michael Gaismair-Gesellschaft, Prof. H. Winkler, schreibt im Vorwort zum Kalender: „Die Glorifizierung nur eines einzigen Zeitabschnittes unserer Geschichte wird oft dazu mißbraucht, die kritische Auseinandersetzung mit der Gegenwart zu verhindern.“ Gerade in diesem denkwürdigen Jahr haben wir dies wieder zur Genüge demonstriert bekommen.

Die Michael Gaismair-Gesellschaft ist gegen dieses „Schmalspurtirol reaktionär-konservativer Kreise. Unser Tirol hat viele Wurzeln. Aus unserer vielfältigen Vergangenheit können wir lernen und brauchen uns dieser nicht zu schämen, noch sollten wir sie glorifizieren.

Aus unseren vielfältigen Wurzeln können wir ableiten, daß Tiroler/in zu sein nicht heißt, dem schmalspurigen Schablonenbild mancher Mächtiger zu entsprechen, und daß auch in Tirol der Einsatz für Toleranz, Freiheit und Gerechtigkeit und für ein menschengerechtes Leben dringend und täglich notwendig ist.“ (Zit. S. 11) Ein kleiner Beitrag in diese Richtung ist die Arbeit der Michael Gaismair-Gesellschaft und die Herausgabe des Kalenders.

Der Gaismair-Kalender erscheint heuer nun schon zum sechsten Mal, und neben vielen neuen Mitarbeitern gibt es mittlerweile schon einen festen Kreis von Schreibern, die jedes Jahr mit dabei sind, wie z.B. Guido Denicolo, Hans Haid, Christoph Hartungen, Chryseidis Hofer-Mitterer, Alexander Langer, Johann Linthaler, Felix Mitterer, Anton Pelinka, Susanne Preglau-Hämmerle, Günther Pallaver, Helmut Schönauer, Matthias Schönweger, Hans Schwärzer, um nur einige zu nennen.

Gedruckt wurde der Kalender '85 mit Unterstützung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, des Komitees für Meinungsfreiheit in Kunst und Wissenschaft und der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol.

Interessant ist dies deshalb, weil im Kalender '84 auch das Amt der Tiroler Landesregierung als Unterstützer aufscheint. Warum dies heuer nicht mehr der Fall ist, erfährt man aus zwei Briefen, die auf S. 14 abgedruckt sind.

Im ersten Brief, ein Schreiben der Kulturabteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung an die Michael Gaismair-Gesellschaft, wird mitgeteilt, daß dieses

Auf sich „schwer tut, einer Publikation, die für Abtreibung und Kirchenaustritte wirbt, Förderungsmittel zu gewähren.“ Im zweiten Schreiben von Romuald Niescher, damals Vizebürgermeister der Stadt Innsbruck, heißt es: „Dem Kalender 1983 könnte ich entnehmen, daß sich die Michael Gaismar-Gesellschaft als eine ‚Antwort‘ auf die gesellschaftspolitische Situation in Tirol versteht, die sich durch ‚politische und soziale Intoleranz‘ auszeichnet. Da diese Aussage meiner Auffassung von der Situation in Tirol diametral zuwiderläuft ..., werde ich mich in meinen verschiedenen Funktionen gegen eine Förderung dieses Kalenders entschieden aussprechen.“

Ein Kommentar zu diesen Briefen erübrigt sich (aber hat sich Niescher beispielsweise jemals danach erkundigt, wem der pompöse und kostspielige Landesfestzug „diametral zuwidergelaufen“ ist?).

Thematisch weist der Kalender auch heute wieder eine große Vielfalt auf, wobei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Tirol-spezifischen Themen und Themen allgemeinerer Natur gefunden wurde.

Der erste Schwerpunkt ist Claus Gatterer gewidmet, der im Frühjahr '84 in Wien gestorben ist. Es wurde ein Vortrag abgedruckt, den Gatterer 1983 an der philosophischen Fakultät in Laibach gehalten hat: „Ein Versuch einer komparativen Studie über die Fragen Südtirol und Südkärnten“ (S. 42 ff.). Ausgehend von einem Vergleich der historischen Ausgangssituation beider Gebiete kommt er zu dem Schluß, daß es viele Ähnlichkeiten gibt, obwohl man sowohl in Südtirol als auch in Österreich eine richtige Scheu davor hat, das Südtirolproblem und die Slowenenfrage miteinander zu vergleichen. Für Gatterer ist dies ein Hinweis auf „die, den Politikern durchaus bewußte, aber ebenso bewußt verdrängte politisch-moralische Reziprozität: Was ich für meine Minderheit im fremden Staat – die Südtiroler also – verlange, muß ich ... meinen Minderheiten im eigenen Staat gewähren.“ (Zit. S. 42)

Weitere Themenschwerpunkte „Südtirol“, „Minderheiten in Österreich“, „Umwelt“, „Bauen/Wohnen“, „Heimat“, „Faschismus/NS-Zeit“, „Obrigkeit“, „Neues Bewußtsein“, „Markt/Medizin“, „Soziales“, „Arbeiterbewegung“, „Lateinamerika“.

Ca. ein Fünftel des Kalenders nimmt das Register ein. Auf über 60 Seiten werden alphabetisch geordnet allerlei Informationen geboten (wichtige Adressen, Vorstellung von Vereinen und Initiativen usw.), Dinge, die vielen nützen mögen, aber nicht leicht zu finden sind. Das Register wurde im Vergleich zum Vorjahr noch erweitert und ist eine wichtige Hilfe für alle jene, die in Tirol

auf kulturellem, politischem, sozialem Gebiet aktiv sind oder es werden wollen. Erfreulich auch die Tatsache, daß nun auch der Raum Südtirol im Register voll berücksichtigt wird, vor allem in den ersten Jahren war dies ein Manko.

Rein äußerlich hat sich der Kalender seit dem letzten Jahr nicht gewandelt. Das Format scheint sich nun bei 29,5 x 16 cm stabilisiert zu haben. Beim Papier ist allerdings eine jährliche „Qualitätssteigerung“ festzustellen.

Vor zwei Jahren hat man noch auf Umweltschutzpapier gedruckt. Seit 1984 ist man davon wieder abgekommen. Es ist klar, daß die Verwendung von Umweltschutzpapier im Zeitalter der Umweltverschmutzung nur ein kleines, bescheidenes Zeichen sein kann, warum man aber dieses kleine demonstrative Zeichen nicht mehr setzt, verstehe ich nicht.

Waltraud Plagg

Joseph Zoderer: „Lontano“. C. Hanser Verlag, München 1984.

Dem „Helden“ in Joseph Zoderers neuem Roman „Lontano“, wird übel mitspielt. Auf drei Hauptmotive läßt sich sein Romanschicksal reduzieren: gescheiterte Liebe, Aufbruch, Krankheit bzw. Tod.

Zuerst verläßt „ihn“ die Freundin, dann liegt er (vermutlich) mit einer Geschlechtskrankheit im Bett und schließlich erkrankt noch die Mutter unheilbar an Krebs. Er flüchtet nach Amerika: „Aber von Tag zu Tag wurde das, was er beschlossen hatte, und das, was er dazu unternahm, zum Selbstverständlichen, nichts war natürlicher als die Trennung, und es gab einen Grund zu hoffen in der Entfernung, Lontano, sagte er, hinter mir ist Ferne und vor mir ist Ferne, ich freue mich, weil ich mich freuen muß.“ (S. 49) Bei seiner Schwester in Maryland sucht er Zuflucht und arbeitet als Tellerwäscher in einem Autobahnrestaurant. Aber Verweilen ist nicht seine Stärke.

Ruhelos treibt er in Amerika herum. Durch ein Telefongespräch mit seiner Schwester erfährt er vom Tod der Mutter. Wieder bricht er auf. Irgendwohin. Am Ende des Romans wird eine Nacht unter freiem Himmel mitten in den Kornebenen Nordamerikas beschrieben. Ruhe tritt ein.

Existentielle Grenzerfahrungen zu thematisieren birgt Gefahren: Kitsch, Klischees, Unglaubwürdigkeit sind oft nicht weit.

Daß Zoderer dieser Gefahr nicht erlegen ist, oder kaum, spricht für ihn. Mit großer Detailschärfe, seine Prosa erinnert mich in ihrer flüssigen Sprache an die Arbeit eines Kameramanns, der in ruhi-

gen, präzisen Bildern einen Film dreht. beschreibt er die Geschichte eines Mannes, der auf der Flucht vor seiner gescheiterten Liebesbeziehung, seiner Arbeitswelt und dem Sterben der Mutter ist.

Beim Lesen hatte ich immer das Gefühl, hier steckt eigenes Erleben dahinter. Zoderers Schilderungen vom Schicksal des „Helden“, vermitteln den Eindruck von Wirklichkeitsnähe. Künstlichkeit tritt nur dort auf, wo der Autor seinen erzählerischen Fleiß übertreibt. Und daß erzählerischer Fleiß hinter den Zeilen steckt, davon bin ich überzeugt. Denn wie hat Peter Handke es einmal formuliert, was locker und leicht geschrieben aussehen soll, bedarf großer Anstrengung. Aber ich will noch einmal auf Zoderers Beschreibungstalent zurückkommen. Ob er nun von der Beziehung seines „Helden“ zu Mena berichtet, oder von dessen Amerikareise, aufgefallen ist mir die Genauigkeit, mit der Zoderer Stimmungen, Situationen oder Begebenheiten in Szene zu setzen vermag. Diese Gabe läßt „Lontano“ zu einem Lesevergnügen werden, trotz einiger „blackouts“.

Die schwachen Stellen sind Episoden von unfreiwilliger Komik oder kitschigem Kitsch. Was soll etwa die abgedroschene Geschichte einer Verfolgung? Der „Held“ hat, auf seiner Reise durch Amerika, einmal nichts Besseres zu tun, als einen Mann zu verfolgen, während er auf seinen Anschlußbus wartet. Dies geschieht, in einer für meine Begriffe unrealistischen Art und Weise. Ein anderer läßt Zoderer „ihn“ mit einer theatralischen Geste die blutige Mullbinde von seiner Wunde reißen, um das Mitleid Menas zu erregen. Meinen guten Gesamteindruck aber haben diese Schwachstellen nicht entscheidend gestört.

Wichtig war, daß ich in dem Buch Rückzugspunkte zu meinem eigenen Leben gefunden habe, und daß ich das Denken und Handeln der Romanfiguren nachvollziehen konnte.

Eigentlich wollte ich keinen Lobgesang auf Joseph Zoderers neueste Schöpfung anstimmen, den hat er gar nicht nötig, denn „Lontano“ läuft und läuft ..., aber meine anfängliche Skepsis ist beim Lesen immer mehr gewichen. Wie dachte ich mir, wird wohl der Nachfolgehit der „Walschen“ aussehen. Bitte sehr. Vielleicht ist manchem „Lontano“ auch vicino.

Cabriel Grüner

LEST UND VERBREITET DIE
SÜDTIROLER
VOLKSZEITUNG

**JOSEPH ZODERERS
„LONTANO“**

Ich gehe davon aus, daß „Lontano“ Zoderers jugendlichstes Buch ist. Nicht zuletzt deshalb, weil das behandelte Thema – Aufbrechen von Sicherheiten, die Zufälligkeit und Ersetzbarkeit von Lebenssituationen, – typisch war und ist für die Generation der Jungen in den sechziger und siebziger Jahren.

Den Unterschied zu Büchern, wie sie etwa Bernhard Vesper („Die Reise“) oder Rolf Dieter Brinkmann („Keiner weiß mehr“) geschrieben wurden, machen Zoderers retrospektive Haltung und natürlich die Erzählweise aus. Er erzählt, trotz des offenen und unbestimmt bleibenden Schlußbildes, einen abgeschlossenen „Lebensabschnitt“, während die Literatur jener in einer sogenannten „Aufbruchsphase“ entstanden war und auf der Suche nach neuen Formen fragmentarisch bleiben mußte, wie ihre Biographie, der sie selbst den Schlußstrich setzten.

Aber Zoderer geht über das Biographische hinaus, indem, wie auch in seinen beiden vorherigen Romanen (mittlerweile als Fischer-Taschenbücher erschienen), Fremdheit als Grundmotiv jeder Handlung beschrieben wird. Eine Fremdheit, die, um Parallelen zum Titel aufzuzeigen, doch auch programmatisch für den Film „Lontano da dove“ (von Francesca Marciano/Stefania Casini) gilt. Eine (ehemals) politisch motivierte Generation geht nach New York, um das „Leben“ nach- und einzuholen und in Analogie zu „Lontano“ zwischen Bindungen und Bindungslosigkeit taumelt.

Die Fabel des Romans lautet:

Er, in Verdacht an Syphilis zu „kranken“, liegt auf der Abteilung für Hautkrankheiten und (über-)denkt einige Sequenzen mit Mena, seiner Frau, die angehalten von seinen rhetorisch-theoretischen Überlegungen über „offene Beziehungen“ ihn wegen eines anderen verläßt und doch nicht.

„Du darfst nicht glauben, schrieb sie in diesem ersten Brief, daß ich Dich lasse. Er war sich nicht sicher gewesen, ob es nicht hasse hieß, und jedenfalls hatte er von Anfang an „daß ich dich hasse“ gelesen.

Ich verstehe jetzt, schrieb sie, viel besser, was Du mir oft gesagt hast, daß man zwei Menschen zugleich lieben kann.“ (S. 19)

Aus der Klinik entlassen, weil die Analysen keine Krankheit erkennen ließen, kehrt er in die früher gemeinsame Wohnung. Nichts „freut ihn“, Wien sieht er mit den Augen der Erinnerung. Und in diesem Zustand erreicht ihn der Brief seiner jüngeren Schwester aus Meran, daß Mutter krank, sterbenskrank, sei. Seinen vorher gefaßten Ent-

schluß nach Amerika zur älteren Schwester zu fahren, bestärkt er in Meran, formuliert ihn seiner Mutter als Berufsreise, im Auftrag einer Zeitung.

Seine Aufenthalte und Begegnungen definieren sich von da ab durch die Abreise, gegen Mena.

„Bevor er wegfuhr aus dieser Heimatstadt, die ihm keine Heimat war, ...“ (S. 71)

und „Er hob die Flasche und feierte seine Hirnfreiheit, er glaubte, alles hinter sich und sich selbst wieder zur Verfügung zu haben, ..., ich werde dich nicht zurückholen, ich werde keinen Finger krümmen, ich werde fliegen, allein, ohne dich, ...“ (S. 45)

In Amerika rechtfertigt sich seine Einsamkeit durch das Neue und die Beziehungslosigkeit zu allem, zu seiner Schwester und zu den Örtlichkeiten. Sie bieten ihm keine direkte Erinnerungsmöglichkeit an gemeinsam Gelebtes, kein „weißt du noch damals, hier“.

Die Situationen werden beliebig auswechselbar, das Kreuz und Quer Fahren bedeutet ihm sich durchsetzen gegen Vergangenheit und Beziehungen.

Irgendwo in Amerika erfährt er, nachdem er von der älteren Schwester weg ist, die Nachricht vom Tod der Mutter und von der endgültigen Trennung Menas.

Wie sich die Erinnerung an Straßen, Städten, Straßen verflüchtigt, löst sich die Standortbestimmung auf, sein Beruf, seine Zukunft.

Wenn ich behaupte, „Lontano“ ist Zoderers jugendlichstes Buch, so deshalb, weil er erzählt, unbeschwert, von einer Generation, die als Zeichen ihrer Freiheit unterwegs ist, zufällig und irgendwohin, wie in Jack Kerouacs „On the road“.

Nachdem die Literatur lange Zeit Formen und Sprache auf Tauglichkeit in Hinblick auf ihren Gegenstand untersucht und an die Sprachlosigkeit geführt hat, kann für Zoderer mit Gewißheit gelten, er hat seine Sprache oder sie hat ihn und das ist gut so.

Joseph Zoderer: „Lontano“/Roman, Carl Hanser Verlag 1984/L.20.500

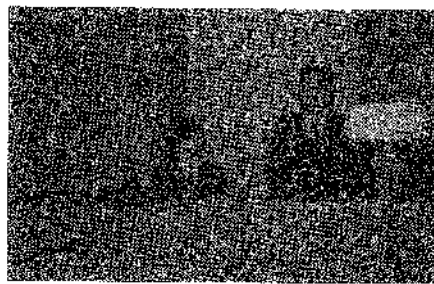
L.P.

**GERHARD KOFLER MELDET
SICH WIEDER ZU WORT**

Gerhard Kofler, der den Oktober hindurch die Reihe italienischer Literatur mit Italo Calvino, Dacia Maraini, Edoardo Sanguineti, Manganelli, Zanzotto u.a. im „Literarischen Quartier – Alte Schmiede“ des Kulturreferates der Stadt Wien gestaltet hat, ist mit einem neuen Lyrikband präsent. Der, aus Triester stammende und in Wien lebende, Autor und Kulturpublizist führt die „Südtiroler Extravaganzen“, 1981 in der Lyrik-

reihe „Kopf-Noten“ erschienen und als dritte Auflage dem Buch einverleibt, formal und inhaltlich weiter. So erzählen auch die „Neuen Südtiroler Extravaganzen“ von Momenten der Kindheit, von Erlebtem, Phantasien und Wunschvorstellungen eines Mannes, der aus und durch die geographische Entfernung die kulturellen Möglichkeiten unseres Landes reflektiert.

In diesem Sinne ist ihm Sprache nicht Barriere, sondern Spektrum verschied-



dener Realitäten: Dialekt, Hochsprache und Italienisch stehen für die Freiräume des Denkens.

Drei Proben, mit freundlicher Genehmigung des Verlags:

Frammento di San Silvestro (1983)

aspettiamo quest'anno previsto da anni
dunque da quest'altura costruita d'in-
fanzia
come se dalle piccole luci di Elvas
si potesse capire il buio
del mondo che per noi è transitoria
provincia

Silvesterfragment

erwarten wir also dies Jahr vorausge-
sehen seit Jahren
von dieser Höhe, die aus Kindheit gebaut
als ob man von den kleinen Lichtern von
Elvas
verstehen könnte das dunkel
der Welt, die uns vorläufige Provinz ist

Invere leit

do fehrn se auss
in die Welt
und i flagn gor in die beach
bis die Heimat
irgendwo untn liegt
zsmomgwuzit
wia a schneiztiachl

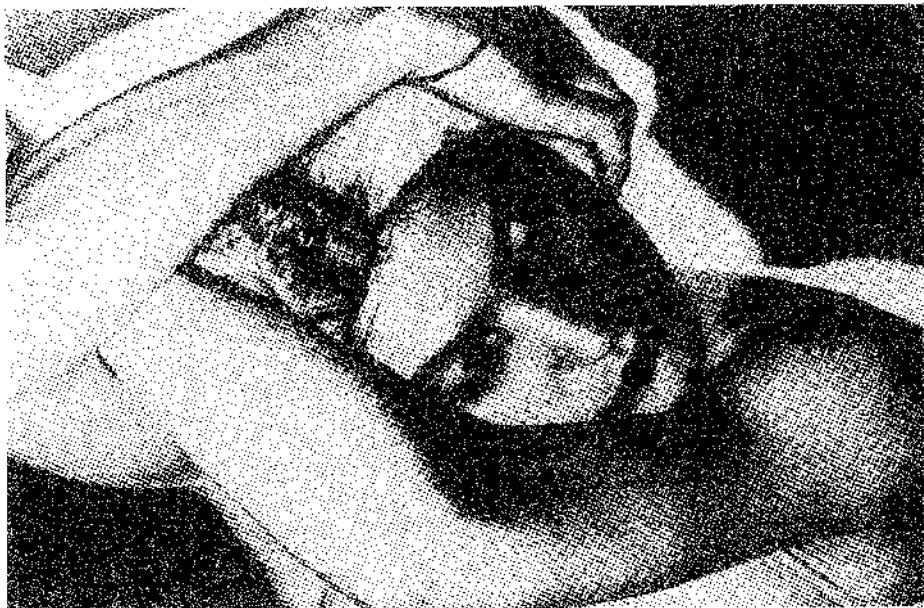
Gerhard Kofler: „Neue Südtiroler Extravaganzen“, Gedichte 1982-84 mit einem Vorwort von Wendelin Schmidt-Dengler
verlegt bei: Frischfleisch & Löwenmaul/
Wien und Sturzflügel/Bozen, 84 Seiten,
öS 75 oder Lit. 7.000.-

Ludwig Paulmichl

20 JAHRE WAGENBACH, 21 FREIBEUTER

Ein paar Worte zum Verlag vornweg: er wurde 20 und alles begann mit einem Rausschmiß: Klaus Wagenbach wurde, nachdem der S. Fischer Verlag Eigentümer gewechselt hatte, auf die Straße gestellt, denn seine Ideen waren den neuen Herren zu links. Das war 1964. Dann hat er einfach selbst einen gegründet, mit einem alternativen Programm: gleiche Autorenhonorare, Mitsprache der Autoren bei der Buchgestaltung, ausführliche Leseinformationen, Rücksichten auf Format, Papier und Schrift des Buches.

Vor fünf Jahren (1979) wurde dann unter pasolinischem Titel die Zeitschrift gestartet, der Freibeuter. Und wie der Vater, so der Sohn ... Was bisher inhaltliches Verlagsprogramm war, wird nun jährlich über 160 Seiten verstärkt unter die Leute gebracht. Motto: „Kultur und Politik ist des Menschen Glück“. Inhaltliches Verlagsprogramm, das heißt auf Wagenbach/Freibeuter: Lust am Lesen zu erzeugen durch schöne Dichtung (denn Literatur hat nichts mit Ideologie zu tun); nach Außen zu blicken – nach Italien und Frankreich insbesondere – weil neue Theorie und Idee auf dem eigenen Mist oft schwer zu finden ist; traditionell sein, weil notwendig, und die Frage nach dem „Was an Traditionellem“ stellen; überall dort ankratzen, wo zu fixe Gebäude stehen, in Frage stellen. Für die Zeitschrift heißt das alles z.B.: alte Texte wieder mit aktuellen Kommentaren versehen, wie etwa Schillers Bürgschaft, Trakis Grodek, Pinocchio, oder Geschriebenes von Genscher und Knigge. Oder es heißt, bei den thematischen Schwerpunkten jeder Nummer: keine Wiedervereinigung, sondern das Suchen nach anderen, tatsächlichen Gemeinsamkeiten; gegen die grüne Landleibydille und für keine Angst vor der Technik; für das Individuum im Kollektiv und gegen die neuen Konservativtheoretiker; für Kafka, dem



Schriftsteller des beginnenden Technologiezeitalters und für die phantasievolle und engagierte Literatur Julio Cortazars. Lust am Denken, Lust am Lesen, Lust überhaupt.

Wohl deshalb die Jubiläumnummer 21 zum Thema „Geilheit“. (Geil – die Bezeichnung wird nicht nur bei uns inflationär verwendet für Vieles, sondern im gesamten deutschen Sprachraum – das steht hier nachzulesen. Den Sprachpuristen zur Beruhigung.)

Geilheit, das heißt z.B.: Wie weit ist der Tabubruch tatsächlich vorangeschritten nach der „sexuellen Revolution“? Sind Sinnlichkeit und Leidenschaft zu kurz gekommen, und geil trotz allem immer noch das Alte, männlich besetzt? Und wenn, dann wird höchstens die Rolle getauscht, das Schema aber bleibt, die Subjekt-Objekt-Beziehung?

G. das heißt auch: Der Versuch aufzuspüren, was der Inhalt weiblicher Sexualität, weiblicher Lust sein könnte, die nicht in dieses Schema zurückfällt. Hier werden mehr Fragen gestellt, wird vorgetastet, Antworten (sind) gar nicht so einfach.

G. an anderer Stelle: Der Zusammenhang zwischen neuzeitlichen Nachtclubs für eigenen erotischen Einsatz jeder Art und mittelalterlicher Badchauskultur, bei der das Baden nur ein Vorspiel war. Beiden Phänomenen geht die weitgehende Beherrschung der Geburtenkontrolle voraus, die im Mittelalter, nach einem plötzlichen Bevölkerungsschwund, zur Verfolgung der Wissenden um diese Kontrolle, der Hexen, führte. Weniger Bevölkerung bedeutete weniger Arbeitskraft für Klerus und Adel, deshalb – aus ökonomischen, nicht moralischen Gründen – die Hexenbulle. So weit das Thema.

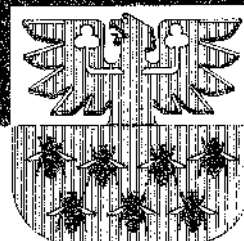
Außerhalb des Themas haben außerdem gefallen: Chirsta Wolf über den kürzlich verstorbenen Franz Fühmann, ein Text zur Automatentheorie aus dem Jahre 1948, und die Besprechung von Roland Barthes' Fragmente einer Sprache der Liebe, die es endlich auch für deutsche Leser gibt.

Wie der Verlag, so die Zeitschrift, so diese Nummer. Wie vor 20 Jahren und 21 Nummern so auch heute. Kompromißlos, ohne Dogma.

Benedikt Sauer

Geben Sie Ihrem Geld die besten Chancen!

**Südtiroler
Landessparkasse**



Mit uns kann man reden!

An den Südtiroler Jugendring Bozen, am 27. November 1984
Bozen

Zur Kenntnisnahme: an die Medien in Südtirol

Geschätzte Kollegen!

Enttäuscht müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß unser Antrag auf Mitgliedschaft im SJR von der Vollversammlung am gestrigen Montag⁹ abgelehnt worden ist. Warum? Weil wir mit den Prinzipien und der Satzung des SJR, die wir ausdrücklich akzeptierten, nicht übereinstimmen? Weil wir im SJR italienisch gesprochen hätten?

Die Möglichkeit, als gleichberechtigte Partner mit den SJR-Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, hätte uns eine wichtige Unterstützung und Hilfe bedeutet, um auch gemeinsam die kritische Auseinandersetzung der Südtiroler Jugend

mit Militär und Gewalt und den Aufbau positiver, sinnvoller Aktivitäten zu fördern. Während der Zivildienst in Österreich und der Bundesrepublik auch im Bewußtsein der Jugendlichen eine echte, dann auch oft gewählte Alternative zur Kriegserächtigung darstellt und bestimmte Bereiche sozialer, karitativer und sanitärer Dienstleistungen auf Zivildienstleistende gar nicht mehr verzichten können, ist diese Haltung, wie Ihr wißt, in Südtirol kaum noch verbreitet. Dabei hätte er hier doch eine ganz reale Chance, neue Räume sozial nützlicher Tätigkeiten und Erfahrungen zu eröffnen. Dies kommt nicht zuletzt auch der Jugend und Jugendarbeit zugute, wie die SJR-Konvention zur Einstellung von 15 Kriegsdienstverweigerern bezeugt: eine Möglichkeit, die nur genutzt werden kann, weil Kriegsdienstverweigerer nach langem Kampf, Prozessierung und Einkerkerung dieses Recht in Italien durchgesetzt haben, wofür man heute noch – trotz Gleichheitssatz – mit einer 8 Monate längeren Dienstzeit bestraft wird.

Die Verteidigung des Grund- und Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, die praktische Interessenvertretung der Zivildienstleistenden, der Ausbau und die Verbesserung des Zivildienstes sowie die Förderung dieser Gedanken und Haltungen bei der Südtiroler Jugend sind, kurz gefaßt, unsere Anliegen. Doch nun müssen wir sehen, daß wir nicht nur von Staat und Behörden diskriminiert und behindert werden, sondern von der verbandlich organisierten Jugend, dem SJR, selbst.

Wir können solche Engstirnigkeit nicht begreifen. Sind wir gegen die Autonomie? Gegen Minderheitenschutz? Gegen die Interessen der Südtiroler Jugend? Mit dem italienischen Staat haben wir als früher kriminalisierte und jetzt immer noch diskriminierte Minderheit unter den Jugendlichen unsere Erfahrungen gemacht; doch jetzt will uns der SJR nicht, weil wir uns – unabhängig von der Sprache – dagegen gemeinsam zur Wehr setzen. Der SJR setzt die kleinliche, völkische Auseinanderhaltung der Jugend ganz offensichtlich vor die Interessen der Jugendlichen. Denn welcher Jugendliche kann sich schon mit dem Militär identifizieren? Laut SJR-Satzung Art. 3,g) sollte es eine Leitlinie seiner Tätigkeit sein, „auf der Grundlage der Staatsverfassung für eine Demokratisierung in allen Erfahrungsbereichen des Jugendlichen zu sorgen und einem Aufleben militärischer, nationalistischer und totalitärer Tendenzen entgegenzuwirken“. Für uns ist dies im nicht unwichtigen Erfahrungsbereich Militär und Zivildienst ein Hauptanliegen, für Euch leider toter Buchstabe.

Doch damit nicht genug: trotz fehlender „sprachlicher Abgrenzung“ – der Tatsache, daß wir uns gemeinsam für einen Einsatz bemühen, der uns Jugendliche nicht nur über Sprachgruppen, sondern über alle Grenzen hinweg verbinden sollte – woll-

te uns eine SJR-Minderheit zumindest den Alibistatus eines „Beobachters ohne Stimmrecht“ zubilligen, wie sie die zweisprachige Erwachsenenorganisation für drogenabhängige Jugendliche „La Strada - Der Weg“ z.B. gestern erhielt. Doch bei den Kriegsdienstverweigerern entschied die SJR-Vollversammlung anders u.a. mit dem „Argument“, der SKV-Vorsitzende habe vorher Kritik am Jugendring geübt. Diese Kritik schloß damals ab mit den Worten: „Eine ‚gangbare, pragmatische und realitätsbezogene Linie‘ nennt der SJR-Vorstand diese seine Politik, setzt sich selbst und seinen Spielräumen Grenzen, akzeptiert widerspruchlos die strikte Grenzziehung zwischen Jugendlichen verschiedener Sprachgruppen und sieht über die Verbandsrealität kaum hinaus: eine ‚Jugendvertretung‘, die zu wünschen übrig läßt.“

Den nochmaligen Beweis hat der Jugendring gestern (26. 11. 1984) soeben geliefert.

Enttäuscht grüßt

Thomas Benedikter
(Vorsitzender)

SÜDTIROLER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

c/o SGB/CISL, Amba Alagistr. 26, Bozen

Tel.: 4 30 22, Büro: Mittwoch – Freitag von 15 – 18 Uhr

Bank: Südtiroler Landessparkasse, Kto.: 232.300.



DIE NEUE MUTTERPARTEI

Daß die SH bei der schmählich verlassenen Mutterpartei langsam wieder zu Ehren kommt, scheint sich inzwischen herumgesprochen zu haben. Man kann das auch übertreiben; bei der Landesversammlung der SVP in Meran ging folgender Laufzettel um:

STRÖMUNGEN UND VERSCHIEDENE SCHICHTEN INNERHALB DER „SVP“ – SÜDTIROLER VOLKSPARTEI (Sammelpartei) 1984

1. 20% SVP: – für die Freiheit und Erhaltung des Deutschtums in Südtirol.
Volksvertreter: A. Benedikter, F. Pahl, L. Zingerle, B. Hosp, F. Leitner
2. 40% SVP (Gemäßigte) = Mitläufer der großen Masse und Vorteiljäger.
3. 20% IVP (Ital Südtiroler Volkspartei) – Karriereisten
Führungsschicht um S. MAGNAGO; R. Riz, K. Mitterdorfer, A. Kiem, W. Gebert-Deeg, G. Peterlini, F. Spögler, H. Benedikter, M. Ebner, Fa. Amann, E. Achmüller.
4. 20% SVP-ALFAS = Linke – Italiensierer: H. Frasnelli, O. Saurer, Friedl Volgger, Martha Stocker – Junge Generation, Südt. Hochschülerschaft, Südt. Kath. Jugend mit Bischof Gargitter.

In der SVP sind wir jetzt also wieder drin. Jetzt wird uns die ALFAS verstoßen, wenn sie den Artikel über Messner liest.

Promotionen

VON AUFSCHNAITER Peter, Bozen	Magister der Pharmazie — Wien
AUGSCHÖLL Annelies, Villanders	Doktor der Medizin — Innsbruck
BATTISTI Mario, Bozen	Diplomingenieur, Agrarökonomik — Wien
BAUER Karl, Lana	Diplomingenieur, Architektur — Innsbruck
BENEDIKTER Susanne, Girlan	Doktor der Medizin — Innsbruck
BERTOLINI Paolo, Bozen	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
BURGER Benedikt, St. Magdalena, Gries	Magister der Philosophie/Geschichte, Sozialkunde — Innsbruck
CASAL Maria Luise, Margreid	Magister der Philosophie, Leibeseziehung — Innsbruck
CEMIN Luca, Bozen	Magister der Theologie — Innsbruck
CORVETTA Remo, Bozen	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
DE COLLE Carl, Bozen	Diplomingenieur, Forst- und Holzwirtschaft — Wien
DIETL Stefan, Bozen	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
DORFSCHEPFLER Elisabeth, Meran	Doktor der Philosophie, Geisteswissenschaften — Innsbruck
EGGER Peter, St. Pauls	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
EGGER Verena, Bozen	Magister der Philosophie, Dolmetsch — Innsbruck
ERLACHER Erna, Villanders	Magister der Kunstgeschichte — München — Diss.: Die italienische Malerei 1920 — 25: „Il gruppo del novecento“
FEDERER Gerhard, Bruneck	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
FEICHTER-MAIR Maria, Reischach	Magister der Philosophie, Germanistik — Innsbruck
FIRMIAN Johannes, Eppan	Magister der Rechte — Innsbruck
FORER Rosa Barbara, Mühlwald	Doktor der Philosophie, Germanistik/Pädagogik — Innsbruck
GSTREIN Dorothea, Lana	Magister der Philosophie, Geisteswissenschaften — Innsbruck
HAAS Hildegard, St. Pauls	Doktor der Philosophie, Geschichte/Pädagogik — Innsbruck
HABICHER Erich, Schlanders	Diplomingenieur, Bauingenieur — Innsbruck
HAUSER Monika, Laas	Doktor der Medizin — Innsbruck
HEUFLER Christina, Bozen	Doktor der Philosophie, Biologie — Innsbruck
JÖRG Paul, Mals	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
KAMMERER Arthur, Kiens	Doktor der Forstwissenschaften — Padua
KLAPFER-CAMPEI Maria Luise, Wiesen	Doktor der Philosophie, Geisteswissenschaften — Innsbruck
KLOTZ Elisabeth, Eppan	Doktor der Philosophie, Germanistik — Innsbruck
KLOTZNER Walter, Bozen	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
KNAPP-STEGER Edith, Luttach	Magister der Philosophie, Germanistik/Geschichte — Innsbruck
KNOFLACH Barbara, Schlanders	Doktor der Medizin — Innsbruck
KNOLL Inngard, Meran	Doktor der Philosophie, Geisteswissenschaften — Innsbruck
KOFLER Silvia, Mühlbach	Magister der Rechte — Innsbruck
LEITNER Karl, Terenten	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
LÖSCH Susanne, Tscherns	Doktor der Rechtswissenschaften — Florenz
MAIR Valentin, Bozen	Diplomingenieur, Landwirtschaft — Wien
MENAPAGE Josefina, Tramin	Doktor der Medizin — Innsbruck
MENZ Florian, Bozen	Magister der Philosophie, Allgemeine Sprachwissenschaften — Wien
MOLLING Albert, Toblach	Magister der Naturwissenschaften, Mathematik — Graz
MOSER Hartmann, Sand in Taufers	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
NOGGLER Sepp, Mals	Doktor der Forstwissenschaften — Padua
NIEDERMAIR Klaus, Eppan	Doktor der Philosophie — Innsbruck
PERATHONER Stefan, Schlanders	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
PERKMANN Rudolf, Girlan	Diplomingenieur, Architektur — Innsbruck
PESCOLLER Erich, Pedratsches	Doktor der Medizin — Innsbruck
PEITSCHER Robert, Truden	Doktor der gesamten Heilkunde — Innsbruck
PICHLER Oswald, Deutschnefen	Doktor der Medizin — Innsbruck
PICHLER Sabine, Bozen	Magister der Philosophie, Geisteswissenschaften — Innsbruck
PIRCHER Adolf, Lana	Diplomingenieur für Lebensmittel und Gärungstechnologie — Wien
PITSCHIEDER Alois, Corvara	Laurea in scienze sociali — Päpstliche Universität Gregoriana — Rom Tesi: „La funzione consociativa della Chiesa“, bei Prof. Johannes Schasching
PIZZININI Marco, Enneberg	Doktor der Medizin — Innsbruck
PLAGG Waltraud, Mals	Doktor der Philosophie, Germanistik — Innsbruck
PRADER Erika, Brixen	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
PROUSCH Silvia, Bozen	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
PUPP Christina, Pfisch	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
RALSER Helmut, Mals	Doktor der Medizin — Innsbruck
RAUTER Alois Franz, Tscherns	Diplomingenieur, Architektur — Innsbruck
RICHTER Karin, Meran	Magister der Philosophie, Deutsch-Musik-Erziehung — Innsbruck
RIEGER Konrad, Lana	Diplomingenieur, Architektur — Innsbruck
RIGGER Hansjörg, Brixen	Magister der Theologie — Innsbruck
SAUER Ulrike, Bozen	Doktor der Medizin — Innsbruck

SAFELZA Roland, Toblach
 SCHÄFER Bruno, Sexten
 SCHAFFLER Berta, Riffian
 SCHICK Alexander, Bozen
 SCHNARF Georg, Olang
 SCHWABL-WIESER Brunhilde, Tschermms
 SEEBER Thomas, Bozen
 SEIDNER Günther, Sterzing
 STAMPFER Martin, Mals
 STEFANELLI-PIUNTNER Aloisia, Eys
 STEINKASSERER Alexander, Bruneck
 STOCKER Siegfried, Sand in Taufers

Magister der Betriebswirtschaft — Innsbruck
 Doktor der Medizin — Innsbruck
 Doktor der Philosophie, Geisteswissenschaften — Innsbruck
 Magister der Betriebswirtschaft — Innsbruck
 Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
 Doktor der Philosophie, Geisteswissenschaften — Innsbruck
 Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
 Magister der Betriebswirtschaft — Innsbruck
 Doktor der Medizin — Innsbruck
 Doktor der Medizin — Innsbruck
 Doktor der Philosophie, Naturwissenschaften — Innsbruck
 Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck

TAPPEINER Karin, Morter
 THEINER Margot, Schlanders

Magister der Betriebswirtschaft — Innsbruck
 Doktor der Philosophie, Geschichte/Germanistik — Innsbruck

VOLCAN Papir, Bozen

Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck

WALLNÖFER Adelina, Prad
 WEIDACHER Stefan, Prags
 WERTH Peter, Pfiftsch
 WINKLER Peter, Bozen
 WINKLER Peter Alois, Gilsan
 WINKLER Stefan, Bozen

Doktor der Philosophie, Geisteswissenschaften — Innsbruck
 Magister der Naturwissenschaften, Mathematik — Innsbruck
 Magister der Betriebswirtschaft — Innsbruck
 Magister der Betriebswirtschaft — Innsbruck
 Doktor der Medizin — Innsbruck
 Diplomingenieur, Bauingenieur — Innsbruck

TAGLER Berta, Dorf Tirol

Magister der Pharmazie — Innsbruck

Zusatzprüfungen

Ein Dekret des Unterrichtsministeriums vom 3.9.1982 sieht neue Bestimmungen für die Unterrichtsberechtigung der literarischen Fächer an Mittel- und Oberschulen vor.

Die Schulämter der Provinz Bozen haben Änderungsvorschläge erarbeitet und erreicht, daß für Südtirol die Bestimmungen bis zum 28.02.1987 ausgesetzt werden.

Das bedeutet, daß Studierende, die bis zum 28.2.1987 ihr Studium abgeschlossen haben, ohne die neuen Zusatzprüfungen zu den Lehrbefähigungswettbewerben zugelassen werden.

Studenten, die ihr Studium erst nach dem genannten Termin abschließen, müssen vier bzw. zwei Prüfungen aus den Fachbereichen deutsche Sprache und Literatur, Geschichte, Geographie und eventuell Latein vorweisen.

Zu beachten ist, daß Lehrveranstaltungen mit explizit methodisch-didaktischen Inhalten vom Schulamt als Zusatzprüfungen nicht akzeptiert werden.

Genauere Informationen über Art und Anzahl der Prüfungen könnt ihr einem Artikel entnehmen, der im „Skolast“ Nr. 2, April 1984, S. 42 erschienen ist.

Außerdem soll in Kürze ein Sonder-Info herausgegeben werden, in dem ausführlich auf diese Themen eingegangen wird.

DIE SH WIRD 30

Mit 5jähriger Verspätung feiern wir ihr, euer und unser Vierthundert. Aber erst im Mai, wenn es warm wird. Wann und wo genau steht irgendwann und irgendwo noch zu lesen.

Bis dann!

MASKENBALL IN INNSBRUCK

zum 30jährigen
 Do. 17. Jänner 1985
 Neue Mensa — Josef Hirastr.

STUDENTENTAGUNG

Die SH macht wieder eine Studententagung.

Dieses Jahr zum Thema: „Die sozial-medizinische Betreuung in Südtirol.“ Themenschwerpunkte sind: Psychiatrie, Alkohol, Drogen.

Fr. 22.2. — 24.2.85 im Tourismuszentrum in Neustift bei Bozen.

Es gibt Referate und Arbeitsgruppen.

Fachleute aus dem In- und Ausland wirken mit.

Anmeldung bis Ende Jänner bei der SH in Bozen.

Übernahme ab sofort wieder Doktorarbeiten, Diplomarbeiten oder andere umfangreiche Schreibarbeiten. Rufen Sie mich an: 0474/74301

